62. Sitzung

Bonn, Freitag, den 5. Mai 1950.

Die Sitzung wird um 9 Uhr 10 Minuten durch den Präsidenten Dr. Köhler eröffnet.

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 62. Sitzung des Deutschen Bundestags.

Ich bitte den Schriftführer Herrn Abgeordneten **Matthes**, die Liste der **Abwesenden** zu verlesen.

(A) **Matthes,** Schriftführer: Es fehlen wegen Erkrankung die Abgeordneten Frau Dr. Gröwel, Lübke, Klabunde, Kalbfell, Jacobs, Bazille, Sander, Bettgenhäuser, Dr. Gülich, Dr. Baade, Mißmahl, Dirscherl, Frühwald, Wittmann.

Es fehlen entschuldigt die Abgeordneten Albers, Dr. Henle, Gibbert, Fürst Fugger von Glött, Even, Lenz, Dr. Wuermeling, Jacobi, Kurlbaum, Dr. Menzel, Henßler, Dr. Suhr, Neumann, Frau Schroeder (Berlin), Dr. Schmid, Bromme, Dr. von Campe, Dr. Baumgartner, Dr. Besold, Reimann, Müller (Offenbach), Müller (Hannover), Agatz, Vesper; dazu die sich auf Studienreise befindenden Abgeordneten.

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren! Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Punkt 1:

Zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Internationalen Weizenabkommen (Drucksachen Nr. 892 und zu Nr. 892).

Meine Damen und Herren, das Wort wird nicht gewünscht; das darf ich feststellen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf: Wer für Art. I, — II, — III — ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Mit Mehrheit beschlossen.

Wer für Einleitung und Überschrift ist, den bitte ich ebenfalls, die Hand zu erheben. — Danke! Beschlossen.

Ich schließe damit die zweite Beratung und eröffne die

dritte Beratung.

(B) Wird das Wort gewünscht? — Ich stelle fest: das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für Art. I, — II, — III, — Einleitung und Überschrift ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Mit einwandfreier Mehrheit beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Schlußabstimmung. Wer für das Gesetz auf Drucksache Nr. 892 in der bisher beschlossenen Fassung im ganzen ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen eine Stimme angenommen.

Wir kommen damit zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Beratung des Mündlichen Berichts des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten über den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Zuckersteuer (Drucksachen Nr. 843 und 634).

Zur Berichterstattung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fürst Fugger von Glött das Wort.

(Zurufe: Fehlt!)

— Der Berichterstatter ist noch nicht da, wie ich höre. Ist eines der anderen Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten bereit, die Berichterstattung zu übernehmen? Darf ich fragen? — Dann mache ich dem Hause den Vorschlag, daß wir den Punkt noch etwas zurückstellen, bis sich ein Vertreter als Berichterstatter findet.

Wir kommen damit zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Beratung des Antrags der Fraktion der WAV betreffend Beseitigung der Preisbindungen für Bier (Drucksache Nr. 744).

(C) Für die Einbringung des Antrags sind im Ältestenrat 10 Minuten, für die Aussprache insgesamt 60 Minuten Redezeit vorgesehen worden. Ich darf das Einverständnis des Hauses damit feststellen.

Wer von den Herren Antragstellern wünscht zu Punkt 3, Drucksache Nr. 744, das Wort?

(Zurufe: Es ist niemand da! — Lachen und Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren, wir wollen trotzdem nicht die Ruhe verlieren.

Wir schreiten zu Punkt 4 der Tagesordnung und lassen den Punkt 3 inzwischen offen.

Punkt 4 der Tagesordnung lautet:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Eckstein und Genossen betreffend Erschließung der Ödländereien des Emslandes (Drucksache Nr. 762).

Der Ältestenrat schlägt für die Antragsteller 10 Minuten und im übrigen eine Redezeit von 30 Minuten vor. — Ich darf das Einverständnis des Hauses feststellen.

Wer von den Antragstellern wünscht das Wort? — Herr Abgeordneter Eckstein bitte!

Eckstein (CDU), Antragsteller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Drucksache Nr. 762 liegt Ihnen ein Antrag vor, wonach die Bundesregierung ersucht wird, Maßnahmen zur **Erschließung und Nutzbarmachung der Ödländereien des Emslandes** zu ergreifen. Die für die Durchführung erforderlichen Mittel sind aus ERP-Mitteln zu entnehmen; vorsorglich sind diese Mittel in den Haushaltsplan 1950/51 einzusetzen.

(D) Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen diesen Antrag ganz kurz begründe. Folgen Sie mir bitte in Gedanken einen Augenblick an die Nordwestgrenze unseres deutschen Vaterlandes, etwa in der Linie Papenburg-Bentheim. Folgen Sie mir dann nach Westen in Richtung Holland, so sehen Sie dort blühende Dörfer, blühende Ortschaften und blühende Siedlungen. Blicken Sie dagegen nach Osten in der Richtung unseres deutschen Vaterlandes, so sehen Sie eine graue Öde, eine Wüste. Man möchte fast meinen, daß dort das Bibelwort wahr wird: „Die Erde war wüst und leer." Über 100 000 Hektar kulturfähiges Ödland liegen allein in diesem Raum. Die Bevölkerungsdichte in diesem Raum beträgt 59 Personen pro Quadratkilometer, während der Bundesdurchschnitt etwa 235 bis 240 Menschen pro qkm ist. Tausende von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen wohnen in diesem Raum; Tausende von Flüchtlingen und Bauern sehnen sich nach Boden und sehnen sich nach Land. Und dort liegt dieses Land greifbar; nur die nötigen Kulturarbeiten und die nötigen Meliorationen müßten durchgeführt werden.

War das immer so in diesem Raum? Nein! Auch **Holland** hatte damals in diesem Raum eine Wüste und eine Öde; aber holländischer Fleiß und holländischer Pioniergeist griffen dieses Problem damals herzhaft an und schufen dieses blühende Kulturland, wie wir es heute sehen. Und was tat **Deutschland?** In der monarchistischen Zeit wurden gewiß einige Maßnahmen ergriffen. Es wurden Kanäle angelegt, es wurden Straßen gebaut; aber weiter kam man nicht. Auch in der Weimarer Republik wurden Ansatzpunkte

(Eckstein)

(A) geschaffen. Damals, zur Zeit des Regierungspräsidenten Dr. Sonnenschein in Osnabrück, wurde die Grundlage zur Kultivierung dieses Ödlandes gelegt. Es wurden neue Dörfer errichtet, neue Straßen und neue Bahnen gebaut. Aber auch damit kam der zweite Ansatzpunkt zum Erliegen. Denn es kam das Dritte Reich, und was tat das Dritte Reich in diesem Raum? Es baute Schießplätze und es baute

(Abg. Renner: KZs!)

Konzentrationslager. Ich brauche nur einen Namen zu erwähnen, den Namen Börgermoor. Es mögen manche vielleicht noch eine dunkle und vielleicht eine traurige Erinnerung an diesen Raum haben. Mancher Häftling schaufelte sich dort sein einsames und stilles Grab, das heute vergessen und verweht ist. In diesem Raum entstand auch das Lied der Moorsoldaten, das heute leider auch wieder in der Vergessenheit versunken ist.

Ich sagte schon: in diesem Raum warten Tausende von Flüchtlingen, Bauernsöhnen und nachgeborenen Heuerleuten auf Land. Die Regierung von Niedersachsen ist allein nicht in der Lage, dieses Programm durchzuführen. Sie hat bereits erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt; aber für diesen Zweck und für diese Kultivierungsarbeiten sind Millionen und -zig Millionen erforderlich, und deswegen muß hier der Bund eingreifen. Ich bin der Meinung, daß durch eine große **Gemeinschaftsarbeit von Bund, Land und Kreisen**, durch Bildung eines entsprechenden Verbandes — nennen wir es Zweckverband oder nennen wir es, wie wir wollen —, dort ein Werk geschaffen werden kann, das unseren landhungrigen Menschen, unseren Flüchtlingen und (B) unseren Bauern Tausende, wenn auch bescheidene Existenzmöglichkeiten bietet.

Meine Damen und Herren! Die nachfolgenden Redner, die auch aus diesem Raum kommen, werden wahrscheinlich zu den technischen Problemen dieses Planes Stellung nehmen. Ich wollte Ihnen nur ganz kurz und in großen Zügen aufzeigen, wie die Dinge dort liegen und was geschaffen werden kann. Helfen Sie durch Ihre Zustimmung mit, diesen Plan zu verwirklichen! Helfen Sie mit, die Mittel bereitzustellen, damit aus diesem Ödland einst wieder eine blühende Stätte werden kann! Helfen Sie mit, daß aus dem Lied der Moorsoldaten wieder das Lied der deutschen Arbeit klingt!

(Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Aussprache und weise noch einmal darauf hin, daß wir uns im Ältestenrat darüber klar waren, im wesentlichen mit 30 Minuten Aussprache auszukommen.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Ohlig.

Ohlig (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den sachlichen Ausführungen des Abgeordneten Eckstein kann ich mir eine weitere sachliche Begründung für die Notwendigkeit dieses Antrags ersparen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieses Gebiet nicht nur menschen-, sondern auch verkehrsarm ist. Es führt nämlich nur eine Nord-Süd-Verbindung durch dieses Gebiet. Die Ost-West-Verbindungen fehlen fast gänzlich.

(C) Es ist schon in den letzten Jahren versucht worden, dieses Gebiet zu kultivieren. Wenn wir in dem gleichen Tempo fortfahren, benötigen wir aber noch ungefähr fünfzig Jahre zur Erschließung dieses Gebiets. Sie werden sicher mit mir der Meinung sein, daß wir uns aus grenzpolitischen, aber auch aus wirtschaftspolitischen Erwägungen ein so langsames Tempo nicht gestatten können.

Da die Redezeit außerordentlich kurz ist, möchte ich nur noch auf einige Dinge hinweisen, die uns in der sozialdemokratischen Fraktion doch einigermaßen bedenklich erscheinen. Wir wären dankbar, wenn wir hierzu nähere Erläuterungen bekommen könnten. In dem „Neuen Tageblatt“ in Osnabrück ist Ende März eine kleine Notiz erschienen, die sich mit dem Emslandbauprogramm beschäftigt. In dieser Notiz wird ein **Emslandsekretariat Bonn** erwähnt. Wir wären dankbar für eine Auskunft darüber, ob dieses Emslandsekretariat einen halbamtlichen Charakter hat oder nur die Privateinrichtung von Kollegen ist, die aus dem Emsland gewählt worden sind. Wir haben deshalb einige Bedenken, weil diese Notiz die weitere Mitteilung enthält, daß im Einverständnis mit diesem Bonner Emslandsekretariat ein Zweckverband Emsland gegründet werden soll, an den die vom Bundestag bewilligten Millionen unmittelbar gehen sollen,

(Abg. Renner: Hört! Hört!)

und zwar unter Ausschaltung der Landeszentrale.

(Hört! Hört! bei der KPD.)

Wir möchten vor diesem Wege warnen, weil wir von der Sozialdemokratischen Partei der Auffassung sind: die **Erschließung des Emslandgebiets** (D) darf keine Angelegenheit von eventuell im Hintergrund lauernden Bodenspekulanten werden. Ich möchte vor allen Dingen auch — wenigstens ist das mein persönlicher Wunsch — den Kollegen Eckstein davor bewahren, daß er in seiner Gutmütigkeit und Ehrlichkeit vielleicht ein Opfer jener Profithyänen wird, die sich möglicherweise jetzt schon im Hintergrund auf die Lauer legen, um die fettesten Brocken aus diesem Emslandprogramm herauszuholen.

Wir von der Sozialdemokratischen Partei sind der Auffassung, daß die Kultivierung des Emslandes eine Angelegenheit aller verantwortlichen Stellen ist und daß bei dieser Arbeit alle mithelfen sollen. Deshalb möchte ich zum Schluß eine Bitte an Sie richten. Es gab einmal einen Deutschen Reichstag, der sehr willfährig nach der Parole handelte „Kanonen statt Butter“ und der dafür Milliarden bewilligte. Handeln wir in diesem Bundestag nach der umgekehrten Parole „Butter statt Kanonen“, und wir brauchen dafür nur Millionen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Zuruf des Abg. Dr. Horlacher.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat Herr Abgeordneter Farke.

Farke (DP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 1924 ist die Ingangsetzung der **Erschließung der Ödländereien an der Ems** erfolgt. 1933 wurde sie fortgesetzt. Mit dem Krieg kam sie zum Erliegen. 25 000 Hektar sind staatseigen und würden sofort in Kulturarbeit genom-

(Farke)

men werden können. 70 000 Hektar sind bäuerliches Eigentum, unterstehen der Landesbauaußenstelle Oldenburg und würden von hier aus auch allmählich erfaßt werden können.

Es geht natürlich nicht, daß nur geringe Mittel zur Verfügung gestellt werden, wie sie jetzt schon dankenswerterweise im Landwirtschaftsministerium des Bundes bereitgestellt sind. Man muß hier im Auge haben, daß es sich um ein **Projekt** handelt, das etwa **200 bis 300 Millionen Mark** erfordert, die, auf zehn Jahre verteilt, die Durchführung der nötigen Arbeiten möglich machen würde. Es handelt sich also nicht nur um die Bewilligung einer Summe für ein Jahr, sondern es muß schon vorausgesehen werden, daß es sich um eine größere Summe zur Verteilung auf zehn Jahre handeln muß.

Von dem Herrn Berichterstatter ist schon zum Ausdruck gebracht worden, daß das Land Niedersachsen nicht in der Lage ist, von sich aus diese Mittel aufzubringen. Das Notwendigste aber, was geschehen muß, ist, erst einmal einen **Träger dieses Kultivierungsunternehmens** zu bilden, bzw. aus diesem Träger durch Bundesgesetz eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu entwickeln. Es könnte auch so sein, daß diese Anstalt öffentlichen Rechts durch Landesgesetz in Niedersachsen gebildet würde. Darüber müßte noch Klarheit geschaffen werden. Da aber der Bund die Mittel gibt, ist es vor allen Dingen notwendig, daß er in diesen Träger mit eingeschaltet ist. Es geht mit dem besten Willen nicht so weiter, daß sich die niedersächsische Staatsregierung schon in fünf Kabinettssitzungen mit der Frage befaßt, wie man die Arbeit in Gang setzen will, und zu keinerlei Beschluß kommt. Es kommt darauf an, daß das Projekt sofort in Gang gesetzt wird. Bleiben die Verhältnisse so, wie sie im Augenblick sind, dann wird die Arbeit im Emsraum nicht in Gang kommen.

Wir wissen, daß die **Holländer** Anspruch auf dieses Gebiet erheben. Sie sagen: Wir haben unsere Kolonien verloren und müssen alljährlich 70 000 Menschen unterbringen, die im eigenen Lande keinen Platz mehr haben. Auf unserer Seite ist die Lage aber noch viel schwieriger — das kam schon zum Ausdruck —, hier sind Millionen von Flüchtlingen, die darauf warten, irgendwie einen eigenen Besitz wieder zu bekommen.

Es ist also erforderlich, daß schnell gehandelt wird und daß nicht alles im Behördenapparat oder an einer Landesregierung hängenbleibt, die sich nicht schlüssig werden kann, wer zuständig und wie die Organisation aufzuziehen ist. Es ist erforderlich, daß die Bundesregierung diese Schwierigkeiten von vornherein ins Auge faßt und hier von vornherein den Träger feststellt, damit das Unternehmen sofort in Gang gesetzt werden kann.

(Beifall bei der DP.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Renner (KPD): Meine Damen und Herren! Wir stimmen dem in diesem Antrag niedergelegten Gedanken der **Hergabe öffentlicher Mittel zum Zwecke der Kultivierung des Emslandes** zu. Aber sowohl die Ausführungen des Sprechers der Fraktion, die diesen Antrag gestellt hat, wie auch die Ausführungen des Kollegen aus der SPD-Fraktion geben uns Veranlassung, doch gewisse Sicherungen zu verlangen, ehe wir die Hand dazu hergeben, öffentliche Gelder für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Wir sind mit Ihnen von der SPD der Meinung, daß alles getan werden muß, um zu verhüten, daß diese zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel privaten Bodenspekulanten in den Rachen geworfen werden. Wir sind der Meinung, daß als Träger dieser Meliorationsarbeit das Land und die hinter ihm stehende parlamentarische Vertretung als Kontrollorgan eingesetzt werden muß. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß das gewonnene Land gemäß der Begründung des Antragstellers den landarmen Bauern und in erster Linie den Flüchtlingen kostenlos zur Verfügung gestellt werden muß, nachdem die wirkliche Bodenreform, die Agrarreform, nicht ohne aktive Mitarbeit der entscheidenden Kräfte auch hier in diesem Hause zerschlagen worden ist.

Etwas anderes. Wir denken auch an die Arbeiter, die diese Arbeiten in der Zukunft machen sollen. Wir sind der Auffassung, es muß dafür gesorgt werden, daß bei dieser Arbeit nur **freie Arbeitskräfte mit tariflicher Entlohnung** beschäftigt werden dürfen.

(Abg. Hilbert: Im Westen gibt es keine anderen!)

— Aber es gibt Pläne, sehr verehrter Herr Kollege, in der Richtung der Schaffung des Arbeitsdienstes, und es gibt eine Praxis, die darin besteht, daß man zu solchen Arbeiten Strafgefangene einsetzt.

(Zuruf in der Mitte: In der Ostzone!)

Aber es gibt Möglichkeiten — der Herr Dehler ist nicht da —, die ja schon einmal von seinem großen Vorgänger ausgewertet worden sind, der auch am Versuch der Vernichtung der KPD sich den Hals gebrochen hat. Es gibt Vorgänge, die beweisen, daß man für diese gesundheitsschädlichen Arbeiten mit Lust und Liebe politische Gefangene einsetzt.

(Zurufe in der Mitte und rechts. — Große Unruhe.)

— Was regen Sie sich auf? Sind Sie der Auffassung, daß ich einen falschen Standpunkt vertrete, wenn ich die Forderung erhebe, daß nur Arbeiter in einem freien Arbeitsverhältnis dort eingesetzt werden dürfen? Was haben Sie dagegen? Sie sind doch sonst so ein „christlicher" Sozialpolitiker, Herr Zwischenrufer!

(Weitere Zurufe in der Mitte und rechts. — Unruhe.)

Hier ist das **Moorsoldatenlied** erwähnt worden. Geschaffen hat es einer von uns. Gesungen worden ist es mit einem bestimmten Schlußsatz. Und der Schlußsatz heißt: „Dann ziehn die Moorsoldaten nicht mehr mit dem Spaten ins Moor."

(Zurufe.)

„Nicht mehr mit dem Spaten ins Moor", das haben unsere Brüder in einer Zeit gesungen, in der Sie aktiv hinter dem Faschismus gestanden haben

(Zurufe in der Mitte und rechts. — Unruhe)

oder in der Sie bestenfalls ihm gegenüber in Abwartestellung gestanden haben. Diese Männer

(Renner)

(A) aber haben an den Sieg unserer Sache geglaubt. Das sage ich an die Adresse des **Herrn Dehler,** der am vergangenen Samstag noch über gewisse **Pläne im Auftrag** seines großen Brotgebers, **der USA,** gesprochen hat.

(Abg. Arndgen: Herr Präsident! Wollen Sie den Redner nicht zur Ordnung rufen? — Weitere Zurufe. — Unruhe.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Renner, darf ich Sie einmal unterbrechen. Wenn Sie von „Herrn Dehler" sprechen — Sie meinen wohl den Herrn Justizminister —

(Abg. Renner: Allerdings!)

und sagen wollen, daß dessen Brotgeber die USA seien, so seien Sie sich darüber klar, was Sie damit sagen. Der Herr Minister ist von diesem Hause gewählt worden wie alle anderen auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung. Ich möchte Sie also bitten, mit solchen Ausdrücken Zurückhaltung zu üben.

Renner (KPD): Das ist eine Auffassungsfrage. Ich bin der Auffassung, daß diejenigen, die das **Verbot der Kommunistischen Partei** fordern, das im Interesse des USA-Monopolkapitals und der Kriegshetze tun.

(Widerspruch und Lachen in der Mitte und rechts. — Unruhe.)

Man muß die Kommunistische Partei verbieten; wenn man den Krieg vorbereitet, dann muß man sie verbieten.

(Lachen in der Mitte und rechts.)

So liegen die Dinge.

Ich bin darüber hinaus der Auffassung, daß für die dort einzusetzenden Arbeiter **ausreichende**

(B) **Wohnräume,** Unterbringungsräume, geschaffen werden müssen, damit sie nicht etwa in neuen KZs zusammengezogen werden.

(Abg. Strauß: Wie in Buchenwald!)

— Buchenwald ist kein KZ gewesen, Herr Strauß; das sollte sogar Ihrer Intelligenz langsam aufgegangen sein.

(Zuruf von der Mitte: Es ist ein Luftkurort!)

Ich bin darüber hinaus der Auffassung, da man ja wahrscheinlich beabsichtigt, dort Arbeiter in größerem Umfang einzusetzen, die ihre Familien dorthin nicht mitnehmen können, daß man auch bei Regelung der tariflichen Entlohnung dafür zu sorgen hat, daß **Trennungszulagen** für die Familien gegeben werden.

Unter diesen Voraussetzungen stimmen wir der Hergabe öffentlicher Mittel für die Kultivierung des Emslandes zu.

(Beifall bei der KPD.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Glasmeyer.

Dr. Glasmeyer (Z): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst einmal ein kurzes Wort in eigener Sache. Im Laufe der vorigen Woche ist mir an dieser Stelle ein Lapsus linguae entschlüpft.

(Lachen rechts und in der Mitte.)

Sollte ich durch diese Äußerung das feinfühlige Gehör oder irgend sonstige Gefühle meiner verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer verletzt haben, dann bitte ich als Mann von Ehre und Anstand hiermit um Entschuldigung.

(Bravo! rechts und in der Mitte. — Abg. Rische: Wer nicht wagt, der nicht gewinnt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der (C) Antrag meiner Herren Kollegen Eckstein und Genossen findet die stärkste Beachtung und die vollste Zustimmung der Zentrumsfraktion. Im **Emsland** kann tatsächlich noch viel geschehen. Der Herr Kollege Eckstein ist mit seinem Gute Hengemühle genau so gut wie ich mit meinem Hofe Schulte-Elte direkter Emslandanlieger. Die Verhältnisse sind uns also dort durchaus bekannt.

Wenn ich in meiner Jugendzeit bei meinen Verwandten und Bekannten im Emsland vorsprach und die dortigen Bauern fragte, warum im Emsland nichts zur **Kultivierung der Moore** geschieht, dann wurde mir immer gesagt: Ja, mein lieber Glasmeyer, das kommt vom preußischen Vogel. Der preußische Adler hat Schmacht; er „gapt" so, sagten die Bauern dann, und sie wollten damit bekunden, daß der preußische Steuerfiskus zwar aus diesem Gebiet viel herausziehen wollte, daß er aber nicht gesonnen war, für dieses Gebiet auch einigermaßen etwas anzulegen.

Nun ist allerdings in den letzten Jahren hier manches geschehen. Ich kann mich sehr gut entsinnen, daß vor etwa 20 Jahren der preußische Landwirtschaftsminister Steiger die Kultivierung der Emsmoorlande in Angriff genommen hat. Es sind damals sehr gute Vorarbeiten geleistet worden. Es sind auch, wie ich mich selber überzeugt habe, sehr gute Vorfluter geschaffen worden. Allerdings hat mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus diese Arbeit nachgelassen. Zwar hat die jetzige Mooradministration einige gute Siedlungen geschaffen. Aber immerhin ist das erst der Anfang, und wir müssen vom Bund aus das Ende beschleunigen. In diesen Gebieten, meine Damen und Herren, wohnt ein Volksschlag, der so arbeitsam und wiederum so bieder und treu ist, wie wir ihn kaum irgend- (D) wo finden. Hier kann man die alten Sitten, die alten Gewohnheiten antreffen. Das alte Brauchtum und das Familienleben stehen in höchster Blüte.

Meine Damen und Herren, ich habe noch einen anderen Wunsch. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß ich Emsanlieger bin. Zwar ist der **Emsfluß** kein Fluß so groß wie der Rhein. Aber er hat seine Tücken. Ich kann Ihnen verraten, daß von meinem Erbe in den letzten Jahrzehnten rund 10 Morgen abgespült worden sind. Diese abgespülten Sandmassen werden dann von den Emsfluten auf die guten Weiden und Wiesen verstreut, die versanden und unfruchtbar werden. Ebenso wird durch die Emsfluten und die Überströmungen das gute Ackerland versandet, und die Bodenkrume wird weggeschwemmt. Es wäre zu überlegen, ob von seiten des Bundes nicht Schritte unternommen werden könnten, um die Ems wie die anderen deutschen Flüsse zu regulieren, einzudeichen und eventuell schiffbar zu machen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, für den Antrag der Kollegen Eckstein und Genossen einzutreten und im Interesse unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft die Kultivierung der Ödländereien zu beschleunigen.

(Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dannemann.

Dannemann (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die hier zur Debatte stehende Vorlage geht in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen des Emslandes hinaus. Wir alle kennen die großen Sorgen, die uns die Versorgung des deut-

(Dannemann)

(A) schen Volkes mit Nahrungsmitteln bereitet, insbesondere im Hinblick auf das Jahr 1952. Wir kennen die Schwierigkeiten bezüglich der Unterbringung der großen Zahl von Flüchtlingen, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Gründung neuer Existenzen usw. Das Hohe Haus hat sich in den letzten Wochen wiederholt mit allen diesen Fragen befaßt und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet. Auf landwirtschaftlichem Gebiete versucht man, durch Flurbereinigung, Bodenreform, Flüchtlingssiedlungsgesetz, Mechanisierung und andere Maßnahmen der Schwierigkeiten Herr zu werden. Sie alle werden zweifellos zum Teil zu einer gewissen Entlastung führen. Sie alle aber befassen sich mit Ländereien, die bereits in Kultur sind, bei denen es sich lediglich darum handelt, durch andere Nutzung oder durch andere Aufteilung eine Änderung herbeizuführen.

Wie ganz anders liegen doch die Verhältnisse bei dem hier zur Debatte stehenden **Emslandprogramm.** Wir sprechen so oft vom Volk ohne Raum und wissen gar nicht, welche großen Möglichkeiten und wieviel Raum überhaupt in unserem eigenen Land vorhanden sind. Wir kennen gar nicht die Möglichkeiten der zusätzlichen Erzeugung. Wir kennen nicht die Möglichkeiten der zusätzlichen Unterbringung einer großen Zahl von Menschen. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, mit eigenen Augen die Weiten des Emslandes kennenzulernen — die Mitglieder des Grenzlandausschusses waren bereits dort, und die Abgeordneten aus dem Lande Niedersachsen kennen nur zur Genüge diese unendlichen Weiten des Emslandes —, der wird sich unwillkürlich die Frage vorlegen müssen, weswegen hier in der Vergangenheit nicht schon etwas Grundsätzliches geschehen ist.

(B) Man brauchte nur vor einigen Jahren einmal an der deutsch-holländischen Grenze auf dem bekannten Hasselberg zu stehen und seinen Blick nach Westen, nach **Holland** zu richten und auf der anderen Seite nach Osten, nach **Deutschland,** dann konnte man da feststellen, daß zwar derselbe Boden, dasselbe Klima vorhanden ist, nur mit dem einen gewaltigen Unterschied, daß auf holländischer Seite dank einer weisen vorausschauenden Staatsführung sämtliches Ödland bereits in Kultur genommen worden ist, blühende Felder entstanden sind und eine gesunde Wirtschaft aufgebaut werden konnte, während auf deutscher Seite, so weit das Auge überhaupt reichte, nichts anderes festzustellen war als Moor, Ödland und Armut.

Nicht weniger als **100 000 Hektar,** also 400 000 Morgen, liegen heute noch **im Emsland brach,** das ist ein Viertel der gesamten Fläche im Emsland überhaupt. Aber auch die übrigen bereits in Kultur genommenen Ländereien und die im Emsland vorhandenen Ortschaften und Städte sind derart dem Verkehr verschlossen, daß hier unbedingt etwas geschehen muß. Während zum Beispiel in der britischen Zone auf 1 qkm etwa 220 Menschen ernährt und versorgt werden müssen, beträgt die Bevölkerungsdichte in Emsland auf 1 qkm heute noch nur 59 Personen.

Bereits mehrmals ist in der Vergangenheit versucht worden, das Emsland der Kultur zu erschließen erstmalig im Jahre 1870, als Preußen mit einem Kostenaufwand von etwa 50 Millionen Mark die linksemsischen Kanäle erbaute. Aber mit dem Bau von Kanälen allein kann man ein Gebiet nicht erschließen, sondern ein Gebiet läßt

(C) sich nur erschließen, wenn im Anschluß daran gleichzeitig die Besiedlung und Kultivierung des Landes vorgenommen wird, wenn gleichzeitig Wege, Straßen und Bahnen in dieses Gebiet hinein gebaut werden.

1924 wurde zum zweiten Mal das Emslandprogramm in Angriff genommen, und zwar damals zunächst auf dem Wege eines eigens zu diesem Zweck gegründeten Zweckverbandes, dem im Jahre 1927 Preußen folgte. Durch Einsatz von Häftlingen, durch Einsatz von Strafgefangenen und später durch Einsatz des Arbeitsdienstes sind in den nächstfolgenden Jahren nicht unerhebliche Flächen in Kultur gebracht worden. Immerhin konnten durch diese Maßnahmen jährlich etwa 350 Hektar an Staatsflächen neu kultiviert und etwa 2000 Hektar an bäuerlichen Flächen erschlossen werden. An sich erfreulich und doch im Endergebnis absolut unbefriedigend!

Es ist daher auch gar nicht verwunderlich, wenn **Holland** in einem besonderen Memorandum dieses Gebiet für sich beansprucht hat mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland in der Vergangenheit nicht fähig gewesen wäre, Land in größerem Umfang zu kultivieren, und Deutschland auch in Zukunft nicht in der Lage sein würde, dieses Gebiet der Kultur zu erschließen. Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es sich hier gleichzeitig um eine außerordentlich wichtige außenpolitische Frage handelt.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich dann die Tatsache, daß wir im Emsland mit das wichtigste **Ölvorkommen** überhaupt im Bundesgebiet haben.

(Dauernde Unruhe.)

(D)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter, einen Moment! — Darf ich an das gesamte Haus die Bitte richten, die Privatgespräche in Moll und nicht in Dur zu führen.

(Heiterkeit.)

Dannemann (FDP): Ich sagte, daß wir im Emsland mit die wichtigsten Ölfelder haben, die wir überhaupt im Bundesgebiet besitzen. Unsere Ölfelder werden im Jahre 1952/53 in der Lage sein, etwa die Hälfte des deutschen Bedarfs zu decken, wovon den Hauptanteil das Emsland liefern wird.

Wenn die **Kultivierung des Emslandes** in dem bisherigen Umfang fortgesetzt werden soll, werden wir etwa 40 bis 50 Jahre brauchen. Sie werden mir zugeben müssen, daß wir unter dem Druck der Verhältnisse und in Anbetracht der vorhandenen Tatsachen uns diesen Zeitraum einfach nicht erlauben können. Wir werden hier also grundsätzlich einen Wandel herbeiführen müssen. Man darf aber nicht wieder in den Fehler der Vergangenheit verfallen, zu glauben, durch Inangriffnahme von Teilaufgaben mit diesem Problem fertig zu werden. Es darf auch nicht wieder der Fehler gemacht werden, daß man der Auffassung ist, daß politische Kreise, Landesgrenzen gleichzeitig die Grenze von Landeskulturarbeiten sein müssen. Denn ein Fluß und ein Überschwemmungsgebiet machen nun einmal an einer politischen Kreisgrenze nicht halt, sondern gehen darüber hinaus. Infolgedessen darf das ganze Emslandprojekt sich nicht nur auf die vier Emslandkreise erstrecken, sondern es muß darüber hinausgreifen auf die benach-

(Dannemann)

(A) barten Kreise Cloppenburg, Bersenbrück und Teile des Kreises Vechta, jedenfalls soweit das Hasegebiet in Frage kommt, weil nur dann im Endergebnis der Erfolg überhaupt eintreten kann.

Aus allen diesen Gründen mögen Sie bereits entnommen haben, daß wir es in Emsland mit einem außerordentlich wichtigen Programm zu tun haben, daß nicht, wie hier von einigen Rednern bereits herausgestellt worden ist, etwa eine politische Tendenz damit verfolgt wird, sondern es handelt sich hier um eine nationale Aufgabe, die das ganze deutsche Volk angeht. In gemeinsamer Arbeit und in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Problems haben daher in den letzten Monaten und Wochen das Land Niedersachsen, die Landwirtschaftskammer Weser-Ems und das emsländische Landvolk sich eingehend dieses Problems angenommen und ein sogenanntes **Zehnjahresprogramm** aufgestellt, das im einzelnen folgende Ziele verfolgt. In diesem Zehnjahresprogramm wird gefordert: die verkehrsmäßige Erschließung durch Eisenbahn, Straßen und Wege; die landwirtschaftliche Aufschließung, Kultivierung und Besiedlung; die Aufforstung und Flußregulierung, Eindeichungen einschließlich des Baues einer Seeschleuse in Papenburg; die Ansetzung einer großen Zahl von Gewerbetreibenden, Flüchtlingen, Vertriebenen und Landarbeitern einschließlich Errichtung von Werken für die Veredelung, für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte; ferner — das bitte ich besonders zu beachten — der Bau eines großen Kraftwerkes auf Torfgrundlage, auf Grundlage eines Stoffes, der ja im Emsland in Riesenmengen vorhanden ist — nach den guten Er-(B)fahrungen, die wir mit einem ähnlichen Werk in Wiesmoor gemacht haben —; dann die Förderung der Erdölindustrie und die Förderung der bereits ansässigen Textilindustrie; damit zusammenhängend selbstverständlich auch die kulturelle Förderung des Gebietes durch Bau von neuen Volksschulen, Berufsschulen und Landwirtschaftsschulen sowie durch alles, was damit zusammenhängt. Ziel soll sein — das bitte ich zu beachten —, im Laufe von zehn Jahren in diesem gewaltigen Gebiet etwa 10 000 Hektar Staatsflächen und nicht weniger als 50- bis 60 000 Hektar bäuerliche Flächen der Kultur zu erschließen und zu besiedeln. Das heißt, im Endergebnis werden nach Durchführung dieses Plans 2000 neue Bauernstellen, 1000 landwirtschaftliche Kleinsiedlungen und nicht weniger als etwa 10 000 Anliegersiedlungen entstanden sein. Hand in Hand damit werden die entsprechenden gewerbliche Betriebe erstellt werden müssen. Praktisch würde das bedeuten, daß nach Durchführung dieses Planes die landwirtschaftliche Nutzfläche im Emsland um etwa 50 % und die Forstfläche um etwa 40 % vergrößert wird.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort zur **Aufforstung** überhaupt. Wenn irgendwo im Bundesgebiet die Aufforstung eine Bedeutung hat, dann ist es zweifellos im Emsland der Fall. Es handelt sich nicht nur um die Neuaufforstung, sondern wir werden im Zuge dieses Plans in sehr großem Umfang ebenfalls Windschutzanlagen erstellen müssen, um den verheerenden Sandverwehungen und den Nachtfrostgefahren entsprechend vorzubeugen. Eine Aufforstung von mindestens 20 000 Hektar wird die unterste (C) Grenze sein.

Man hat ausgerechnet, daß, wenn der Plan zur Verwirklichung gebracht wird, wertmäßig jährlich für mindestens 35 Millionen DM mehr erzeugt werden kann.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß es sich hier, wie Sie aus diesen Ausführungen entnommen haben werden, wirklich nicht um eine Aufgabe des Emslandes, sondern um eine Aufgabe allerersten Ranges handelt, eine Aufgabe, die das gesamte deutsche Volk angeht. Hier kann man wirklich **praktische Siedlungspolitik** betreiben. Eine Bodenreform, nach diesen Grundsätzen durchgeführt, wird zweifellos zu ganz anderen Erfolgen führen, als wenn man durch Aufteilung und Zerschlagung größerer Betriebe lediglich eine andere Nutzung durchführt, die sogar in gewissem Umfang den Ertrag noch schmälern kann. Hier lassen sich praktisch Flüchtlinge in großer Zahl ansetzen, viel mehr als nach dem Beispiel der sogenannten wüsten oder auslaufenden Höfe. Hier im Emsland lassen sich in großer Zahl Landarbeiter, nachgeborene Bauernsöhne, Gewerbetreibende und andere Betriebe ansiedeln; hier kann man neue Existenzen schaffen. Nur allzulange haben wir in Deutschland unseren Blick nach dem Ausland gerichtet und unsere Hilfe immer nur im Ausland gesehen. Nur allzuoft haben wir die eigenen Kräfte des Bodens und die eigene Kraft vergessen. Besinnen wir uns auf diese Kräfte!

So möchte ich zum Schluß an das Hohe Haus die Bitte richten, in diesem Emsland-Programm keine lokalen Interessen vertreten zu sehen und auch nicht irgendeine politische Tendenz in das ganze Problem hineinzulegen. Hier handelt es (D) sich vielmehr erstmalig um ein großzügig angelegtes Programm und um die Beschreitung neuer Wege. Es handelt sich um ein Programm, das in seiner Enddurchführung letzten Endes nur dem gesamten deutschen Volk zugute kommen kann. Die FDP steht daher voll und ganz hinter dem Antrag des Abgeordneten Eckstein und möchte nur wünschen, daß das gesamte Haus sich einmütig zu dieser Auffassung bekennt.

(Beifall bei der FDP und rechts.)

Präsident Dr. Köhler: Es haben sich noch zwei Redner zur Sache und ein Redner zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Die vorgesehene Gesamtredezeit von 30 Minuten ist bereits erheblich überschritten. Ich darf infolgedessen an die nachfolgenden Redner den dringenden Appell richten, sich kurz zu fassen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmücker.

Schmücker (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle Redner, die zur Sache gesprochen haben, haben in Unterstützung dieses Antrags wertvolle Hinweise, aber auch wertvolle Mahnungen gegeben. Ich möchte die Mahnung des Kollegen Ohlig aufgreifen und sagen, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, eine Bodenspekulation irgendeiner Art zu verhindern. Aber es muß auch versucht werden, die zweitrangige Stellung des Bauernlandes gegenüber dem Staatsland zu beseitigen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß dieses **Emsland-Projekt** nicht nur eine agrarische Aufgabe, sondern ebenso eine

(Schmücker)

Siedlungsaufgabe im Interesse der Handwerker und der gewerblichen Wirtschaft ist.

Um die vielleicht noch vorhandenen letzten Widerstände bei dem einen oder anderen zu beseitigen, möchte ich noch folgendes sagen. Das Emsland-Projekt ist wegen der großen Möglichkeiten, die es bietet, fraglos populär. Aber es ist auch dazu da, gewisse Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zu beseitigen. Das möchte ich an einem Beispiel klarmachen. Als die Ems noch nicht schiffbar war, bestand in dem Gebiet der Ems der Raum vorwiegend aus normalen oder aus Ödländereien. Nach **Schiffbarmachung der Ems** entstand ein großes Überschwemmungsgebiet.

Ein anderer Hinweis: Die **Kanäle**, die besonders in den oldenburgischen Mooren angelegt worden sind, waren dazu da, die Moorgebiete zu entwässern. In der Zwischenzeit hat man sich entschlossen, aus diesen Kanälen Schiffahrtswege zu machen. Durch diese Schiffbarmachungen hat das gesamte Land enorm gelitten. Diese Schäden wiedergutzumachen, ist nach meiner Meinung eine Aufgabe, zu der wir alle beitragen müssen.

Ich möchte die Bitte meiner Vorredner unterstützen, daß wir zu einer möglichst einstimmigen Annahme dieses Antrages kommen.

(Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Thadden.

von Thadden (DRP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch meine politischen Freunde möchten diesem Antrag, so wie er hier vorgebracht worden ist, voll und ganz zustimmen. Lassen Sie mich lediglich auf zweierlei hinweisen.

Einmal steht in diesem Antrag, daß **ERP-Gelder** in besonderem Umfange zur Erschließung dieses so ungemein wichtigen Landes herangezogen werden sollen. Wir wollen hoffen, daß die ERP-Gelder, die hierfür herangezogen werden, unter etwas anderen Bedingungen herausgegeben werden, als das sonst allgemein bei der rein bankmäßigen Behandlung dieser Kredite der Fall ist.

Besonders möchte ich die Aufforderung des Kollegen Dannemann unterstreichen, hier in diesem **Emsland** eine große **Aufforstung** durchzuführen. Ich glaube, daß durch eine entsprechende Aufforstung gegen Wind und zur Haltbarmachung des Landes viele von den Schäden bereits beseitigt oder gelindert werden könnten, die hier eben der Vorredner aufgezeigt hat.

Wenn Herr Kollege Renner allerdings die Befürchtung aussprach, daß hier wieder Moorsoldaten in Aktion treten könnten, meine Damen und Herren, glaube ich, daß dieses Gebiet — so unpopulär oder langsam populär werdend die Sache ist — doch für einen **Arbeitsdienst** in irgendeiner Form geeignet sein sollte. Es brauchen in keiner Weise irgendwelche KP-Leute zu sein, die dort von Herrn Justizminister Dr. Dehler hingebracht werden könnten, sondern es sind so viele junge Menschen, die sich freuen würden, in einem Arbeitsdienst — oder wie wir es sonst nennen — in diesem Gebiet wesentliche Aufbauarbeit leisten zu können.

(Beifall bei der DRP.)

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren, ich schließe damit die Sachberatung und gebe Herrn Abgeordneten Eckstein noch das Wort zu einer kurzen persönlichen Bemerkung.

Eckstein (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Kollege Ohlig hat vorhin das **Sekretariat Emsland** erwähnt. Ich möchte dazu folgendes erklären.

Mein Kollege Herr Dr. Povel und ich sind die direkt gewählten Abgeordneten des Emslandes. Wir haben uns damals in Bonn ein Büro zugelegt, wie es viele Abgeordnete auch getan haben.

(Abg. Dr. Povel: Auf eigene Kosten!)

— Auf eigene Kosten natürlich! Dieses Büro haben wir „Emsland" genannt. Wir haben bestimmt keine dunklen Machenschaften in diesem Büro ausgedacht, im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß dieses Büro allen Parteien zugänglich ist und auch allen Parteien dient.

(Bravo! bei der CDU.)

Wir sind ferner der Meinung, daß wir mit unseren Herren Kollegen von der SPD hier ganz auf einer Linie arbeiten können. Wir wollen keine Spekulation, wir wollen eine Gemeinschaftsarbeit von Bund, Land und Kreisen.

(Bravo! in der Mitte und rechts.)

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren! Ich erkläre die Beratung über die Drucksache Nr. 762 für geschlossen.

Wer für die Drucksache Nr. 762 ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wir kommen jetzt zu Punkt 2 der Tagesordnung zurück:

Beratung des mündlichen Berichts des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten über den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Zuckersteuer (Drucksachen Nr. 843 und 634).

Ehe ich dem Herrn Berichterstatter das Wort erteile, möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß wir im Ältestenrat vorgesehen hatten, lediglich die Berichterstattung entgegenzunehmen. Dann soll ohne Aussprache die Beschlußfassung erfolgen. Ich darf das Einverständnis des Hauses insoweit feststellen.

Als Berichterstatter erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Gerstenmaier das Wort.

Dr. Gerstenmaier (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Hohe Kommission hat das Kontrollratsgesetz Nr. 30 entgegen formalrechtlichen Bedenken aufgehoben. Der Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten hat daraufhin beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD Nr. 634 der Drucksachen als erledigt zu erklären.

Präsident Dr. Köhler: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Wer für den Ausschußantrag Drucksache Nr. 843 ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Fast einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung zurück:

Beratung des Antrages der Fraktion der WAV betr. Beseitigung der Preisbindungen für Bier. (Drucksache Nr. 744).

Meine Damen und Herren! Wir haben im Ältestenrat dafür für die Antragsteller eine Redezeit von 10 Minuten und für die Aussprache 60 Mi-

(Präsident Dr. Köhler)

(A) nuten vorgesehen. Darf ich das Einverständnis des Hauses mit dieser Redezeitgestaltung feststellen? — Ich höre keinen Widerspruch. Es ist demgemäß beschlossen.

Wer von den Antragstellern wünscht das Wort?

(Abg. Loritz: Ich bitte ums Wort!)

— Herr Abgeordneter Loritz, bitte!

Loritz (WAV), Antragsteller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst namens der Fraktion der WAV eines feststellen: Unser Antrag auf **Herausnahme des Bieres aus der Preisbewirtschaftung** bedeutet nicht etwa eine Erhöhung des Bierpreises,

(Zuruf von der CDU: Kann es aber auch bedeuten!)

sondern im Gegenteil eine sofortige Herabsetzung des Bierpreises.

(Abg. Strauß: Wieso denn? Sind Sie jetzt auch für soziale Marktwirtschaft?)

Es sind sich sämtliche Sachverständige darüber einig, — —

(Abg. Stücklen: Wer ist denn das? — Gelächter in der Mitte.)

— Herr Präsident! Darf ich jetzt sprechen?

Präsident Dr. Köhler: Selbstverständlich haben Sie das Wort. — Meine Damen und Herren! Ich bitte doch, den Herrn Redner anzuhören.

Loritz (WAV), Antragsteller: Ich bitte, mich nicht zu stören.

(Zuruf von der CDU: Kein Mensch hat was gesagt! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

(B) Es sind sich sämtliche Sachverständige darüber einig, daß durch eine Reduktion der Biersteuer, so wie sie der Herr Finanzminister will, allein nichts gewonnen ist, sondern daß endlich einmal eine Freigabe des Bieres aus der ganzen Preisbindung heraus erfolgen muß.

(Zuruf von FDP: Ist doch frei!)

— Nein, Herr Zwischenrufer, Sie sind sehr im Irrtum, das Bier ist in der Preisbindung nicht frei,

(Abg. Stücklen: Nach unten ja!)

— nein,

(Abg. Stücklen: Doch!)

sondern durch die Festsetzung der Höchstpreisspannen wird eine Herabsetzung des Bierpreises unmöglich gemacht!

(Zuruf von der CDU: Wieso denn? Das verstehen wir nicht! — Anhaltende Unruhe in der Mitte und rechts.)

— Ich warte so lange, bis Ihre **Zwischenrufer** ausgesprochen haben.

(Zuruf von der CDU: Wir haben Zeit!)

Ich beanspruche aber eine entsprechende Verlängerung der Redezeit, weil ich es mir nicht gefallen lasse,

(Heiterkeit)

hier ständig von Ihnen unterbrochen zu werden.

(Weiter anhaltende Unruhe und Zwischenrufe.)

— Wenn Sie das Demokratie heißen, haben Sie überhaupt kein Verständnis für Demokratie!

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Loritz, darf ich nochmals historisch aufklärend folgendes bemerken: In dem Parlament der ältesten Demo-

(C) kratie Europas, im englischen Unterhaus, sind Zwischenrufe eine Selbstverständlichkeit.

Loritz (WAV), Antragsteller: Aber nicht so, daß sie den Redner stören!

Präsident Dr. Köhler: Oh, wenn Sie das genau verfolgen, in ganz anderem Ausmaß!

(Beifall in der Mitte und rechts.)

Da ist es sogar bekanntlich so, daß der Redner so lange schweigt, bis der Unterbrechende seine Zwischenbemerkung beendet hat. Das werden mir die Damen und Herren bestätigen. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen: es ist nichts Ungewöhnliches. Ich bin deshalb nicht in der Lage, insofern besonders einzugreifen.

Loritz (WAV), Antragsteller: Das werden wir uns dann sehr merken, und wenn Leute von Ihnen reden, werden wir Sie in Zukunft dann so oft durch Zwischenrufe unterbrechen, wie Sie das bei mir getan haben. Bisher waren Sie, Herr Präsident, sehr darauf erpicht, daß Ihre Leute nicht gestört worden sind.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

Präsident Dr. Köhler: Ich habe keine „Leute".

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Abg. Stücklen: Kritik am Präsidenten ist nicht gestattet!)

Loritz (WAV), Antragsteller: Ihre Herren von der CDU.

Jedenfalls sind die bisherigen **Bierpreise** ihren Auswirkungen nach tatsächlich Zwangspreise. Denn diejenigen, die hier eine wesentliche Senkung des (D) Bierpreises bewirken könnten, die großen Brauereien, gehen nicht entsprechend mit den Preisen herunter, solange noch Höchstpreise festgesetzt sind und eine tatsächliche Preisbindung für das Gewerbe besteht. Das möchte ich Ihnen auf Ihre Zwischenrufe antworten.

Es gibt hier nur eine Möglichkeit, nämlich die, das Bier aus der Preisbindung überhaupt herauszunehmen. Es hat sich bei sämtlichen Lebensmitteln und sonstigen Gebrauchsgegenständen gezeigt, daß eine Herabsetzung durch die betreffenden Interessenten so lange nicht erfolgt ist, wie eine Preisbindung bestand.

(Zuruf von der CDU: Welch eine Wandlung, Herr Loritz! — Abg. Stücklen: Ein neuer Paulus!)

— Nein, keineswegs eine Wandlung, sondern nur eine Feststellung von Tatsachen. Nachdem Sie nämlich die wichtigsten Lebensmittel und andere Dinge und Waren aller Art, ja sogar den Hopfenpreis aus der Preisbindung herausgenommen haben, können Sie nicht den Preis für Bier noch einseitig gebunden sein lassen.

(Anhaltende Unruhe in der Mitte.)

Das ist das, was wir Ihnen zu sagen haben. Wenn Sie schon von einer Preisbindung sprechen

(Abg. Strauß: Von einem Höchstpreis!)

und sie weiter aufrechterhalten wollen, dann veranlassen Sie bitte, Herr Zwischenrufer, daß endlich einmal die **Brauer** mit ihren **Erzeugerpreisen** um acht bis zehn Mark heruntergehen. Das sind dieselben Brauer, Herr Zwischenrufer, die voriges Jahr schon von der Steuersenkung von 36 auf 27 DM profitiert und diese Senkung für sich eingesteckt ha-

(Loritz)

(A) ben, während die Wirte und andere gar nichts von dieser Senkung hatten.

(Abg. Dr. Horlacher: Es ist doch ein besseres Bier herausgekommen, in Gottes Namen!)

— Ein besseres Bier herausgekommen! Das bißchen Rohmaterial, das hier verwendet wurde,

(Abg. Dr. Horlacher: Haben Sie eine Ahnung von Bier!)

macht die Steuersenkung, die durch die Großbrauereien eingesteckt worden ist, jedenfalls nicht wett.

(Weitere Zurufe aus der CDU.)

Es freut mich, daß jetzt endlich der Herr Finanzminister kommt, so daß er hört, was hier vorgetragen wird.

(Heiterkeit in der Mitte.)

Ich möchte Ihnen, meine Herren Zwischenrufer, nur eines antworten:

(Abg. Stücklen: Wir sind doch in keiner Wahlversammlung!)

Als wir, d. h. die **Delegation der Gastwirte, bei Herrn Professor Erhard** waren,

(Abg. Strauß: Herr Sellmayr! — Heiterkeit bei der CDU)

— nein, keineswegs nur Herr Sellmayr, —

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren, ich richte an „meine Leute" doch die Bitte, etwas ruhiger zu sein.

(Heiterkeit.)

Loritz (WAV), Antragsteller: — sondern ebensosehr die übrigen Vertreter der Spitzenverbände der Gastwirte, — als also die Delegation beim Herrn (B) Wirtschaftsminister Professor Erhard war,

(Anhaltende Zwischenrufe von der CDU)

hat dieser selbst darauf hingewiesen und uns an Hand von Ziffern erklärt, daß dort, wo für die und die **Warengattungen** eine **Freigabe erfolgt** ist, eine **Preissenkung** eingetreten ist.

(Zuruf von der CDU.)

— Durch Ihre Zwischenrufe desavouieren Sie die Stellungnahme Ihres eigenen Wirtschaftsministers, aber merkwürdigerweise nur auf e i n e m Gebiet, nämlich auf dem Gebiet des Bieres! Auf anderen Gebieten denken Sie ganz anders. Jedenfalls hat Professor Erhard selbst erklärt, daß eine Liberierung der verschiedensten Warengattungen sich günstig auf die Preise ausgewirkt habe. Ich kann daher nicht verstehen, daß Sie, meine Herren, ausgerechnet beim Bier von einer solchen Liberierung, also Freigabe nichts erwarten. Ich kann das nicht verstehen, außer wenn ich die Hintergründe untersuchen würde.

(Abg. Dr. Horlacher: Wer soll es denn sonst verstehen?)

Man hat jetzt verlangt, die **Gastwirte** sollten von ihrem **Schanknutzen** etwas abgeben, der sowieso nur sehr geringfügig ist,

(lebhafter Widerspruch bei der CSU)

daß die wenigsten damit auskommen können.

(Erneuter lebhafter Widerspruch bei der CSU.)

— Jawohl! Er beläuft sich in Bayern auf einen so geringen Betrag, daß heute schon ein großer Teil des bayerischen Gastwirtsgewerbes notleidend geworden ist,

(Zuruf von der CSU: Wie hoch ist denn der **Nutzen?**)

(C) weil nämlich die Unkosten so hoch sind, daß die Gastwirte mit dieser lächerlich geringen Schanknutzenspanne von 24 DM nicht mehr auskommen können! Damit k a n n der Gastwirt nicht mehr auskommen bei den heutigen geringen Umsätzen, die so gering geworden sind durch die Riesenarbeitslosigkeit und weiterhin so gering bleiben werden, weil das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung einfach nicht zum Anlauf kommt.

(Zurufe von der CSU.)

Fragen Sie mal herum, Herr Zwischenrufer Strauß, Herr Zwischenrufer Strauß von der CSU, Herr Dr. Horlacher und andere! Es wundert mich sehr, daß Sie diese Notlage gerade auch des bayerischen Gastwirtsgewerbes, daß Sie doch immer zu vertreten vorgeben, überhaupt nicht zu kennen scheinen. Schauen Sie hinein, wie leer die Säle der Wirte sind.

(Zuruf von der CSU: Wir trinken ja Bier, aber Sie nicht!)

Deshalb muß — —

(Abg. Dr. Horlacher: Deshalb muß der Bierkonsum gesteigert werden!)

— Ganz richtig, der **Bierkonsum** muß gesteigert werden,

(lebhafter Beifall)

und er kann nur dadurch gesteigert werden, daß Sie die **Bierpreise** radikal heruntersetzen.

(Abg. Dr. Horlacher: Sehr richtig!)

Wir wollen eine Herabsetzung des Bierpreises auf rund 70 Pfennig der Liter. Das wollen wir. Diese Herabsetzung kann aber nur erreicht werden, wenn Sie erstens die Biersteuer ganz gewaltig reduzieren, wobei das, was uns der Herr Finanzminister Schäffer anbot, nämlich 12 Mark für den Hektoliter, reichlich wenig erscheint, und zweitens, indem Sie (D) auch den Riesennutzen, den die **Brauereien** heute noch haben, ebenfalls weitgehend reduzieren. Daß die Brauereien ganz riesenhafte Gewinne machen, sehen Sie am besten daraus,

(Abg. Dr. Horlacher: Da müssen wir den Loritz zum Bierminister machen! — Heiterkeit)

daß der Kurs der Aktien — das müssen Sie einmal vergleichen — der führenden Brauereien, zum Beispiel einer Münchner Aktienbierbrauerei, sich im vorigen Jahr auf 15 DM belaufen hat und heute bereits auf 67 DM angelangt ist. Das dürfte kein Beweis dafür sein, daß die Brauereien nicht etwa mit dem Nutzen weiter heruntergehen könnten.

Im übrigen fragen Sie nur einmal, was Ihnen Direktor Rauch, den Sie, meine Herren von der CSU, sicher alle kennen, bezüglich einer Reduktion des Nutzens der Großbrauereien sagt.

(Abg. Stücklen: Was sagt er denn?)

— Er sagt, daß jederzeit eine Reduktion der Verdienstspanne der Großbrauereien eintreten könnte.

(Erneuter Zuruf von der CSU.)

Diese tatsächliche Reduzierung der Verdienstspanne der Großbrauereien erreichen Sie aber nur durch eine Freigabe des Bierpreises,

(Zuruf von der CSU: Er ist ja freigegeben!)

weil dann sofort die Landbrauereien eingreifen können.

(Zuruf von der CSU.)

— Nein, Herr Zwischenrufer, solange dieses System der **Höchstpreise**, der tatsächlichen Festpreise besteht, so lange gehen die Brauereien nicht herunter.

(Zuruf von der CSU: Er versteht überhaupt **nichts!**)

(Loritz)

(A) Das tun sie nicht, das ist bei sämtlichen anderen Warengattungen ebenfalls so.

(Andauernde Zurufe.)

— Man kann sich nicht bemerkbar machen, weil die Zahl der Zwischenrufe so groß ist und diese Zurufe so laut sind, daß man mit der Stimme nicht mehr durchdringt!

Präsident Dr. Köhler: Verzeihung, Herr Abgeordneter, das liegt aber daran, daß Sie die beiden Mikrophone beiseite geschoben haben.

(Große Heiterkeit.)

Ich darf Sie bitten, in die Mitte zu treten, damit Sie ins Mikrophon sprechen; dann wird Ihre Stimme ohne weiteres durchdringen.

(Erneute große Heiterkeit.)

Loritz (WAV), Antragsteller: Sie werden es nicht erreichen, die Debatte auf diese Art und Weise ins Lächerliche zu ziehen, wenn es sich um die Interessen eines großen Teiles der Wirtschaft handelt, meine Herren!

(Zurufe von der CSU.)

Es ist außerordentlich bedauerlich, wenn Sie glauben, Anträge, von deren Wichtigkeit ein großer Teil sogar Ihrer Wähler überzeugt ist, mit solchen Dingen ins Lächerliche ziehen zu können.

(Zuruf von der CSU: Da haben Sie selber schuld!)

— Ich glaube, ich habe sehr sachlich gesprochen, meine Herren!

(Widerspruch und Heiterkeit.)

Solange Sie jedenfalls das System der tatsächlichen Höchstpreisbindung haben, solange werden (B) die Brauereien nicht hergehen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Und zweitens: Sie wollen hier eine **Preisbindung** ausgerechnet **beim Bier** beibehalten,

(Zurufe von der CSU: Höchstpreis!)

nachdem Sie diese Preisbindung bei anderen Warenarten schon lange aufgehoben haben.

(Abg. Dr. Horlacher: Das ist etwas ganz anderes!)

— Nein, das ist nicht etwas ganz anderes! Ich sehe nicht ein, warum Sie die Preisbindung bei Hopfen aufheben, nicht aber umgekehrt die Preisbindung beim Bier.

(Abg. Dr. Horlacher: Sie verstehen vom Bier soviel wie der Mond von der Sonne!)

— Nein, Herr Dr. Horlacher, soviel wie Sie verstehe ich nicht vom Trinken, das steht fest.

(Große Heiterkeit. — Abg. Stücklen: Weil Sie nichts vertragen können!)

Soviel wie Sie verstehe ich vom Trinken nicht,

(Zuruf von der CSU: Bierkonsum!)

aber über die Wirtschaftslage glaube ich richtig informiert worden zu sein,

(Widerspruch bei der CSU)

und ich glaube, auch die Verhältnisse, wie sie auf diesem Gebiet herrschen, durch eigene Beobachtung genau zu kennen. Wenn Sie sich bei den Arbeitsämtern erkundigen würden und hören würden, wieviele **Arbeitskräfte** heute bereits **ausgestellt** werden müssen, weil die Wirte einfach nicht mehr in der Lage sind, sie durchzuhalten, eben wegen der wahnsinnig geringen Einnahmen dieser Wirte, die auch von den Betriebsräten in den entsprechenden Unternehmungen selbst festgestellt worden sind, wenn (C) Sie das alles wüßten, dann würden Sie nicht die ganze Zeit versuchen, die Sache mit Ihren höhnischen Bemerkungen ins Lächerliche zu ziehen.

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Loritz, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Loritz (WAV), Antragsteller: Ich möchte Ihnen hier noch eines erklären: es ist geradezu unerhört, wenn man verlangt, daß die Wirte jetzt schon um 6 DM herabzugehen hätten, während die Großbrauer ihre Spanne nur um 3 DM herabsetzen sollen.

(Abg. Stücklen: Das sollen sie doch selbst miteinander ausmachen!)

Das ist, volkswirtschaftlich gesehen, vollkommen unsinnig. Die Wirte können mit dem sowieso schon ganz minimalen Schanknutzen erst dann herabgehen, wenn der Umsatz sich nachweislich entsprechend erhöht. Erst dann ist es ihnen möglich, vorher nicht.

(Zuruf von der CSU: Ach Gott!)

So, wie Sie es wollen, durch diese verhältnismäßig geringe **Preisreduktion,** die durch die spätere Steuersenkung und durch das Herabsetzen der Spanne um 3 DM für die Großbrauereien eintreten würde, werden Sie den Absatz nicht in dem notwendigen Umfang steigern können, sondern Sie werden nur eines erreichen, nämlich das gesamte Gastwirtsgewerbe zu ruinieren! Sie werden erreichen, daß ein für die gesamte Volkswirtschaft unentbehrliches Gewerbe — und das ist das Gastwirtsgewerbe — restlos kaputtgeht! Schließlich wird sich das aber schädlich gerade auch für die Brauereien selbst auswirken, die anscheinend vergessen haben, was Henry Ford den Großindustriellen in (D) seinen Schriften empfohlen hat: sie sollten möglichst große Einnahmen erzielen nur durch einen möglichst geringen Nutzen bei möglichst großem Umsatz. Das soll man diesen Großbrauereien entgegenhalten. Die Wirte werden sofort bereit sein, — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Loritz, darf ich Sie darauf aufmerksam machen: Ihre Redezeit ist bereits um die Hälfte überschritten. Ich habe das mit Rücksicht auf die Unterbrechungen zugelassen, darf Sie aber nun bitten, sich im Interesse des gesamten Hauses dem vorgesehenen Schema anzupassen.

Loritz (WAV), Antragsteller: Nur noch einige Sätze! Wenn die Großbrauereien mit der Reduktion wirklich fühlbar vorangehen, werden die Wirte sich anschließen; vorher können sie das nicht. Geschieht das nicht, dann werden Sie das Gastwirtsgewerbe in den Ruin treiben, und dieser **Ruin des Gastwirtsgewerbes** wird auch dem Verbraucher nichts nutzen, sondern ihm nur schaden, denn letzten Endes wird das zu einer Erhöhung der Preise für Speisen und andere Nahrungsmittel führen.

(Fortgesetzte Zurufe. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Loritz, ich appelliere jetzt noch einmal an Sie. Mißbrauchen Sie bitte nicht meine Loyalität! Sie haben jetzt 16 Minuten gesprochen statt der im Ältestenrat vorgesehenen 10 Minuten. Ich darf Sie bitten, jetzt sofort zu Ende zu kommen.

(A) **Loritz** (WAV), Antragsteller: Ich möchte Ihnen eines empfehlen: den Antrag der WAV auf sofortige **Freigabe des Bierpreises** anzunehmen, wobei wir damit einverstanden sind, wenn dieser Antrag zur eingehenden Beratung an den Ausschuß überwiesen wird. Wir werden uns aber dem widersetzen, daß diese Sache etwa im Ausschuß usque ad infinitum, auf unabsehbare Zeit hinausgezögert wird.

Das ist das, was ich Ihnen namens der WAV zu unserem Antrag sagen wollte.

(Beifall bei der WAV. — Zurufe von der CSU: War unwichtig! — Sie waren doch eigentlich Fachmann für Milch!)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wönner. 12 Minuten!

Wönner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Gewerkschaftler komme ich wohl kaum in den Verdacht, nicht auch das gesamtwirtschaftliche Interesse im Auge zu behalten, die Verbraucherinteressen selbstverständlich voran. Ich habe mich zunächst einmal mit der Frage auseinandergesetzt: ist es denn überhaupt wünschenswert, zu dem von der WAV vorgetragenen Tatbestand jetzt alle Gründe darzulegen, die eigentlich dann erörtert werden müßten, wenn wir die Frage der **Biersteuer** zu behandeln haben,

(Sehr richtig! bei der SPD, in der Mitte und rechts)

denn das steht mit der Biersteuerfrage in einem nicht zu lösenden Konnex.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Gleichwohl aber müssen wir uns heute damit auseinandersetzen, und ich habe mich nach all (B) den Gründen gefragt, die Herrn Abgeordneten Loritz dazu bewegen konnten, diesen Antrag hier zu stellen.

(Zuruf rechts: Wahlrede!)

Ich habe keinerlei irgendwie gearteten sachlichen Grund festgestellt.

(Sehr gut! in der Mitte und rechts.)

Bei all meinen Erwägungen bin ich immer wieder darauf gekommen: er scheint offenbar nur dem Agitationsbedürfnis der WAV zu entspringen.

(Beifall in der Mitte und rechts.)

Dies dürfte auch durch die Tatsache erhärtet werden, daß es doch erst knapp drei Wochen her ist, seit wir aus dem Munde des Herrn **Loritz**, auch an dieser Stelle, sehr nachdrückliche Ausführungen über die Reduzierung überhöhter Handels- und Preisspannen gehört haben.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Das, was er heute will, ist offensichtlich das genaue Gegenteil von dem, was er damals gewollt hat.

(Heiterkeit in der Mitte und rechts. — Zurufe von der CSU: Sehr gut! — Das ist immer so bei Loritz! — Abg. Dr. Horlacher: Das weiß er! — Abg. Loritz: „Handelsspannen" sagte ich! Man soll nicht bei den Kleinen anfangen, sondern bei den Großen!)

— Herr Kollege Loritz, wir müssen doch bereit sein, die Dinge unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten.

(Erneuter Zuruf des Abg. Loritz.)

Seien auch Sie bitte einmal bereit und versuchen Sie, mir persönlich — nicht dem Hohen Hause, (C) ich möchte die Zeit nicht unnötig aufgewandt wissen — eine plausible Erklärung dafür zu geben, was sich am Bierpreis ändern würde, wenn wir den Höchstpreis beseitigen wollten!

(Sehr gut! in der Mitte und rechts.)

Dann könnte vielleicht der Fall eintreten, daß er weiter hinaufklettert,

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts)

nicht aber, daß er heruntergeht. Außerdem aber ist allen Brauereien und allen Wirten nicht die geringste Hemmung auferlegt, die ihrerseits bereit sind, den Bierpreis jetzt weiter zu senken.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Wir haben uns mit dieser Tatsache gar nicht auseinandergesetzt, aber ich darf Ihnen, Herr Loritz, von dieser Stelle aus verraten: Während Sie sich um Agitationsdinge bemüht haben, haben wir uns mit dem **Finanzminister** und mit den **Brauereien** zusammengesetzt und haben eine sachliche Grundlage dafür erarbeitet, wie wir zu einem Preis von 70 Pfennig pro Liter Bier tatsächlich kommen können.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig! Darum geht es!)

— Jawohl, darum geht es nämlich ganz allein, um sonst gar nichts.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Wir sind uns — das darf ich hier bemerken, und für den bayerischen Raum muß ich das einschränkend sagen — mit den Brauereien und auch mit dem Finanzministerium einig darin, wie es geschehen sollte.

Nun ist es sachlich unrichtig gewesen, wenn (D) Herr Loritz hier behauptet hat, es werde den Wirten zugemutet, 16 Pfennig von ihrem **Schanknutzen** nachzulassen. Das verlangt kein Mensch! Auch wir sind nicht bereit, ihnen das zuzumuten. Auf der anderen Seite darf ich Herrn Loritz bitten, sich einmal die Frage zu überlegen, ob wir es uns bei nur 38 % Umsatz gestatten können, genau dieselbe **Zahl von Wirten** durchzuhalten, die wir in besten Friedenszeiten durchgehalten haben.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Es wird eine entsprechende Korrektur durchgeführt werden müssen, und gerade ich, der ich hier als Bayer und auch als guter Bierkonsument spreche,

(Heiterkeit)

möchte doch der Meinung Ausdruck geben, daß nicht alle Wirte in Bayern auch wirklich Wirte sind. Sie müßten das wieder werden. Dann werden sie auch zweifellos den Bierkonsum wieder zu fördern in der Lage sein. Erhöhter Bierkonsum wird auch die Existenz der Wirte sichern helfen.

Und, Herr Loritz, darf ich Sie vielleicht noch auf etwas hinweisen. Ich weiß nicht genau, ob Ihre Vorstellungen noch irgendwie davon beeinflußt sind. Vielleicht ist der Herr Abgeordnete Dr. Horlacher liebenswürdig genug, knapp auf dieses Thema einzugehen. Wir hatten einmal eine solche Situation, in der **Höchstpreise** auch zu **Mindestpreisen** geworden waren. Voriges Jahr hat es Landwirtschaftsminister gegeben, die den Höchstpreis zum Mindestpreis werden ließen, bei den Kartoffeln nämlich, und diejenigen zur Strafanzeige gebracht haben, die diese Preise zu

(Wönner)

(A) unterschreiten bemüht waren. Aber diese Situation ist heute beim Bierpreis nicht gegeben.

Dann allerdings auch ein Wort an den Herrn Bundesfinanzminister. Ich bin dazu schon auf Grund der gestrigen Debatte zur Tabaksteuerfrage veranlaßt. Dabei habe ich nämlich das Gefühl gehabt, daß der Herr Bundesfinanzminister auf einen recht beachtlichen Einwand, nämlich den der Verfassungswidrigkeit der vorläufigen **Steuerstundung,** nicht ausreichend eingegangen ist. Deswegen muß ich im Zusammenhang mit der Biersteuerreform auch auf diese Frage zu sprechen kommen. Dem Hohen Hause sollte bekannt sein, daß mindestens im Bereich von Bayern eine Anordnung des Finanzministers mit Deckung des Herrn Bundesfinanzministers besteht, wonach den Hausbrauern — Herr Abgeordneter Dr. Horlacher, ich darf Sie bitten, diese Frage zu beachten — schon jetzt eine Biersteuerstundung in der Höhe gewährt wird, daß die **Hausbrauer** nicht mehr mehr als 60 % der Biersteuer bezahlen; soviel soll sie nach dem neuen, noch nicht existierenden Biersteuergesetz betragen.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine frühere Regelung, das entspricht einer früheren Regelung, Herr Wönner!)

Ich stelle erstens fest: Es wird auf ein Gesetz Bezug genommen, das noch gar nicht existiert. Ich stelle weiter fest: Eine Anordnung ist erlassen worden, deren Verfassungswidrigkeit nicht in Zweifel gezogen werden kann. Und dann darf ich mir in Anlehnung an das, was der Herr Bundesfinanzminister gestern gesagt hat, — —

(Abg. Strauß: Die Landarbeiter-Gewerkschaften waren sehr zufrieden damit!)

(B) — Das müßte erst sachlich geprüft werden, ob das wirklich der Fall war. Ich glaube nicht, daß das tatsächlich der Fall ist; denn gerade in den Bereichen, wo die Biersteuerstundung wirksam wird, im fränkischen Raum, bestehen Verhältnisse, unter denen die **gewerblichen Brauereien** in sehr ernste Schwierigkeiten kommen, wenn nicht eine ausreichende Korrektur durchgesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Strauß.)

— Herr Strauß, veranlassen Sie mich bitte nicht, Ihnen noch klarer zu sagen, worum es geht. Ich bin bereit, es zu tun. Ich habe mich auch bemüht, die Hintergründe zu erforschen, die etwa zu diesem so eiligen Vorgehen Veranlassung gegeben haben könnten, und bin zu dem recht merkwürdigen Ergebnis gekommen, daß es **Parteifreunde des Herrn Bundesfinanzministers** sind, die diese **Wahlkreise** zu vertreten haben, in denen die meisten **Hausbrauer** zu finden sind.

(Hört! Hört! — Unruhe.)

Ich weise nur auf die Tatsache hin.

(Abg. Dr. Horlacher: Ich gehöre auch dazu! — Heiterkeit.)

— Ich weiß, dein Wahlkreis ist der zweite unter denen, in denen sich die meisten Hausbrauer finden!

(Große Heiterkeit.)

Wir haben das sehr genau überprüft. Ich möchte aber jetzt nicht mehr sagen. Ich müßte nämlich als den Vertreter des Wahlkreises, in dem die meisten Hausbrauer zu finden sind, eine auch mir sehr hochachtbare Persönlichkeit nennen, möchte es aber vorläufig lieber nicht tun!

(Abg. Strauß: Ich weiß genau!)

(C) Gestern hat der Herr Bundesfinanzminister im Zusammenhang mit der Zigarrensteuer darauf Bezug genommen, daß es sachlich durchaus begründet gewesen sei, so zu verfahren, wie verfahren worden ist; denn diese notleidende Industrie mußte ja vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Dasselbe Argument hoffe ich doch wohl nicht auf die Hausbrauer bezogen hören zu müssen, denn hier handelt es sich nicht um ein Interesse der Verbraucher. Hier handelt es sich einfach um die Bevorzugung einer kleinen Schicht von Bauern. Denn es ist auch in Bayern nicht so, daß ein größerer Teil von Bauern das Hausbraurecht ausübt; es ist ein ungewöhnlich kleiner Bezirk. Aber da sitzen 50 000 Hausbrauer drin.

Ich bitte den Herrn Bundesfinanzminister, darüber Auskunft geben zu wollen, inwieweit diese Maßnahme verfassungsrechtlich gedeckt ist. Im übrigen aber sehen wir keinen sachlichen Grund, dem Antrag des Herrn Abgeordneten Loritz zuzustimmen. Wir bitten, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Loritz: Was sagen die Gewerkschaften?)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Horlacher.

Dr. Horlacher (CSU): Es kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Hause Momente, in denen es schwer ist, sich geistig zurechtzufinden.

(Heiterkeit.)

Das kommt mir so vor, als ob ich im Auto durch die Landschaft fahre und komme hier in starke Nebel hinein. Dann denke ich mir: wenn du einen Stock (D) nimmst, dann findest du ja doch nichts; es ist gescheiter, du weichst aus.

(Heiterkeit.)

Nun zur Sache. Was ist das Ziel der ganzen Biergeschichte? Wir müssen hier ja auch entsprechend interessiert sein. Das Ziel der ganzen Biergeschichte ist, den **Bierkonsum** zu steigern und den **Bierpreis** herabzusetzen. Das ist das Ziel. Es muß mit allen Mitteln erstrebt werden, und deshalb gehören bei der Brauerei verschiedene Faktoren zusammen.

Einmal die Brauerei. Wir haben in Bayern sehr viele kleine und mittlere **Brauereien,** aber in Württemberg und in Norddeutschland weniger. Wir haben aber Hunderttausende von Menschen, die durch die Brauindustrie ihre Beschäftigung und Brot und Arbeit finden. Auf diesen Faktor ist also, damit er sich gedeihlich entwickeln kann, im Gesamtinteresse der Wirtschaft und der dort beschäftigten Arbeiter Rücksicht zu nehmen.

Die zweite Gruppe, die dabei in Frage kommt, sind die **Gastwirte.** Die interessieren den Herrn **Loritz** natürlich ganz besonders, weil er glaubt, daß jeder Gastwirt ein guter Agitator für ihn werden könnte.

(Lebhafte Heiterkeit.)

Während er da anscheinend für bestimmte Interessen eintritt, verleugnet er seine ganze Vergangenheit in bezug auf die Höchstpreise und die Preisspannen; das gibt er alles plötzlich auf. Aber in **Kulmbach** wird er in die Mühle der vernünftigen Leute, die dort tätig sind, hineinkommen, auch der vernünftigen Arbeiterschaft und der vernünftigen Wirte der in Kulmbach bestehenden

(Dr. Horlacher)

(A) Großbrauereien. Im übrigen weise ich auf die Originalität hin, daß sich hier einer um noch ein Mandat bewirbt, der schon im Bundestag herinnnen hockt; das ist der Bevölkerung deutlich genug.

Dann kommt das Interesse der **Verbraucher,** das Interesse der Biertrinker; das spielt natürlich eine sehr große Rolle.

(Zuruf des Abg. Loritz.)

— Herr Loritz, wenn Sie darauf hinweisen, daß ich zu der Kategorie gehöre, dann irren Sie sich momentan, denn ich habe früher zuviel Bier getrunken und kann heute keins mehr trinken, leider!

(Heiterkeit.)

Aber im Interesse meiner früheren Vergangenheit fühle ich mich bierverbunden. Im übrigen sind Sie ruhig, denn diejenigen, die kein Bier getrunken haben, haben meistens nie zu den vernünftigen Leuten gehört.

(Heiterkeit und Beifall. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Horlacher, ich muß doch bitten, in Ihrer generellen Beurteilung dieser Frage nicht ganz so weit zu gehen; denn Sie könnten ehrliche Abstinenten hier im Hause in der Tiefe ihres Herzens treffen.

Dr. Horlacher (CSU): Die Abstinenten im Hause werden mich schon richtig verstanden haben.

(Heiterkeit.)

Dann kommt der nächste Interessent, das ist der Staat, das ist die Biersteuer, das ist der Finanzminister; und es freut mich, daß wir uns jetzt darüber einig sind. Worum handelt es sich?

(B) Darum, daß, wenn die Biersteuer gesenkt wird, der Finanzminister absolute Gewißheit haben muß, daß der Bierpreis gesenkt wird. Die Gewißheit muß er haben. Denn sonst hat die ganze **Biersteuersenkung** keinen Wert. Es war immer so, daß früher drei preisbildende Faktoren da waren: die Biersteuer, der Ganterpreis der Brauereien, der meistens in einem Verhältnis mit den Wirten ausgehandelt wurde, und der Schanknutzen des Wirtes.

Jetzt eine praktische Rechnung. Wir haben auch einen Unterschied zwischen **Norden und Süden,** aber wir haben ein gemeinsames Interesse: daß der **Bierpreis** im allgemeinen gesenkt wird. Im Süden haben wir immer einen niedrigeren Bierpreis gehabt und ein höheres Maß als hier heroben, d. h. wir haben mehr getrunken, zweieinhalbmal soviel wie im Durchschnitt des Brausteuergebietes. Deshalb hatten wir einen niedrigeren Schanknutzen und ein anderes Preisverhältnis als anderswo. Das war doch ganz naturgemäß. Deswegen kommen ja die Norddeutschen zu uns herunter, um das nachzuholen, was sie zu Hause nicht entsprechend zur Verfügung haben.

(Große Heiterkeit.)

Deswegen sind wir ja alle — gerade auch die Norddeutschen — an den niedrigen Bierpreisen im Süden interessiert; sonst interessiert sie die ganze Sommerfrische bei uns letzten Endes nicht!

(Heiterkeit.)

Und im Norden ist die Geschichte so: da haben wir den verhältnismäßig höheren Preis und das geringere Ausschankmaß, weil man sich immer mit dem geringeren Ausschankmaß über die

(C) Preise hinwegbewegen will. Das bedauern wir. Aber in Norddeutschland gibt es das Ausweichgeleise: den Schnaps, den Grog und alle diese Dinge. Es muß also alles miteinander in Zusammenhang gebracht werden. Aber einig sind wir darin — und das ist das Wichtigste —, daß der Bierpreis zurückgesetzt werden muß.

Nun kommt die große Rechnung. Wir erwarten doch alle miteinander nach dem regnerischen Mai — das ist ein sehr günstiges Wetter — im Interesse der Biertrinker und der Brauereien einen heißen Sommer.

(Heiterkeit.)

Wenn der heiße Sommer kommt, und es trinkt einer — jetzt muß ich von bayerischen Verhältnissen ausgehen, das trifft aber für Norddeutschland umgerechnet genau so zu, denn die trinken manchmal mehr als wir —, so wird der, der bisher eine Maß zu einer Mark getrunken hat, wenn sie später 70 bzw. 75 Pfennig kostet, in der heißen Jahreszeit zwei Maß trinken; und wenn er zwei Maß trinkt, dann kann der **Schanknutzen,** der Abgabepreis der Brauereien entsprechend reduziert werden. Gehen Sie doch die Rechnung nach! Das ist vernünftig, und alles andere ist unvernünftig.

Warum also sollen wir uns mit der Sache beschäftigen? Ich habe kein Interesse daran, und auch meine Partei hat kein Interesse daran, daß wir uns mit einer Sache beschäftigen, die doch noch einmal, und zwar vernünftig erörtert wird, wie der Kollege Wönner schon gesagt hat, bei der späteren Vorlage der Regierung über die Senkung der Biersteuer.

(Abg. Loritz: Warum so lange warten?)

(D) Da wollen wir uns darüber noch einmal unterhalten. Da wird auch der Herr Finanzminister dazu Stellung nehmen können. Es ist ein Unterschied zwischen **Fest- und Höchstpreisen.** Doch darüber könnte ich eine Stunde reden; das versteht der Herr Kollege Loritz doch nicht!

(Zustimmung und große Heiterkeit.)

Der Höchstpreis ist in diesem Falle ein Sicherungspreis, damit hier mit dem Bierpreis kein Unfug getrieben werden kann. Dieser Sicherungspreis ist wichtig für alle die Kräfte in der Wirtschaft, die unter dem Höchstpreis bleiben wollen, zugleich aber Sicherung gegen die, die aus irgendwelchen Gründen und Gegengründen über den Höchstpreis hinauswollen. Deswegen haben wir den Wunsch, daß das bei der Biersteuervorlage gründlich erörtert wird. Das wird im Ausschuß geschehen müssen. Deswegen sehe ich nicht ein, daß sich das Hohe Haus aus anderen als nur sachlichen Gründen vorzeitig mit der Sache beschäftigen soll.

Ich beantrage infolgedessen, mit Rücksicht auf die bald zu erwartende Bierpreis- und Biersteuerdebatte, die auf einer vernünftigen Grundlage geführt werden wird, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen; denn mehr verdient er nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Bundesfinanzminister.

Schäffer, Bundesminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Nach dieser etwas mit

(Bundesfinanzminister Schäffer)

(A) Humor gewürzten Debatte bin ich gezwungen, über ein ernstes Thema zu Ihnen zu sprechen. Der **Bundesfinanzminister** erhält jetzt ständig Vorwürfe, **Verfassungsverletzungen** begangen zu haben, und zwar deswegen, weil er in dem ehrlichen Bemühen, wirtschaftliche Notstände zu beheben, im Benehmen mit den jeweiligen gesetzgebenden Körperschaften **Stundungen oder Vorgriffe auf künftige Steuersenkungen** gewährt hat. Ich habe den Vorwurf gestern bei der Tabaksteuer erhalten und erhalte ihn heute neuerdings, weil ich angeblich einen Vorgriff auf die Steuersenkung bei den bayerischen Hausbrauern vorgenommen hätte.

Ich darf dem Herrn Vorredner sagen: Die **Stundung für die bayerischen Hausbrauer** erfolgte vor dem 1. April 1950, in einer Zeit, in der die Verwaltung auf dem Gebiet unbestritten in Händen des bayerischen Staatsministeriums der Finanzen lag.

(Abg. Seuffert: Das ist interessant!)

Das Bundesministerium der Finanzen hat auf die Anfrage hin damals erklärt, daß von seiner Seite aus keine Erinnerung bestehe, und ich hätte auch jetzt keinen Anlaß, eine sachliche Erinnerung zu erheben.

Nun zur Sache selbst. Ich kenne ja die Geburtsstunde, in der der **Antrag Loritz** zur Welt kam. Das war die Stunde, in der eine Abordnung der bayerischen **Gastwirteverbände** hier in dem Hause vorgesprochen und Herrn Abgeordneten Loritz als ihren Fürsprecher gewonnen hat.

(Abg. Loritz: Das haben wir vorher gemacht; sagen Sie die Wahrheit!)

(B) Ich habe damals mit den Herren gesprochen und habe ihnen folgendes erklärt: Wenn ich bereit bin, im Benehmen mit den Ländern, um deren Einnahmen es sich handelt, in eine **Biersteuersenkung** einzuwilligen, wenn ich insbesondere im Benehmen mit dem Land, das die höchsten Einnahmen aus der Biersteuer bezieht, mit dem **Land Bayern** dabei vorgehe, so haben Bayern, die Finanzminister der übrigen Länder und der Bundesfinanzminister, wie ich gestern auch schon zum Ausdruck gebracht habe, nur die Absicht, dem kleinen Mann, den breiten Massen in der Verbilligung einfacher Lebens- und Nahrungsmittel helfend beizuspringen, dadurch den Konsum solcher billiger Lebensmittel zu steigern und auf diese Weise einen Wirtschaftszweig, dessen Kapazität in keiner Weise ausgenützt ist, wieder zu vollem Leben zu bringen, totes Kapital in lebendes Kapital umzuwandeln und der Allgemeinheit zu helfen. Dieser Zweck würde nicht erreicht, wenn zwar die Steuersenkung gegeben wird, der ganze Vorteil aber nicht dem Verbraucher, sondern den Zwischenstufen zufließen würde.

(Abg. Loritz: Das wollen wir ja gar nicht!)

Wenn ich infolgedessen keinen Verhandlungspartner finde, mit dem ich bindende Vereinbarungen über die künftige Preisgestaltung treffen kann — bei der Zigarrenindustrie war es anders, da man dort mit wenigen Kreisen zu sprechen hatte und durch das System der Banderolensteuer die Preissicherung gegeben war —, dann bin ich gezwungen, an dem alten System der Höchstpreise festzuhalten.

(C) Wir waren mit allen Partnern in Deutschland einig, nur nicht mit einem einzigen Verband, dem **bayerischen Gastwirteverband.**

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Dabei hat der bayerische Gastwirteverband aus einem Irrtum heraus gehandelt. Wenn der bayerische Gastwirteverband gut beraten gewesen wäre und nachgerechnet hätte, was der absolute, nicht der prozentuale **Schankgewinn** ist, wenn der Biertrinker dasselbe Geld, das er heute für Bier verwendet, auch künftig verwendet und, weil er mit weniger Geld mehr Bier kaufen kann, künftig infolgedessen mehr Bier trinken wird, hätte auch der Verband feststellen müssen, daß sein absoluter Schanknutzen durch die gesteigerte Absatzmenge in keiner Weise berührt wird, sondern bleibt.

(Abg. Loritz: Das können Sie auch den großen Brauereien vorrechnen!)

Da eine Sicherung aber gegeben werden muß, eine Einigung zu erzielen jedoch nicht möglich erschien und die Vertreter des Gastwirteverbandes ausdrücklich erklärt hatten, sie würden sich an die **Höchstpreise** nicht halten, sondern zu einem höheren Preis verkaufen,

(Hört! Hört! in der Mitte)

war ich gezwungen, zu erklären: Der Staat wird seine Autorität durchsetzen. Das, was als Ziel vereinbart ist, nämlich die Sicherung eines Bierpreises, die dem Bierverbraucher, den breiten Massen zugute kommt, wird erreicht werden. Wir werden die Höchstpreise, die bisher vereinbart sind, halten. Es ist keinem Menschen in Deutschland verboten, unter dem Höchstpreis zu verkaufen. Wenn jemand die Beseitigung des (D) Höchstpreises will, kann es nur mit dem Ziele erfolgen, über die Höchstpreise hinauszugehen oder sich nicht an das Gesetz zu halten,

(Sehr richtig! in der Mitte)

und beides darf nicht geschehen. Eine Steuersenkung, die nicht dem Verbraucher zugute kommt, wäre sinnlos und könnte nicht verantwortet werden.

(Erneute Zustimmung in der Mitte.)

Ich bedaure, daß der Antrag Loritz hier letzten Endes störend eingreifen will

(Zuruf des Abg. Loritz)

und damit dem Bierverbraucher den Schutz, den die Bundesregierung ihm geben will, verweigern und stören will. Ich muß das Haus bitten, solche Anträge im Interesse einer gesunden Steuer- und Wirtschaftspolitik abzulehnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Preusker.

Dr. Preusker (FDP): Meine Damen und Herren! Auch unsere Fraktion bittet Sie, über den Antrag des Abgeordneten Loritz zur Tagesordnung überzugehen; denn es ist wohl kaum mit so wenig Sachverstand über die **Lage der Brauereien und der Gastwirte** gesprochen worden wie vorhin.

(Abg. Stücklen: Der Verbraucher!)

Ich darf ganz kurz einmal etwas ausführen, was die Lage dieses Gewerbes schlagartig beleuchten wird. Wir haben eine durchschnittliche Ausnut-

(Dr. Preusker)

(A) zung der Kapazität der deutschen Brauereien von etwa 35 Prozent.

(Hört! Hört! bei der FDP.)

Damit sind die Brauereien durchweg auf einem Niveau angelangt, das ihnen tatsächlich die allerschwersten Sorgen bereitet, wie sie weiterhin ihre Arbeitskräfte beschäftigen und einen Ausgleich finden können.

(Zuruf des Abg. Loritz.)

Herr Loritz, wenn Sie vorhin gesagt haben, man sehe es ja an den **Aktienkursen**, welche **Gewinne die Brauereien** machten, dann scheinen Sie noch nie in ein Kursblatt hineingeguckt zu haben, sonst würden Sie nämlich feststellen, daß zwar alle übrigen Wirtschaftszweige überwiegend größere Kursverbesserungen haben erzielen können, während gerade bei den Brauereien die Kurse noch fast genau so sind, wie sie Ende 1948 waren, und das hat ja wohl schließlich einen Grund.

(Abg. Loritz: Das stimmt ja gar nicht!)

— Wie können Sie sagen: Das stimmt nicht!? Ich kann es Ihnen ja vorlesen.

(Abg. Loritz: Von 50 auf 67! — Zuruf: rechts: Immer noch unter pari!)

— Ich kann Ihnen nur das eine sagen. Wenn Sie gerade die Löwenbrauerei in München nehmen, so hat diese am 31. 12. 1948 auf 50 % und am 31. 3. 1950 auf 61 % gestanden und steht jetzt auf 60 %. Das ist im Verhältnis zu allen anderen Wirtschaftszweigen so gut wie gar keine Steigerung.

(Abg. Loritz: Das stimmt nicht!)

Jetzt ist aber nicht nur diese niedrige Ausnutzung der Brauereien zu verzeichnen, sondern die **Brauereien** haben im Verlaufe des letzten Jahres auch eine erhebliche **Steigerung ihrer Produktionskosten** erlebt. Die Braugerste ist von 22 auf 28 Mark je Doppelzentner heraufgegangen, und der Hopfenpreis ist von 350 auf einen Betrag zwischen 1000 und 2000 DM gestiegen. Ich möchte von Ihnen aber nicht den Vorwurf hören, daß das der Landwirtschaft zugute gekommen sei; das hatte ganz andere Gründe. Die Brauereien haben eine Einstandsverteuerung von insgesamt 9 bis 12 Mark pro Hektoliter gehabt. Sie stehen weiter mitten in einer Umstellung ihrer ganzen Absatzgepflogenheiten vom Faß- auf das Flaschenbier und haben dadurch höhere Vertriebskosten. Alle diese Dinge wollen Sie, Herr Loritz, offensichtlich überhaupt nicht wahrhaben. Man kann einen Wirtschaftszweig, der ohne seine eigene Schuld in eine derart kritische Lage gekommen ist, der selber Hunderttausenden von Menschen Brot gibt und der weite Kreise der deutschen Landwirtschaft beschäftigt, doch nicht einfach einer ruinösen Entwicklung und der Zerstörung aussetzen.

(B)

(Abg. Loritz: Keineswegs!)

— Das wollen Sie ja doch nur.

(Erneuter Zuruf des Abg. Loritz.)

Ich kann Ihnen nur das eine sagen. Es ist hier schon klar genug zum Ausdruck gekommen: der Angelpunkt der ganzen Geschichte ist die **Biersteuer.** Ich kann für unsere Fraktion nur den dringenden Wunsch ausdrücken, daß die Biersteuersenkung sobald als nur irgend möglich durchgeführt wird;

(Zuruf des Abg. Loritz)

denn sie ist das wirklich geeignete Mittel, um die Situation, die hinsichtlich des Bierabsatzes bei den Brauereien und bei den Wirten, die eben wegen des ungenügenden Umsatzes nicht von ihrem

(C) Schanknutzen heruntergehen wollen, gegenwärtig so kritisch ist, mit einem Schlag zu wenden.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht noch das eine sagen. Wir haben die feste Überzeugung, daß nach erfolgter Senkung der Biersteuer auch **Höchstpreise** sehr schnell unterboten werden können. Es wird sich dann erweisen, daß man auch dieser Stütze der Höchstpreise zum Schutze der Verbraucher über kurz oder lang nicht mehr bedürfen wird, genau wie das auf allen übrigen Gebieten der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Loritz.)

Deshalb, weil die Situation im Augenblick aber noch eine ganz andere ist und die Voraussetzung der Biersteuersenkung erst geschaffen werden muß, bitten wir Sie, über diesen völlig unsachverständigen Antrag des Herrn Abgeordneten Loritz zur Tagesordnung überzugehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Lebhafte Zurufe des Abg. Loritz.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Besold.

Dr. Besold (BP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen nur einige kurze Sätze zu dieser Sache sprechen. Die Debatte hat gezeigt, und die Sprecher, die aufgetreten sind, bürgen auch dafür, daß es sich bei dieser Angelegenheit offensichtlich um eine vorwiegend bayerische Sache handelt.

Es ist heute wieder so recht zur Klarheit geworden, daß wir sicher eine falsche Entscheidung getroffen haben, als wir die **Biersteuerangelegenheit** nicht zur Ländersache erklärt haben. Wenn wir das getan hätten, wäre diese Frage aus den örtlichen Verhältnissen heraus längst geklärt.

(D)

Wir sind auch der Überzeugung, daß diese Reden hin und her eine weitere Klärung des Sachverhalts nicht herbeiführen können. Wir sind ferner der Überzeugung — und das hat ja auch die Debatte bestätigt —, daß hier ein Fragenkomplex zu erörtern ist, der die Verbraucher, die Brauereien und auch die Wirte betrifft und nicht einseitig gelöst werden kann. Wenn der Herr Bundesfinanzminister erklärt hat, daß die Wirte seinerzeit von einer falschen Ansicht ausgegangen seien, so möchte ich dazu sagen, daß es nach unserer Ansicht auch keinen Fortschritt in der Klärung der Gesamtlage bedeutet, wenn man jetzt einfach zur Tagesordnung übergeht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß den Gastwirten Gelegenheit gegeben werden muß, nochmals ihre Meinung vorzutragen. Die gesamte **Bierpreisfrage** wird dann einer raschen Klärung zugeführt werden. Man muß eben diese Gesamtfragen nochmals in einem Ausschuß vordringlich behandeln. Es genügt nicht, die Fragen einzeln zu erörtern, sondern man muß sie im gesamten sehen. Das Versprechen, daß die Biersteuerangelegenheit vorwärtsgetrieben wird, ist den Verbrauchern, den Brauereien und Wirten jetzt schon seit Monaten gemacht worden. Ich habe gehört, daß in der Rede eines Experten schon gesagt worden ist, in der Bierpreisfrage werde durch die Senkung ein Ostergeschenk kommen. Aber bis heute ist die Frage noch nicht vorwärtsgetrieben worden. Wenn aus dieser Debatte nur das eine herauskäme, daß in einem Ausschuß alle zusammenhängenden Fragen erörtert und dabei alle Beteiligten zusammengefaßt würden, die mit ihrer Sachkenntnis zur Lösung der Frage der Biersteuersenkung beitragen könnten, würden wir aus

(Dr. Besold)

dieser Debatte, die eigentlich völlig überflüssig ist, doch noch einen Vorteil ziehen.

Wir sind also der Auffassung, daß der Gesamtfragenkomplex im Zusammenwirken mit allen Beteiligten nochmals im Ausschuß behandelt werden muß, damit diese Frage im Zusammenhang mit allen andern Biersteuersenkungsfragen und so fort beschleunigt einer endgültigen Lösung zugeführt wird. Nur so kommen wir sachlich vorwärts.

(Beifall bei der BP.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bertram.

Dr. Bertram (Z): Meine Damen und Herren! Die Angelegenheit hat nicht nur einen bayerischen Aspekt,

(Abg. Dr. Horlacher: Sehr richtig!)

sie hat auch einen etwas allgemeineren Aspekt, nämlich in bezug auf die Frage, ob es überhaupt zweckmäßig ist, eine **Preisbindung** von Staats wegen aufrechtzuerhalten, die im Rahmen einer Marktwirtschaft an sich systemwidrig ist.

Wenn wir einmal von den bayerischen Belangen auf diese Fragestellung umstellen, dann muß man doch erhebliche Zweifel haben, ob eine solche Preisbindung noch richtig ist. Eine Preisbindung, auch wenn es sich um einen **Höchstpreis** handelt, führt nicht automatisch, wie die Herren Vorredner zu meinen schienen, die Möglichkeit herbei, daß auch billiger angeboten wird. Eine solche Höchstpreisfestsetzung von Staats wegen hat tatsächlich häufig zur Folge — und es wird behauptet, daß es gerade auf diesem Wirtschaftssektor der Fall sei —, daß ein privates Kartell zwischen den Beteiligten entsteht. Wenn ein Höchstpreis festgesetzt ist, sagen sich die Beteiligten ganz mit Recht: Dann brauchen wir auch nicht billiger zu verkaufen. Sie empfehlen es ihren Verbandsmitgliedern. Auf diese Art und Weise wird auf dem Wege über die privatrechtliche Vereinbarung unversehens aus einem Höchstpreis auch ein Mindestpreis. Diese Frage zu erörtern ist gar nicht so unwichtig.

Ich bin deshalb durchaus der Ansicht des Kollegen Dr. Besold, daß dieser Antrag im Zusammenhang mit der Biersteuersenkung im Ausschuß einmal eingehend untersucht werden sollte. Denn das Ziel, das der Herr Finanzminister uns hier vorgetragen hat, eine **Verbilligung des Bieres,** insbesondere insoweit es als flüssiges Brot sich um ein Volksnahrungsmittel handelt, insbesondere also für Bayern, ist durchaus erstrebenswert. Aber wir sind der Ansicht, daß dieses Ziel durch die staatlichen Maßnahmen im Rahmen der Biersteuergesetzgebung besser erreicht werden kann und daß dazu ein Höchstpreis, der in einer Marktwirtschaft nichts zu suchen hat, die Senkung des Preises nur stören würde.

Ich beantrage deshalb namens meiner Fraktion Überweisung des Antrags der WAV an den Ausschuß und bitte gleichzeitig den Herrn Finanzminister, die mit den Interessentenverbänden abgesprochene Regelung als eigenen Regierungsentwurf uns hier alsbald vorzulegen, damit wir dann im Zusammenhang mit der Senkung der Biersteuer gleichzeitig die Frage der privaten Kartellbildung und damit die der Umwandlung von Höchstpreisen in Mindestpreise besprechen können.

Präsident Dr. Köhler: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache über die Drucksache Nr. 744.

Wir stimmen über den weitestgehenden Antrag ab: Übergang zur Tagesordnung. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke! Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen damit zu Punkt 5 der Tagesordnung:

a) **Beratung des Antrags der Fraktion der WAV betreffend Senkung der Kraftfahrzeugsteuer** (Drucksache Nr 764);

b) **Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Rademacher, Dr. Friedrich, Juncker, Dr. Schäfer und Fraktion der FDP betreffend Kraftfahrzeugsteuergesetz** (Drucksache Nr. 816).

Der Ältestenrat schlägt Ihnen zu Punkt 5 a) und b) der Tagesordnung für die Antragsteller eine Redezeit von je 10 Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von 60 Minuten vor. Ich darf das Einverständnis des Hauses damit annehmen. — Es ist so beschlossen.

Wer von den Antragstellern wünscht zu dem Antrag Drucksache Nr. 764 das Wort? — Das Wort hat Herr Abgeordneter Loritz. Bitte 10 Minuten!

Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß der Herr Bundeskanzler wahrscheinlich gegen 12 Uhr eine **Regierungserklärung** zu der gestern nacht erfolgten Radiosendung aus Moskau in Sachen der **Kriegsgefangenen** abgeben wird. Ich möchte Sie ausdrücklich darauf hinweisen.

Loritz (WAV), Antragsteller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag der Fraktion der WAV vor, eine **Senkung der Kraftfahrzeugsteuer** um 50 % raschestens durchzuführen. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil die Verhältnisse im Kraftverkehrsgewerbe geradezu katastrophal geworden sind,

(Abg. Strauß: Wir haben zuviel Kraftwagen!)

und zwar aus einer ganzen Reihe von Umständen. Erstens einmal deswegen, weil am 1. Januar 1950, wie Ihnen wohl bekannt sein wird, eine außerordentlich tief einschneidende **Absenkung des Reichskraftwagentarifs** erfolgt ist, und zwar im Querschnitt eine Absenkung um 15 %, bei Klasse A um 19,6 %, bei Klasse B um 15 % und bei Klasse C um 12 %. Sie können sich leicht ausrechnen, daß dieser Querschnitt von 15 %, den ich Ihnen soeben vorgetragen habe, stimmt. Die geringfügige Erhöhung der niedersten Klassen im Durchschnitt um 6 %, die gleichzeitig vorgenommen wurde, hat diese massive Senkung um 15 % der ersten drei Klassen so gut wie überhaupt nicht zu korrigieren vermocht. So ist durch diese Senkung der Sätze des RKT, des Reichskraftwagentarifs, bereits eine außerordentliche Minderung des Verdiensterlöses für das gesamte Kraftfahrgewerbe eingetreten. Diese Verminderung hat sich noch weiter dadurch verschärft, daß bisher das große Bauprogramm und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung so gut wie überhaupt noch nicht ins Rollen gekommen sind, daß die umfangreichen Transporte von Baumaterial, die dieses Beschaffungsprogramm hätte bringen können und bringen müssen, so gut wie überhaupt noch nicht angelaufen sind; und vieles andere dazu.

So hat sich diese Absenkung des Reichskraftwagentarifs in der unheilvollsten Art und Weise

(Loritz)

ausgewirkt. Diese Stagnation des Bauprogramms führte zu einer Stagnation der Transporte, die in manchen Bezirken Deutschlands rund 80 % gegenüber der Ziffer des Sommers des vorigen Jahres beträgt. Rechnen Sie sich bitte aus, welche Verlustziffern hier für das gesamte Kraftfahrgewerbe entstanden sind.

Diese Schädigung des Kraftfahrgewerbes durch die Senkung des RKT ist noch lange nicht alles. Wir haben die **Erhöhung des Benzin- und Dieselölpreises** vom 1. Januar 1950 an bis zum 30. März 1950 in vollem Umfange mit einer enormen Schädigung des Gewerbes erlebt: 40 auf 60 Pfennig beim Benzinpreis und bekanntlich auf 45 Pfennig beim Dieselölpreis. Diese enorme Erhöhung des Betriebsstoffpreises für das Gewerbe hat sich weiterhin außerordentlich schädlich ausgewirkt. Die ganz knappe Senkung um 5 Pfennig beim Benzinpreis und entsprechend beim Dieselölpreis hat an den riesigen Ausfallsummen, die dem Kraftfahrgewerbe damit entstanden sind, nichts mehr oder fast nichts mehr zu reduzieren vermocht.

Das ist immer noch nicht alles. Die **Haftpflicht- und Kasko-Versicherung** ist seit dem 1. April 1949 bekanntlich auf Antrag der Versicherungsgesellschaften durch Gesetz um 30 % erhöht worden. Das hat sich ebenfalls außerordentlich verkehrsschädigend ausgewirkt, und vieles, vieles andere noch mehr.

Durch all diese Maßnahmen ist es heute gekommen, daß ein ganz großer Teil des **Verkehrsgewerbes** — ich rechne ganz gering —, 80 % des Verkehrsgewerbes heute **notleidend** geworden sind und überhaupt nicht mehr wissen, wie sie ihre Steuern bezahlen sollen. Fragen Sie herum bei den Finanzämtern. Die verzweifelten Stundungsgesuche, die überall bei den Finanzämtern vorliegen, müßten doch den Finanzämtern und auch dem Herrn Finanzminister klar beweisen, daß die Leute tatsächlich ihre **Kraftfahrzeugsteuer** einfach nicht mehr bezahlen können. Angesichts dieser Situation gibt es nur einen Ausweg, nämlich die Kraftfahrzeugsteuer um mindestens 50 % herabzusetzen. Sonst werden die Verwaltungsunkosten ins Ungemessene wachsen, die allein dadurch entstehen, daß über all diesen sehr wohl begründeten Stundungsanträgen in bezug auf die Kraftfahrzeugsteuer Hunderte und aber Hunderte von Beamten sitzen müssen, wenn sie überhaupt bearbeitet werden sollen. Und darauf hat der Staatsbürger doch wohl ein Recht.

In großen Teilen Deutschlands sind die Finanzämter bereits dazu übergegangen oder gehen dazu über, den Transportunternehmern die Nummernschilder von den Lastwagen herunterreißen zu lassen und sie dadurch brotlos zu machen.

(Abg. Stücklen: Aber nicht so grausam!)

— Jawohl, wir haben solche Beispiele. Ich habe sie bereits an eine Reihe von Landesfinanzministern gemeldet. Ich kann Ihnen ohne weiteres solche Beispiele zur Verfügung stellen, Herr Abgeordneter! Auf diese Weise sind die betreffenden Unternehmer über Nacht brotlos gemacht worden. So ist heute die Lage im Kraftfahrgewerbe, und zwar für den Fernverkehr genau so wie für den Güternahverkehr. Ja, für den Güternahverkehr bis zu 50 km ist es vielleicht noch schlimmer. Und für die Omnibus-Unternehmer ist es genau so wie für andere Gruppen des Kraftfahrgewerbes. Es gibt hier nur eine einzige Möglichkeit: Senken Sie bitte die Kraftfahrzeugsteuer um 50 %, bevor das ganze Gewerbe ruiniert wird.

(Abg. Stücklen: Nur für das Gewerbe oder allgemein?)

— Herr Zwischenrufer, wenn das Kraftfahrgewerbe kaputt ist, so wird das die ganze Allgemeinheit und Sie mit schädigen; Sie vielleicht nicht, weil Sie ein Privatauto haben und nicht auf die Dienste des Kraftfahrgewerbes angewiesen sind. Vielleicht aber doch auch. Denn die Lebensmittel und die Waren aller Art, die Sie kaufen, werden drei- oder viermal oder noch öfter durch den Lastwagen transportiert, bevor sie vom Erzeuger zum Verbraucher gelangt sind. Denken Sie also bitte daran, daß die ganze Volkswirtschaft, daß jeder von uns das allergrößte Interesse daran hat, daß das Verkehrsgewerbe nicht erliegt. Das hat man schon im Mittelalter gewußt, daß das Transportgewerbe, damals noch per Pferd, eine Schlüsselstellung für das ganze Wirtschaftsleben hat. Schade, daß es heute anscheinend Abgeordnete im Bundestag gibt, die nicht begriffen haben, welche enorme Bedeutung ein gesundes Kraftfahrgewerbe für die ganze Volkswirtschaft, für jeden einzelnen von uns und für eine wahre Verbilligung der ganzen Güter- und Lebensmittelversorgung hat.

(Abg. Dr. von Brentano: Ausgezeichnet!!)

Die Abmeldungen heute bei den Finanzämtern sprechen eine beredte Sprache.

(Abg. Dr. Freiherr von Rechenberg: Das haben Sie schon einmal gesagt; Sie können sich doch nicht dauernd wiederholen!)

Die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten müßten Ihnen allen zu denken geben, wo Sie doch immer und immer wieder fordern, daß die Arbeitslosigkeit bekämpft wird.

(Abg. Dr. Freiherr von Rechenberg: In der Kürze liegt die Würze!)

Sie müssen unter allen Umständen das Gewerbe dadurch vor dem Ruin bewahren, daß Sie die Steuer herabsetzen. Denn die Einnahmen aus der Steuer sind bereits so heruntergegangen, daß bei den Finanzämtern nichts anderes als eine ungeheuerliche Mehrarbeit entsteht. Oder wollen Sie überhaupt die **Stundungsgesuche** nicht prüfen? Das ist vielleicht das, was bei einer großen Anzahl von Finanzämtern heute tatsächlich schon geschieht. Da sind wir aber schärfstens dagegen! Das kann ich Ihnen gleich sagen.

Vizepräsident Dr. Schäfer: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit läuft ab.

(Abg. Stücklen: Es ist auch höchste Zeit!)

Loritz (WAV), Antragsteller: Ich möchte Ihnen eins erklären. Sie werden — und ich wende mich dabei vor allem an den Herrn Finanzminister —, wenn Sie in diese Reduktion einwilligen, sehen, daß das tatsächliche Steueraufkommen — auf die Dauer gesehen — nicht etwa heruntergehen, sondern sich heben wird.

(Abg. Stücklen: Glauben Sie denn so etwas auch?)

— Das werden Sie sehen, jawohl, weil dann, wenn die einzelnen Verkehrsunternehmer weiterhin leben und existieren können, sie als Steuerzahler wieder in Funktion treten können.

(Loritz)

(A) Wenn dagegen ein großer Teil dieser Betriebe kaputtgeht, werden die Leute nicht bloß keine Kraftfahrzeugsteuer mehr zahlen können, auch nicht einmal 50 %, sondern sie werden Umsatzsteuer, Einkommensteuer und all diese Steuern ebenfalls nicht mehr zahlen können. Sie werden den Leuten dann noch **Wohlfahrtsunterstützungen** zuwenden müssen. Soweit ist es nämlich bereits gekommen, daß gut fundierte Unternehmer des Verkehrsgewerbes — —

(Zurufe von der CDU: Wo denn?)

— Jawohl, und gerade kleine Leute, die nur einen oder zwei Lastwagen laufen haben — in Hessen genau so wie in Bayern und im Rheinland ist das vorgekommen —, müssen um Unterstützung nachsuchen, weil sie für Ihre Familie nichts mehr zu leben haben.

(Zurufe von der CDU.)

Darum bitte ich Sie, nehmen Sie den Antrag der WAV an oder — ich stelle den Antrag jetzt — überweisen Sie ihn sofort an den Ausschuß, damit dort noch an Hand von genauen Zahlen Ihnen belegt werden kann, in welch ruinöser Lage sich unser ganzes Kraftfahrzeuggewerbe heute bereits befindet.

(Abg. Stücklen: Das war die Stellung der WAV!)

— Das, sehr verehrter Herr, begreifen Sie anscheinend noch nicht. Sie werden es aber begreifen.

(Beifall bei der WAV.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat zur Begründung des Antrags auf Drucksache Nr. 816 unter Punkt 5 b der Tagesordnung der Abgeordnete Rademacher. (B)

Rademacher (FDP), Antragsteller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag zu Punkt 5 b der Tagesordnung bezieht sich auf die Dreiradwagen, das typische Gütertransportmittel für den Handwerker und für den Einzelhandel, also, wenn Sie wollen, für den Mittelstand. Für diese **Dreirad-Kraftfahrzeuge** hat es stets eine besondere Regelung gegeben. Diese Dreirad-Kraftfahrzeuge wurden nicht nach dem Gewicht des Wagens wie die anderen Lastwagen versteuert, sondern nach dem Hubraum.

Es ist bekanntgeworden, daß die Steuersachverständigen der Länderfinanzverwaltungen zusammengesessen haben, um eine Änderung dieser Sonderregelung über die Bundesgesetzgebung herbeizuführen. Das würde bedeuten, daß dieser Ausnahmesteuersatz von 48 DM sich auf 180 DM erhöhen würde. Aus diesem Grunde, also sozusagen prophylaktisch ist dieser Antrag eingebracht worden, um aus den von mir genannten Gründen diese Sondersteuer für das Handwerk und für den Einzelhandel auf jeden Fall zu erhalten. Ich bitte daher, da noch einige technische Fragen zu klären sind, das Haus, zu beschließen, diesen Antrag zu Punkt 5 b an den Ausschuß für Verkehrswesen zu überweisen.

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich im Anschluß an meinen Antrag im Auftrage meiner Fraktion nunmehr zu dem **Antrag der WAV** Stellung nehmen. Der Herr **Abgeordnete Loritz**, der hier in letzter Zeit sein tiefes Sachverständnis für Eierbewirtschaftung, Milchspannen, Bierbewirtschaftung eindrucksvoll bewiesen hat,

(Abg. Loritz: Sie merken auch alles!)

(C) hat neuerdings sein Herz für den notleidenden Verkehr entdeckt. Erst aus seiner Begründung habe ich einigermaßen verstanden, was er eigentlich mit seinem Antrag will.

(Abg. Loritz: Schade! — Heiterkeit.)

Er spricht nämlich vom **Kraftfahrzeuggewerbe.** Darf ich fragen, was das Kraftfahrzeuggewerbe ist?

(Abg. Dr. von Brentano: Sehr gut!)

Sie meinen natürlich das Verkehrsgewerbe, das haben Sie aber erst hinterher gesagt. Das Kraftfahrzeuggewerbe kann sein die Automobilindustrie; das können die Reparaturanstalten sein; das kann sein der Werksverkehr,

(Abg. Loritz: „Kraftverkehrsgewerbe" habe ich gesagt!)

und das kann sein der gewerbliche Verkehr, den Sie eigentlich meinen. Herr Loritz, das ist genau so von einem tiefen Sachverständnis durchsetzt wie Ihr damaliger Antrag wegen der Herabsetzung der **Benzinpreise**, wo Ihnen zum erstenmal klargeworden ist, daß es außerdem noch Dieselkraftstoff gibt.

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien. — Abg. Loritz: Reden Sie doch nicht so ein Blech daher!)

— Herr Loritz, ich überlasse es der Beurteilung des Hauses, wer von diesem Platz Blech redet.

(Beifall und Lachen bei den Regierungsparteien.)

Dann haben Sie noch eins vergessen, Herr Loritz. Sie haben leider die Geschäftsordnung nicht studiert. Sonst hätten Sie wissen müssen, daß Sie nach § 48 a gleichzeitig eine **Deckungsvorlage** für Ihren Antrag einbringen mußten. (D)

(Bravo! bei der CDU und Zuruf: Das gilt für Loritz nicht!)

Ich darf darauf hinweisen, daß zwar nach Art. 106 des Grundgesetzes die **Kraftfahrzeugsteuer** den Ländern zufließt, daß sie aber nach Art. 105 Angelegenheit der Bundesgesetzgebung ist.

(Abg. Loritz: Das wissen wir schon lange!)

Sie sollten sich einmal gleichzeitig überlegen, daß die Kraftfahrzeugsteuer insgesamt 290 Millionen DM in den Ländern ausmacht und infolgedessen entscheidend in den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern eingreift. Aus dem Grunde mußten Sie uns nach § 48 a der Geschäftsordnung gleichzeitig sagen, wo Sie die Deckung hernehmen wollen, und durften nicht dem wirklich notleidenden Gewerbe, das Sie meinen, Hoffnungen erwecken, die einfach nicht zu erfüllen sind und nur den Zweck haben, Propaganda zu machen.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien. — Abg. Loritz: Den Haushaltsplan des Bundes müssen Sie kürzen!)

Diejenigen, denen wirklich an einer Besserung der Lage im Verkehrsgewerbe gelegen ist, sind sich völlig klar darüber, daß, auf die Dauer gesehen, die Kraftfahrzeugsteuer in dieser Höhe nicht zu halten ist. Wir sind aber der Meinung, daß einmal der Augenblick gekommen ist, wenn wir von der Benzin- und Dieseltreibstoffwirtschaft weg sind, dann eingehend zu überlegen, ob man nicht wie bei der Zigarettensteuer usw. innerhalb des Benzinpreises den letzten Verbraucher an der Tankstelle erfaßt, um gleichzeitig diese ungeheure Bürokratie zu beseitigen.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

(Rademacher)

Aber leider ist wegen des von mir angeführten Grundes des Finanzausgleichs dieser Augenblick noch nicht gekommen.

Zu überlegen wäre, Untersuchungen darüber anzustellen, wieweit die sehr hohe Kraftfahrzeugsteuer in den Ländern zweckgebunden ist bzw., wenn sie es noch nicht ist, zweckgebunden werden kann, nämlich für den **Ausbau der Straßen.** Dann könnte man unter Umständen eine Rechtfertigung der heutigen Höhe der Kraftfahrzeugsteuer hinnehmen.

(Abg. Loritz: Aha!)

Aber ich wiederhole noch einmal: es handelt sich hier um einen ausgesprochenen Propagandaantrag, der in unverantwortlicher Weise dem leidenden Gewerbe Hoffnungen erweckt, die der heutige Staat mit dem besten Willen nicht erfüllen kann.

(Zurufe des Abg. Loritz.)

Ich bitte das Hohe Haus, diesen Antrag, der mit Sachlichkeit nichts mehr zu tun hat, sondern nichts weiter ist als eine Sonderpropaganda der WAV, entsprechend zu behandeln und zur Tagesordnung überzugehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat der Herr Bundesfinanzminister.

Schäffer, Bundesminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Ich darf zu den beiden Anträgen kurz Stellung nehmen. Nachdem für den zweiten Antrag die Überweisung an den Ausschuß beantragt ist, möchte ich nur eines feststellen. Ich nehme an, daß der zweite Antrag nicht die Tendenz hat, der Regierung nahezulegen, eine pflichtgemäße Prüfung der Frage überhaupt zu unterlassen.

(Rufe von der FDP: Nein, nein!)

Zu dem Antrag auf Drucksache Nr. 764 möchte ich mich dahin aussprechen, daß ich im Namen der Bundesregierung bitten muß, den Antrag abzulehnen. Ich darf das mit ganz wenigen Sätzen begründen. Die **Kraftfahrzeugsteuer** ist tatsächlich eine **Zwecksteuer.** Sie ist nach § 41 Abs. 2 des Finanzausgleichgesetzes für Zwecke der Unterhaltung der öffentlichen Wege bestimmt. Die Länder können den Ertrag außer zur Unterhaltung der öffentlichen Wege auch zur Unterhaltung der öffentlichen Brücken verwenden. Der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer ist also zur Unterhaltung der öffentlichen Wege und der öffentlichen Brücken bestimmt. Die Kraftfahrzeugsteuer ist ihrem Wesen nach nicht eine Steuer auf das Kraftfahrzeug, sondern sie ist eine Steuer auf das Halten von Kraftfahrzeugen, die bestimmt sind, die öffentlichen Wege und Brükken zu benutzen. Das ist das Wesen und der Zusammenhang.

Das **Erträgnis der Kraftfahrzeugsteuer,** das voll den Ländern zufließt, ist im Jahre 1948/49 261 Millionen Mark gewesen. Das Erträgnis steigt und wird heuer höher zu schätzen sein. Es wird regelmäßig für den **Ausbau von Wegen und Straßen** — Bundesstraßen, Autobahnen, Straßen erster und zweiter Ordnung — verwendet. Als Gesamtaufwand hierfür in den Ländern und in den Gemeinden darf man zusammen nach vorsichtiger Schätzung etwa 680 Millionen DM jährlich rechnen. Aus der Kraftfahrzeugsteuer wird also die Hälfte des gesamten Aufwandes für die Unterhaltung von Wegen, Straßen und Brücken bezahlt. Würde das Erträgnis der Kraftfahrzeugsteuer in dem Ausmaß, wie es der Antrag will, ermäßigt, wäre die Unterhaltung der Wege, Straßen und Brücken in dem bisherigen Ausmaß nicht mehr möglich. Ich glaube, das wäre die stärkste Gefährdung des Kraftfahrzeuggewerbes, die man sich denken könnte.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Loritz: Ich bitte ums Wort!)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Mücke.

Dr. Mücke (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist unbestreitbar, daß die Steuerschraube bei allen Steuern im Gebiet der Bundesrepublik sehr straff angespannt ist. Es ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe dieses Hauses, die Steuerschraube, soweit es möglich und tragbar ist, zu lockern. Die Steuersenkungen müssen aber immer unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls, sozial und gerecht erfolgen. Sie dürfen sich keinesfalls im Interesse einer bestimmten Bevölkerungsschicht oder einer bestimmten Gruppe zum Schaden der Allgemeinheit, insbesondere zum Schaden der sozial schwachen Bevölkerung, auswirken.

Man kann die Frage der Kraftfahrzeugsteuer, insbesondere eine Senkung dieser Steuer, nicht unter dem Aspekt des Kraftverkehrsgewerbes allein behandeln, wie dies offensichtlich der Antrag der WAV vorsieht. Man kann aber auch die Frage der **Senkung der Kraftfahrzeugsteuer** nicht für sich allein und getrennt von dem Gesamtkomplex der Fragen behandeln, die bei der Benutzung und Haltung von Kraftfahrzeugen finanziell eine Rolle spielen. Das heißt, die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer kann nur unter Berücksichtigung aller Kostenfaktoren geprüft werden, die mit der Haltung von Kraftfahrzeugen in Zusammenhang stehen.

Hier ist ein entscheidender Kostenfaktor der **Benzinpreis.** Über den Benzinpreis ist in diesem Hause und außerhalb des Hauses schon sehr viel geredet worden. Zur Frage des Benzinpreises sind insbesondere auch von den Antragstellern im wesentlichen dieselben Argumente vorgebracht worden, wie sie jetzt bei der Frage der Senkung der Kraftfahrzeugsteuer ins Feld geführt werden. Das Haus hat zur Überprüfung der Benzinpreise einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. So wie die Dinge liegen, besteht doch zwischen der Höhe der Kraftfahrzeugsteuer und dem Benzinpreis ein echter Zusammenhang. Wir müssen erst das Drum und Dran der Bestandteile des Benzinpreises kennen, um eine verantwortliche Entscheidung über die Frage der Kraftfahrzeugsteuer treffen und entscheiden zu können, ob eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer tragbar ist oder nicht.

Deshalb wird meine Fraktion für die Verweisung des Antrags sowohl an den Finanzausschuß wie auch an den Verkehrsausschuß stimmen. Das gleiche wird meine Fraktion hinsichtlich des Antrages der FDP-Fraktion tun. Hier wird zu prüfen sein, ob eine Erhöhung zumutbar ist oder nicht. Das Haus ist heute nicht in der Lage, zu dem Antrag ohne Prüfung durch den zuständigen Ausschuß Stellung zu nehmen.

(Dr. Mücke)

(A) Zum Schluß eine allgemeine Bemerkung: Wir könnten uns alle diese Einzeldebatten über Einzelsteuern ersparen, wenn die Regierung uns recht bald einen Entwurf über eine umfassende allgemeine Steuerreform vorlegen würde; und es ist unser Wunsch, daß die Regierung dies recht bald tut.

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Loritz.

(Zuruf: Es bleibt uns nichts erspart!)

Loritz (WAV): Herr Abgeordneter Rademacher hat soeben geglaubt meine Ausführungen dadurch kritisieren zu können, daß er erklärt hat, ich hätte bei Stellung des Antrages der WAV den **§ 48 a der Geschäftsordnung** außer acht gelassen. gelassen.

(Zuruf von der FDP: Haben Sie auch!)

— Ich weiß nicht, ob Sie Jurist sind, Herr Rademacher.

(Zuruf von der FDP: Das hat damit nichts zu tun!)

— Das sind Sie nicht? — Sie haben mir doch vorgeworfen, ich verstünde nichts vom Verkehrsgewerbe! Wollen Sie bitte dann mich zuerst nicht über Juristerei belehren, Herr Rademacher!

Der § 48 a der Geschäftsordnung gilt nämlich zur Zeit gar nicht.

(Zuruf von der FDP: Haben Sie eine Ahnung! — Heiterkeit und Unruhe.)

Darüber sind sich gerade auch Ihre Leute im Ältestenrat einig gewesen. Der § 48 a setzt nämlich voraus, daß der Haushaltsplan für das Jahr, (B) auf das sich der gestellte Antrag bezieht — und das ist sicher das Haushaltsjahr 1950 —, bereits endgültig vorliegt.

(Zuruf von der FDP: Das ist ja heller Unsinn!)

Das ist nicht da. — Selbstverständlich! Denn Sie können nur dann auf Grund des Haushaltsplanes hier diese Anträge stellen.

(Zuruf von der FDP: Das ist heller Unsinn! — Anhaltende Unruhe und dauernde Zurufe.)

— Nein, das ist kein heller Unsinn,

(Abg. Dr. von Brentano: Doch!)

sondern das ist auch die Auffassung maßgeblicher Mitglieder des Geschäftsordnungsausschusses,

(Abg. Strauß: Der WAV!)

— die nicht Mitglieder der WAV sind, Herr Dr. von Brentano!

(Abg. Dr. von Brentano: Ich habe gar nichts gesagt! — Heiterkeit. — Anhaltende Unruhe.)

— Dann der Herr, der hier vorn den Zwischenruf gemacht hat.

Es ist selbstverständlich, daß der § 48 a der Geschäftsordnung, wenn er überhaupt in Kraft gesetzt werden sollte, nur dann einen Sinn hat, wenn der Haushaltsplan die Möglichkeit gibt, hier mit spezifizierten Anträgen die entsprechenden Einsparungsmaßnahmen zu fordern, also die Möglichkeit für die betreffenden Antragsteller, die Einsparungsmaßnahmen zu fordern, durch die der eventuelle Ausfall an Steueraufkommen infolge des betreffenden Antrages wieder wettgemacht wird.

(C) Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen aber auch darüber hinaus schon gesagt, daß hier auf die Dauer gar kein **Steuerausfall** eintreten wird. Die Verhältnisse werden diesen Steuerausfall erzwingen, sage ich Ihnen! Sie werden dann sehen, daß Sie weniger bekommen, als wenn Sie unseren Antrag angenommen hätten!

(Abg. Dr. Freiherr von Rechenberg: Ein glatter Widerspruch! — Weitere Zurufe von der FDP und erneute Unruhe.)

Zum zweiten sage ich Ihnen: Ich habe mich schon manches Mal mit Ihnen auseinanderzusetzen gehabt, wie Sie die **Einsparungen** und noch viel mehr, als hier notwendig wären, erreichen könnten,

(Widerspruch und Zurufe bei der FDP)

also Einsparungen für den Staatshaushalt und damit die **Deckung** für den eventuellen Ausfall der Steuerbeträge, der durch die Ermäßigung eingetreten ist.

(Große Unruhe.)

Kürzen Sie diese Haushalte entsprechend, lassen Sie nicht das Geld in Riesenbeträgen zum Fenster hinauswerfen!

(Abg. Dr. von Brentano: „Sehr gut"!)

Kürzen Sie bitte hier die **Personalpläne!**

(Zuruf von der CDU: Kürzen Sie Ihre Reden! — Heiterkeit.)

Kürzen Sie die Pläne für das Bundesinnenministerium und für manche andere Ministerien, kürzen Sie diese ganzen Ausgaben und auch die Ministergehälter; dann werden Sie sehen, daß Sie hier mehr als genügend Deckung haben.

(Abg. Hilbert: Propaganda!)

(D) — Nein, das ist keine Propaganda,

(Zurufe in der Mitte: Doch! — Jawohl! — Unruhe)

sondern das sind Tatsachen. Es ist merkwürdig, daß ein Antrag immer nur dann **Propaganda** ist, wenn ihn die WAV stellt.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Wenn S i e dagegen Anträge stellen, dann ist das keine Propaganda. Sie würden sich sehr dagegen verwahren, wenn wir bei Ihren Anträgen immer den Vorwurf erheben würden, Sie würden das zu Propagandazwecken machen.

(Zuruf: Blumenkohl! — Erneute lebhafte Zurufe.)

Wir stellen den Antrag deswegen, damit die Steuern herabgesetzt werden. Bitte, benützen Sie doch dann auch diese Gelegenheit, Propaganda zu machen! Schließen Sie sich doch unserem Antrag an, dann werden Sie die beste Propaganda machen, die Sie machen können, nämlich die Propaganda einer sparsamen Staatsführung.

(Anhaltende große Unruhe. — Zuruf: Kommen Sie auf die Eierpreise!)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit läuft ab.

Loritz (WAV): Ich habe Ihnen nochmals den Antrag zu stellen und zu wiederholen.

(Zuruf rechts: Wiederholen Sie ihn!)

Unser Antrag auf Kürzung ist zulässig. Er verstößt keineswegs gegen die vorläufige Geschäfts-

(Loritz)

ordnung. Das antworte ich Ihnen, Herr Rademacher!

(Abg. Dr. Freiherr von Rechenberg: Und zu dem anderen sagen Sie gar nichts?)

— Zu dem andern? Ich kann nichts dafür, wenn mir die Redezeit immer so abgekürzt wird, daß ich in wenigen Minuten alles vortragen muß.

(Große Unruhe.)

Wir werden jeden Antrag unterstützen, der zum Nutzen des Kraftfahrgewerbes ist, und zwar jeden solchen Antrag, im Gegensatz zu Ihnen, die Sie alle Anträge niederstimmen, die von der WAV kommen, selbst wenn sie noch so begründet sind. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir bis jetzt jeden Antrag von irgendeiner Seite des Hauses unterstützt,

(erneute große Unruhe; Glocke des Präsidenten)

der, wirtschaftlich gesehen, irgendwie eine Erleichterung für das Verkehrsgewerbe oder ein anderes Gewerbe oder die ganze Volkswirtschaft bringt.

(Zurufe: Nichts als Unsinn! — Unruhe. — Weitere Zurufe.)

— Sie haben diese politischen Scheuklappen, nicht wir. Das Kraftfahrgewerbe — —

Vizepräsident Dr. Schäfer: Ich bitte zu schließen; Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Zuruf in der Mitte: Gott sei Dank! — Abg. Dr. Freiherr von Rechenberg: Verschwinden!)

Loritz (WAV): Herr Freiherr von Rechenberg, vielleicht werden die Wähler dafür sorgen, daß Sie aus dem Parlament verschwinden, nicht ich!

(Zuruf rechts: Sie meinen, weil Dummheit siegt? — Gegenruf in der Mitte: Großartig!)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Strauß.

Strauß (CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob der Kollege **Loritz** sich selbst für einen Juristen hält. Ich habe in diesem Falle dann das Glück, keiner zu sein. Ich gebe ihm aber darin recht, daß außer dem § 48 a der Geschäftsordnung, der in diesem Falle nicht ausreicht, noch andere Paragraphen notwendig wären, um solche Anträge zu verhindern.

(Zurufe in der Mitte und rechts: § 51!)

— Welche Paragraphen, überlasse ich den Juristen, die sich dann um diese Nummern streiten dürfen.

(Heiterkeit.)

Zu den Anträgen, die hier eingereicht worden sind, müssen wir folgendes bemerken. Es besteht darüber kein Zweifel, daß unsere Aufgabe im Laufe unserer Tätigkeit darin liegt, den durch die alliierten Gesetze geschaffenen **überhöhten Steuerdruck** Stück um Stück abzubauen. Das geht aber nicht so, daß man jeden Tag mit einem neuen Antrag kommt, einmal mit der Biersteuer, dann mit der Tabaksteuer, dann mit der Kraftfahrzeugsteuer usw.,

(Zuruf von der FDP: Mit den Eierpreisen!)

— dann mit den Eierpreisen usw.

(Weiterer Zuruf von der FDP: Mit dem Blumenkohl!)

Es handelt sich hier um etwas ganz anderes. Wir sind auf dem Wege der Steuersenkung bisher ohne Zweifel systematisch und gegenüber der Militärregierung, die ja heute leider noch die Kontrolle und Genehmigungsbefugnis hat, richtig vorgegangen, indem wir die überhöhte Steuerbelastung Stück um Stück abbauen. Wir haben mit der Einkommensteuer angefangen. Wir haben erlebt, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden war, diese Steuer herabzusetzen. Es wird fortgefahren mit der **Biersteuer** und der **Zigarrensteuer.** In absehbarer Zeit wird die Frage der Zigarettensteuer und der Kaffeesteuer akut werden. Es geht aber nicht so, daß man nur aus Agitationsgründen alles wie Kraut und Rüben durcheinanderwirft.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Man muß nämlich unterscheiden — und das kann man, auch wenn man nicht Jurist ist — zwischen Bundessteuern und **Landessteuern.** Und gerade in der Frage der Landessteuern können wir nicht vorgehen, ohne daß auch die Länderfinanzminister und der Bundesrat dazu gehört werden.

(Zuruf: Das könnt ihr ja!)

Der Vorschlag, der hier mit Drucksache Nr. 764 eingereicht worden ist, hat weder Hand noch Fuß und vor allen Dingen überhaupt nicht einmal einen Kopf. Es heißt darin: „Der Bundestag wolle beschließen: Die Kraftfahrzeugsteuer wird . . . vermindert." Eine solche Verminderung ist ja nicht durch einen Beschluß möglich, sondern ausschließlich durch ein Gesetz, das den vorgeschriebenen Weg geht. Dann machen Sie ein Gesetz, Herr Loritz, und schauen Sie, wie weit Sie damit kommen.

(Abg. Loritz: Mit dem Gesetz würden Sie es genau so machen!)

Und wenn man jetzt schon von der **Kraftfahrzeugsteuer** als von einer Landessteuer redet, so möchte ich Ihnen noch einen guten Rat geben, wenn Sie auch von uns einen guten Rat sicher ungern annehmen. Herr Loritz, Sie stehen ja in **Bayern** nach Ihrer Meinung kurz vor der Machtübernahme.

(Große Heiterkeit.)

Sie werden dann als Ministerpräsident in Bayern eine Reihe schwieriger Verpflichtungen zu erfüllen haben. Und wenn Sie sich jetzt selber Ihrer eigenen Einkommensquellen für die Zukunft berauben, schwächen Sie Ihre künftige Position!

(Beifall und Heiterkeit.)

Im Zusammenhang damit eines: Ich kann mich ja mit Ihnen, Herr Loritz, in Ihrer Vielseitigkeit nicht messen, nachdem Sie als Sachverständiger für Bier, Milch, Kaffee, Blumenkohl, Eier, Benzin und nach Aufklärung auch für Dieselkraftstoff auftreten; aber eines weiß ich sehr genau: daß die Vorschläge, die Sie neulich zum Beispiel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht haben, nämlich **Kürzung der öffentlichen Haushalte** um zehn bis zwanzig Prozent, gerade den Personenkreis am schwersten treffen müßten, den Sie am meisten zu vertreten vorgeben. Kürzen Sie einmal die öffentlichen Haushalte um zehn bis zwanzig Prozent! Sie meinen damit die Personal- und Verwaltungskosten.

(Abg. Loritz: Jawohl!)

Achtzig Prozent der öffentlichen Haushalte bestehen aber heute aus Kriegsfolgelasten und dem, was damit im Zusammenhang steht. Sie treten also ein für eine Kürzung der Kriegsbeschädigten-

(Strauß)

renten, der Fürsorgerenten, der Flüchtlingsrenten. Dafür treten Sie mit Ihren Ausführungen ein.

(Widerspruch bei der WAV.)

Und wenn ein Zwischenrufer zu diesen Ausführungen heute „heller Unsinn" gesagt hat, so hätte ich als Präsident diesen Zwischenrufer auch nicht gerügt.

(Heiterkeit.)

Um jetzt zu der Sache zurückzukommen: Wenn Sie schon in Ihren Versammlungen sagen, daß die **Arbeitslosigkeit** mit einem Federstrich beseitigt werden könnte, wenn die Regierung nur wollte, so bitte ich zu bedenken, daß zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Mittel gehören. Sie werden ja nach Ihrer Meinung in Bayern bald Gelegenheit haben, dieses Exempel vorzuexerzieren.

(Abg. Loritz: Jawohl! Das werden wir! — Heiterkeit und Zurufe.)

Dann dürfen Sie sich aber nicht selber vorher die Mittel zur Durchführung Ihres Programms wegnehmen.

(Erneute Zurufe.)

Was die **Kraftfahrzeugsteuer** anbetrifft, so ist allgemein bekannt, daß der Tarif der Kraftfahrzeugsteuer vom März 1935 durch das **Kontrollratsgesetz** Nr. 14 vom 11. Februar 1946 um 50 % erhöht worden ist und daß später noch einmal für Lastkraftwagen durch **Kontrollratsgesetz Nr. 51** eine weitere Erhöhung eingetreten ist. Der Grund für die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer bestand aber, wie der Bundesfinanzminister vorhin ausgeführt hat,

(anhaltende Unruhe)

darin, daß die Ausgaben, die mit den Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer bestritten werden, ebenfalls einen größeren Umfang angenommen haben, nämlich die Ausgaben für **Straßen- und Brückenbau**. Wenn Sie auch immer in zwei Schlafwagenbetten nach Bonn fahren und Ihr Auto anscheinend irgendwo anders haben, wir jedenfalls legen Wert darauf, daß die Straßen in Bayern und Deutschland in einem guten Zustand sind.

(Abg. Loritz: Mit Ihnen zusammen fahre ich nicht im Schlafwagen! — Große Heiterkeit. — Weitere Zurufe.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Meine Damen und Herren! Es scheint mir nun doch notwendig zu sein, Sie zu bitten, die Unruhe nicht zu weit zu treiben, so daß die Auseinandersetzungen und die Darlegungen des Redners unverständlich werden. Ich bitte, die Zwischenrufe nun doch einzuschränken.

Strauß (CSU): Daß Sie mit mir nicht nach Bonn fahren, nehme ich Ihnen gar nicht übel. Warum Sie mit niemandem zusammen fahren, ist Ihre Angelegenheit und hat mit der Verkehrssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer wieder weniger zu tun.

(Abg. Dr. Preusker: Hat aber mit der Verkehrssteuer zu tun!)

— Das wollte ich nicht gesagt haben, Herr Kollege Preusker!

(Heiterkeit.)

Nun gibt es daran gar keinen Zweifel, daß die Mittel,

(Zuruf des Abg. Loritz)

die aus der Kraftfahrzeugsteuer eingebracht werden, in den Ländern zweckgebunden für Straßen und Brückenbau verwendet werden, und wenn Sie etwas verstehen würden von der ganzen Frage, Herr Loritz, dann hätten Sie auch bei Ihren Informatoren die Auskunft erhalten können, daß bis heute sowohl die **Zahl der Zulassungen** bei Personenkraftwagen, Lastkraftwagen und Motorrädern noch ständig zugenommen hat.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU. — Abg. Loritz: Luxus-Pkw's!)

— Ich weiß nicht, welchen Wagen Sie fahren; ich fahre jedenfalls keinen.

(Abg. Loritz: Ich rede. vom Transportgewerbe!)

Dann würden Sie also wissen, daß die Zahl der Zulassungen bis heute ständig zugenommen hat.

Auch der Kollege Rademacher wird mir die Behauptung nicht verübeln, daß im Laufe der letzten Jahre eine **Übersetzung des Verkehrsgewerbes** zum Teil gerade durch ungeeignete Leute stattgefunden hat. Sie muß im Interesse einer Gesundung des Verkehrsgewerbes wieder auf das richtige Maß zurückgeführt werden.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Wir sehen die volkswirtschaftliche Bedeutung eines funktionsfähigen Verkehrsgewerbes sehr wohl, kennen sie sehr genau und wir wissen auch, wo die Grenzen der Belastung dieses Verkehrsgewerbes liegen. Wenn Sie, Herr **Loritz**, hier sagen, das deutsche Volk werde in absehbarer Zeit vor dem Hungertode stehen, weil die Lebensmittel nicht mehr transportiert werden können, dann haben Sie halt hier einen Satz aus Ihrer **Kulmbacher Wahlrede** erwischt, die Sie hier gar nicht hätten halten dürfen.

(Abg. Loritz: Ich habe gesagt: die Leute stehen vor dem Verhungern!)

Wir haben aber den Eindruck, daß Ihre Tätigkeit in den letzten 10 Tagen auf Sie einen so starken Einfluß ausgeübt hat, daß Sie zwischen Kulmbach und Bonn nicht mehr den richtigen Unterschied finden, und darum wird Ihnen heute der Unterschied zwischen Kulmbach und Bonn auch einmal ganz deutlich gesagt!

Wenn wir hier einen Antrag erhalten, von dem man die Gewißheit haben kann, daß er zu dem Zweck eingereicht ist, etwas Mögliches durchzusetzen, so muß dieser Antrag im Plenum ernsthaft beraten werden. Wenn aber feststeht,

(Zuruf des Abg. Loritz)

daß von „Fachleuten" für Milch, Bier, Eier, Gemüse und Blumenkohl ein Antrag nach dem andern eingereicht wird, um im Hinblick auf den Kulmbacher Wahlkampf wieder einmal plötzlich Bevölkerungsschichten zu gewinnen, einmal die Gastwirte und das andere Mal die Fuhrunternehmer, so muß Ihnen gesagt werden: Die glauben Ihnen den Krampf gar nicht, den Sie hier erzählen! Kein Mensch glaubt Ihnen das, was Sie uns hier weismachen wollen; und wenn das so ist, dann gehen wir über diese Anträge zur Tagesordnung über!

(Bravorufe und Händeklatschen bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Es handelt sich um den Antrag der WAV Drucksache Nr. 764

(Vizepräsident Dr. Schäfer)

(A) betreffend Senkung der Kraftfahrzeugsteuer und den Antrag Drucksache Nr. 816 betreffend Kraftfahrzeugsteuergesetz.

Zu dem Antrag unter Punkt 5a der Tagesordnung betreffend **Senkung der Kraftfahrzeugsteuer** ist von dem Abgeordneten Rademacher im Auftrage seiner Fraktion Übergang zur Tagesordnung beantragt worden. Über diesen Antrag zur Geschäftsordnung muß zuerst abgestimmt werden. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Es ist also so beschlossen.

Zu dem Antrag unter Punkt 5b der Tagesordnung Drucksache Nr. 816 betreffend **Kraftfahrzeugsteuergesetz** liegt der Antrag auf Überweisung an den Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen vor. Herr Abgeordneter Rademacher hat dann noch den Antrag auf Überweisung an den Ausschuß für Verkehrswesen gestellt. Ich verstehe die Sache so, daß der Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen federführend sein und der Ausschuß für Verkehrswesen mitberaten soll. Ich bitte diejenigen, die diesem Überweisungsantrag zustimmen, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Niebergall und Genossen betreffend Brotpreis (Drucksache Nr. 809).

Der Ältestenrat hat eine **Redezeit** von 10 Minuten für den Antragsteller und von 60 Minuten für die Beratung vorgeschlagen. Da nicht (B) widersprochen wird, nehme ich Ihre Zustimmung zu dieser vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelung an.

Das Wort zur Begründung des Antrags hat der Abgeordnete Harig.

Harig (KPD), Antragsteller: Meine Damen und Herren! Man darf wohl erwarten, daß das Interesse an dieser sehr wichtigen Frage ebenso groß sein wird wie bei der Behandlung der Biersteuer die heute morgen hier eine Rolle gespielt hat. Wenn man auf der einen Seite so energisch dafür eintritt, den Bierpreis zu ermäßigen, und wenn man dabei von flüssigem Brot spricht, dann muß man sich auch dafür einsetzen, daß der **Brotpreis** ermäßigt wird oder der jetzige Brotpreis zumindest erhalten bleibt; denn es gibt doch eine große Menge von Menschen bei uns, die ein sehr trauriges Dasein haben, Menschen, die nicht auf flüssiges, sondern auf wirkliches Brot angewiesen sind.

Im Juli soll der Brotpreis erhöht werden. Wir halten das im Interesse der Minderbemittelten, der Schaffenden, der Empfänger von Sozialrenten und anderer Schichten nicht für tragbar. Die Anordnung, die **Subvention zur Stützung des Getreidepreises** zu beseitigen, ist von den Hohen Kommissaren erlassen worden. Obwohl die Kommissare diese Anordnung erlassen haben, muß ein Weg gefunden werden, die jetzigen Brotpreise beizubehalten. Die Hohen Kommissare kommen, das darf hier festgestellt werden, einem Wunsche bestimmter Kreise in Westdeutschland entgegen, zumindest kommen sie dem Wunsche des Herrn Ministers Blücher entgegen, vielleicht auch dem

(C) des Herrn Ministers Niklas oder des Herrn Schlange-Schöningen, die daran interessiert sind, Gelder einzusparen, Gelder aus den breiten Massen hereinzuholen, um sie für andere Dinge zu verwenden. Interessieren dürfte sich für diese Frage in erster Linie der Herr Finanzminister Schäffer, der sich freut, Gelder hereinzubekommen, die er dann als Steuergeschenk an die Reichen geben kann. Das ist die eine Ursache der geplanten Brotpreiserhöhung.

Wir müssen aber auch die andere Ursache sehen. Die amerikanischen und kanadischen Weizenmagnaten fühlen sich benachteiligt dadurch, daß sie ihre Produkte bei uns im Westen Deutschlands nicht genügend absetzen können. Daher haben sie auch den **Weizenpakt** vorbereitet, nach welchem Westdeutschland Hauptabnehmer sein soll, weil das deutsche Volk ein zahlenmäßig großes Volk ist und sehr viel Brot konsumiert. Der Reichtum amerikanischer Farmer soll auf Kosten der Werktätigen Amerikas und der Völker, die dem Marshallplan und dem Weizenpakt angeschlossen sind, noch vermehrt werden. Bei den Bestrebungen, den Brotpreis zu erhöhen, sehen wir deutlich eine Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Großfarmern Amerikas. Das ist ganz klar zu erkennen. Dies wird zur Folge haben, daß die Gewerkschaften, welche bisher immer darauf hingewiesen haben, daß die Spanne zwischen Preisen und Löhnen ungeheuer groß ist, verringert werden müsse, nun mit aller Energie Lohnforderungen stellen, um den Verlust, den die Arbeiter erleiden sollen, wieder wettzumachen.

Der Herr Minister Niklas hat gelegentlich erklärt, diese **Brotpreiserhöhung** mache für eine (D) fünfköpfige Familie nur 2,50 Mark im Monat aus. Das hat er vielleicht an dem Brotverzehr gemessen, den er und seine Familie haben. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen uns doch darüber im klaren sein, daß es ganze Bevölkerungsschichten gibt, die fast nur von Brot leben. Auch wenn man nur 2,50 Mark als Grundlage nimmt, muß man daran denken, daß 2,50 Mark für große Teile unserer Bevölkerung sehr viel Geld sind. Ich erinnere an die Sozialrentner, die mit 60 Mark im Monat auskommen müssen. Ich erinnere an die Arbeitslosen, an die Kurzarbeiter, an die Alten und Siechen. Ich erinnere aber auch an einen Teil derer, die noch in den Betrieben sind, so zum Beispiel an eine große Gruppe von Bergleuten, von denen wir festgestellt haben, daß viele nur 6 Mark Schichtlohn verdienen. Weiter erinnere ich an diejenigen, die als ungelernte Arbeiter oder als nicht vollwertige Arbeiter in den Betrieben stehen, die mit 85 Pfennig pro Stunde nach Hause gehen und die von dem Wenigen, was sie in die Hand bekommen, ihre Mieten und die sogenannten fixen Kosten bestreiten müssen. Da bleibt nicht viel übrig; für die sind 2,50 Mark sehr, sehr viel Geld.

Es kann auch nicht der Vorwurf erhoben werden, wie es bei dem vorhergehenden Punkt der Tagesordnung geschehen ist, daß es sich hier um einen Propagandaantrag handele. Von Propaganda kann gar keine Rede sein. Hier handelt es sich darum, den Forderungen breitester Schichten des schaffenden Volkes gerecht zu werden. Diese Forderungen knüpfen an die Erklärung an, die Adenauer anläßlich seines Amtsantritts abgegeben und in der er betont hat, daß das **soziale**

(Harig)

(A) **Bestreben** im Vordergrund all seiner Handlungen stehen werde. Unseres Erachtens geht es aber der Regierung gar nicht darum, das soziale Bestreben in den Vordergrund zu stellen, sondern in diesem Falle geht es um die Hilfe für die amerikanischen Weizenmagnaten.

Der **Einkauf des Weizens** hätte viel günstiger erfolgen können, wenn man den Weizen aus dem Osten bezogen hätte.

(Abg. Dr. Oellers: Ihr habt ja selber keinen!)

— Der Osten hat viel mehr, vielleicht mehr als Amerika.

(Abg. Strauß: Warum gebt ihr dann den Weizen nicht her?)

Aber wir müssen feststellen, daß die Regierung vom Osten gar nicht kaufen kann und auch nicht kaufen will. Sie kann nicht kaufen, weil es ihr verboten wird, erstens durch den Petersberg und zweitens durch die amerikanischen Großagrarier. Wenn die befehlen, dann sagt die Regierung Ja, dann gehorcht sie! Die Verbraucher aber wollen wissen, daß ihre Interessen im Parlament und von der Regierung, die nun am Ruder ist, auch vertreten werden. Diese Verbraucher haben ein feines Gefühl dafür, wer ihre Interessen vertritt.

Bei diesem unserem Antrag bietet sich nun für Sie die Gelegenheit, zu zeigen, daß Sie gewillt sind, die sozialen Interessen wirklich in den Vordergrund zu stellen. Hier bietet sich Gelegenheit, durch die Verhinderung der Brotpreiserhöhung zu zeigen, daß man soziales Verständnis und ein Herz hat für die Armen, deren es bei uns im Bundesgebiet sehr viele gibt.

(B) **Vizepräsident Dr. Schäfer:** Das Wort hat der Herr Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung.

Dr. Niklas Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung ist im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht in der Lage, über die künftige **Gestaltung der Getreide- und** damit der **Brotpreise** eine verbindliche Erklärung abzugeben. Das neue **Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln** ist vom Kabinett dem Bundesrat vorgelegt und dort zur Zeit Gegenstand der Verhandlung. Der Bundestag wird also Gelegenheit haben, sich mit diesem Gesetz nach Verabschiedung durch den Bundesrat eingehend zu befassen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß dieses genannte Gesetz lediglich die Art der Organisation, der Erfassung und der Bewirtschaftung des Getreides im kommenden Wirtschaftsjahr regelt.

Hinsichtlich der Getreidepreise enthält es im § 9 nur die Ermächtigung für die Bundesregierung, Erzeugerpreise, Übernahme- und Abgabepreise für das von der Einfuhr- und Vorratsstelle zu übernehmende Brotgetreide sowie Preise und Preisspannen für den Weiterverkauf festzusetzen und außerdem Preise für inländisches Getreide, Mahlerzeugnisse aus Getreide und für Brot und Kleingebäck festzulegen. Die tatsächliche **Festsetzung der Getreidepreise** wird erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Sie kann zur Zeit aus nachstehenden Gründen noch nicht vorgenommen werden. Erstens läßt sich im Augenblick der Ausfall der inländischen Ernte noch nicht übersehen. Zweitens kann gegenwärtig noch (C) nicht die Preisbildung auf dem freien Weltmarkt, wie sie zu Beginn des kommenden Wirtschaftsjahres sein wird, überblickt werden. Drittens wissen wir noch nicht, zu welchen tatsächlichen Preisen wir im Rahmen des Weltweizenabkommens Weizen hereinbekommen, da bekanntlich der Höchstpreis bei 180 Dollarcents je Bushel und in diesem Jahr der niedrigste Preis bei 150 Dollarcents je Bushel liegen. Die deutschen inländischen Getreidepreise bewegen sich zur Zeit bei Brotgetreide auf einem Index von 125 bis 127, bei Futtergetreide von 112 bis 114, während der Gesamtindex der ländlichen Preise etwa bei 164 liegt.

Es ist schon seit langem die Überzeugung der deutschen agrarpolitischen Sachverständigen, daß dieser verhältnismäßig niedrige Stand der Getreidepreise produktionswirtschaftlich nachteilig ist und daß eine stärkere Angleichung der Getreidepreise an das übrige agrarische Preisniveau geboten erscheint. Mit dieser Ansicht befinden sich die deutschen Sachverständigen durchaus in Übereinstimmung mit maßgeblichen Kreisen der ECA-Mission über eine notwendige Änderung der deutschen Getreidepreispolitik. Es ist bekannt, daß namentlich amerikanischerseits die **deutsche Getreidepreispolitik** schon seit langem Kritik in dem Sinne erfahren hat, daß eine Erhöhung der Getreidepreise absolut erforderlich ist. Vor allem ist dies in dem Memorandum zur Kritik des deutschen Wirtschaftsprogramms im Dezember 1949 und zuletzt im Februar 1950 ausgesprochen worden, als der Leiter der ECA-Mission, Mr. Haynes, sich folgendermaßen äußerte: „Der Erzeugerpreis für Brotgetreide sollte unverzüglich erhöht werden." In den Verhandlungen (D) mit den Hohen Kommissaren hat die Bundesregierung die Auffassung vertreten und konnte sich dabei auf Verhandlungen mit den beteiligten deutschen Kreisen stützen, daß während des laufenden Wirtschaftsjahres eine Änderung der Getreidepreise untunlich ist. Jedoch dürfte sich eine angemessene Erhöhung der Getreidepreise für das kommende Wirtschaftsjahr nicht umgehen lassen. Die Regierung wird aber bemüht sein, die Brotpreise in einem tragbaren Rahmen zu halten und ist der Überzeugung, daß eine angemessene Beschränkung aller Zwischenspannen zur Erreichung dieses Zieles wesentlich beitragen wird.

Tatsächlich hat sich bereits in der letzten Zeit, obwohl gegenwärtig noch Höchstpreise für Brot bestehen, ein **Sinken der Brotpreise** an vielen Orten bemerkbar gemacht. Das dürfte dadurch zu erklären sein, daß der unzweifelhafte Rückgang des Brotkonsums infolge reichlicherer Versorgung mit anderen Nahrungsmitteln das Bäckergewerbe wieder zu einer Werbung um die Kunden zwingt. Außerdem darf man nicht übersehen, daß die Lebenshaltungskosten im ganzen seit etwa einem Jahr nicht unerheblich gesunken sind. Der Gesamternährungsindex stand im März 1949 bei 174 und liegt heute bei 159, was einem Rückgang um 8,7% entspricht. Bemerkenswerterweise sind die Ernährungskosten seit einem Jahre stärker als die gesamten Lebenshaltungskosten gesunken.

Wenn der Antrag des Herrn Abgeordneten Niebergall, den bisherigen Brotpreis völlig unverändert zu belassen, so zu verstehen ist, daß die bisher gezahlten Subventionen unter allen Um-

(Bundesminister Dr. Niklas)

(A) ständen aufrechterhalten werden sollten, so darf ich ihm entgegenhalten, daß er damit die Forderung vertritt, auch den bisherigen Mißstand beizubehalten, daß wohlhabende Kreise ebenfalls verbilligtes Brot auf Kosten der Steuerzahler bekommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Renner: Das ist doch Ihre Auslegung!)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Strobel.

Frau Strobel (SPD): Meine Herren und Damen! Der kommunistische Antrag geht, wenn ich richtig unterrichtet bin, auf eine Pressekonferenz zurück, in der der Herr Bundesernährungsminister am 29. März 1950 erklärt hat, daß sich nach dem 1. Juli dieses Jahres **Brotpreiserhöhungen** nicht vermeiden lassen werden. Wir bedauern außerordentlich, daß die Erklärungen des Bundesernährungsministeriums in dieser Frage sich seit dieser Zeit dauernd widersprochen haben und daß die heute vom Herrn Bundesernährungsminister abgegebene Erklärung nun auch keine Klarheit bringt. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn man unserer Anfrage im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, welche Absichten die Regierung in der Brotpreisfrage denn eigentlich wirklich habe, nachgekommen wäre und dort die Angelegenheit diskutiert hätte. Wir sind deswegen gezwungen, heute hier zu dieser Frage Stellung zu nehmen, weil man nicht rechtzeitig genug zum Ausdruck bringen kann, daß eine eventuelle Brotpreiserhöhung unter allen Umständen verhindert werden muß.

(B) Meine Herren und Damen! Brot ist neben der Kartoffel — das hat der Herr Bundesernährungsminister vorige Woche bei der Landwirtschaftsdebatte selbst ausgesprochen — das Grundnahrungsmittel, auf das auch der sozial Schwächste keinesfalls verzichten kann. Allein schon daraus ergibt sich doch für die Regierung und für uns als Parlament die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß jedem Staatsbürger dieses Grundnahrungsmittel in der Menge zugeführt wird, in der er es unbedingt braucht. Das Angebot auf dem Weltmarkt und auch die deutsche Erzeugung haben uns gestattet, die Rationierung für Brot durch Marken aufzuheben. Nun kann aber nicht übersehen werden, daß der neue Bezugsschein „Geld" so ungerecht verteilt ist, daß der Anteil des einzelnen am Brotkonsum keinesfalls diesem Regulativ überlassen werden darf. Wir müssen alle Bürger in den Stand setzen, die nötige Menge Grundnahrungsmittel auch zu bezahlen, entweder zu Preisen, die für die breiten Volksschichten tragbar sind, oder durch Sicherung des entsprechenden Einkommens, und zwar für jedermann. Letzteres aber, meine Herren und Damen — das werden Sie zugeben müssen —, ist bei dem gegenwärtigen Mißverhältnis der Renten, der Fürsorgeunterstützungen, auch der Löhne und Gehälter vieler zu den Lebenshaltungskosten keineswegs der Fall. Oder glauben Sie etwa, Herr Minister, daß die vielen Millionen, die bei uns heute von unzureichenden Unterstützungen leben müssen, eine Brotpreiserhöhung ertragen könnten, ohne daß der Staat auf der anderen Seite eben die Leistungen für sie erhöhen müßte? Solange ich zurückdenken kann, ist — ich möchte sagen, mit Ausnahme der Inflation — der Brotpreis niemals so hoch wie zur jetzigen Zeit gewesen.

Ist es nicht schlimm genug, daß wir im Parlament und im Ausschuß immer wieder feststellen müssen, daß der Konsum an Fleisch, an Milch, an (C) Butter, an Käse infolge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung noch weit hinter dem Konsum pro Kopf in der Vorkriegszeit zurückbleibt? Soll nun durch eine eventuelle Brotpreiserhöhung der Korb mit dem trockenen Brot für weite Bevölkerungskreise noch höher gehängt werden? Ich glaube, das kann in diesem Hause niemand ernstlich wollen, das darf auch nicht heraufbeschworen werden. In der Zeit der Nahrungsmittelknappheit hat auch ein Teil der Menschen, die heute über volle Geldbeutel und damit auch über volle Speisekammern verfügen, empfunden, wie weh Hunger tut. Heute kann sich ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz unseres Volkes alles leisten, während für Millionen Kinder die schönen und guten Dinge nach wie vor nur in den Schaufenstern existieren. Wenn diese Kinder nun auch noch auf das Stück Brot, das ihnen den Hunger stillt, verzichten müßten, dann, meine Damen und Herren, machen sich alle daran schuldig, die eine Brotpreiserhöhung nicht beizeiten mit allen Mitteln verhindern halfen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Glauben Sie bitte nicht, daß es zu schwarz gemalt wäre, wenn wir heute von diesen Dingen sprechen. Wir dürfen uns, wenn wir an den Brotpreis denken, keinesfalls an den finanziell Leistungsfähigen orientieren, sondern wir müssen das an dem **Zahlungsvermögen der sozial Schwächsten** tun. Jahrelang lag es nicht in unserem Vermögen, den Kindern unseres Volkes das nötige Stück Brot zu geben, und ich kann Ihnen versichern, wir Mütter denken noch heute mit Grauen an die Zeit zurück, in der wir den Brotkasten absperren mußten. Heute hängt es von der Brotpreisgestaltung ab, auf die der Bundestag maßgebenden Einfluß nehmen muß, ob die Mütter den (D) hungernden Kindern das Brot wieder verweigern müssen. Wäre es nicht, meine Kollegen und Kolleginnen, eine entsetzliche Schande für uns alle, wenn wir nicht gemeinsam einen Weg finden würden, um das zu verhindern? Mit der Deklarierung der menschlichen Güte und Barmherzigkeit, wie wir sie hier schon so oft erlebt haben, mit schönen Worten allein ist es nicht getan. Man muß bereit sein, konsequent den Weg zu gehen, die Not zu verhindern und zu beseitigen. Hier haben Sie alle zusammen Gelegenheit, zu beweisen, daß es Ihnen ernst damit ist, den Anspruch auf das tägliche Brot einem jeden Menschenkinde bei uns zu sichern.

Nun möchte ich aber doch noch die Frage an den Herrn Bundesernährungsminister stellen: Wer soll denn eigentlich von der Brotpreiserhöhung profitieren? Der Herr Finanzminister sieht sich — das entnehme ich einer Erklärung, die ein Referent des Ministeriums im Verbraucherausschuß abgegeben hat — gezwungen, zu erklären, daß die **Subventionen für Getreide** in der derzeitigen Höhe nicht weiter gezahlt werden können. Mir ist nichts bekannt, daß eine Anordnung der Hohen Kommissare bereits besteht, daß diese Subventionen unter allen Umständen fallen müssen. Im Gegenteil. Der gleiche Referent hat erklärt, daß diese damals bei der DM-Umstellung abgegebene Erklärung bezüglich der Diskriminierung von den Hohen Kommissaren zurückgenommen worden sei. Inzwischen haben wir vom Bundesernährungsministerium eine Aufstellung

(Frau Strobel)

(A) bekommen — und zwar ist sie vom 2. 2. 1950 —, wonach wir zur Zeit Weißbrot mit 22 Pfennig das Kilo subventionieren, Weizenmischbrot mit 18 Pfennig, Roggenbrot mit 12 Pfennig und Teigwaren und Grieß mit 30 Pfennig. Bei einem völligen Wegfall der Subventionen müßten die Preissteigerungen ein Vielfaches dessen betragen, was am 29. März vom Ernährungsministerium behauptet worden ist, nämlich 2,50 bis 3 DM im Monat. Bleibt es aber bei den von Herrn Minister Niklas auch gestern wieder genannten Preisen von 320 DM für Weizen und 270 DM für Roggen, dann sind — alle Vorteile, die das Weltweizenabkommen und die sinkenden Weltmarktpreise geben, eingerechnet — immer noch 200 Millionen DM Subventionen notwendig. Daraus müßte man doch entnehmen, daß zwischen dem Finanzministerium und dem Ernährungsministerium bereits ein Übereinkommen getroffen ist, wonach diese Subventionen weiter bestehen bleiben.

Dazu kommen dann aber doch die keinesfalls zu umgehenden Verbilligungsaktionen für die kleinen Einkommensträger, die der Herr Minister meines Erachtens eben bereits damit angedeutet hat, daß er davon sprach, die wohlhabenden Kreise sollten nicht mehr in den Genuß subventionierter Brotpreise kommen. Wenn man das nur überschlägt, sind dafür 100 Millionen absolut nicht zuwenig gerechnet. Nach meiner Rechnung bedeutet das Staatsausgaben in Höhe von annähernd 300 Millionen für diesen Zweck. Wir zahlten, wenn ich nicht irre, für diesen Zweck im vergangenen Wirtschaftsjahr 470 Millionen. 150 bis 170 Millionen können durch die Vorteile des Weltweizenabkommens und der sinkenden Preise eingespart werden.

(B) Nun möchte ich gern wissen, ob es angesichts dieser Sachlage überhaupt zu verantworten ist, daß das Ernährungsministerium durch die damalige Pressekonferenz eine derartige Beunruhigung in die Verbraucherkreise hineingetragen hat. Es bleibt noch die Möglichkeit übrig, der deutschen Landwirtschaft einen **angemessenen Getreidepreis** zu sichern. Die Herren im Ausschuß wissen, daß wir Sozialdemokraten in dieser Beziehung absolut nicht kurzsichtig sind. Aber auch hier liegt ein Trugschluß vor. Meine Herren und Damen! Was die Landwirtschaft vielleicht auf dem Getreidesektor gewinnen könnte, das würde sie ja bei den Veredelungsprodukten wieder verlieren. Ich sage „vielleicht" deswegen, weil mit der Beseitigung der Subventionen für Getreide ja auch die Futtermittelpreise steigen müßten und weil es doch nachzuweisen wäre, daß eine Familie, die im Monat, wenn wir allein nach der Rechnung des Ernährungsministeriums gehen würden, 2,50 Mark bis 3 Mark mehr für Brot ausgeben muß, diese unbedingt bei irgendwelchen anderen Nahrungsmitteln einsparen müßte. Wir könnten dann alle Hoffnungen auf Steigerung des Milch-, Käse- und Fleischkonsums begraben; und wenn ich nicht sehr irre, dann gehen ja auch die Hoffnungen des Ernährungsministeriums und der Herren Landwirtschaftsvertreter im Ausschuß dahin, daß dieser Konsum gesteigert wird.

Nun liest der Parlamentarier neuerdings in der Zeitung — es scheint bei uns Brauch zu werden, daß wir uns durch die Zeitungen unterrichten müssen —,

(Sehr richtig! bei der SPD)

(C) daß man sich im Bundesernährungsministerium von der **Freigabe des Brotpreises und der Beimischung von Trockenmagermilch** sogar eine **Brotpreissenkung** verspricht. Es ist noch nicht lange her, daß die gleichen Stellen einschließlich des Herrn Ministers empfohlen haben, die Backlohnspanne für Roggenbrot zu erhöhen. Für mich würde das bedeuten, daß dadurch der Roggenbrotpreis nicht gesenkt, sondern erhöht werden müßte. Mir ist es beim besten Willen nicht gelungen, herauszufinden, was das **Bundesernährungsministerium** nun eigentlich beabsichtigt bzw. was das klare Ziel dieser ständigen Pressemitteilungen ist. Wir haben gehofft, daß wir heute erfahren, was die Regierung in dieser Beziehung wirklich will. Aus der Erklärung des Herrn Ministers geht hervor, daß darüber noch keine Klarheit besteht. Wenn das Ministerium es aber doch an der Zeit findet, mit seinen Absichten an die Öffentlichkeit zu treten — nun einmal davon abgesehen, daß es im Zeitraum von vier Wochen einander völlig widersprechende Mitteilungen gewesen sind —, dann wäre es wohl in erster Linie notwendig gewesen, das Parlament, mindestens aber den zuständigen Ausschuß zu informieren. Sagen Sie, meine Herren und Damen: sind denn die ernsten Sorgen, die sich Millionen Hausfrauen und Verbraucher seit der Ankündigung der Brotpreiserhöhung gemacht haben — und ich möchte doch glauben, daß auch dem Herrn Minister die vielen Resolutionen bekanntgeworden sind, die in allen möglichen Verbraucherversammlungen über alle Parteien hinweg von den Frauen gefaßt wurden —, so belanglos, daß sich die Stellungnahme des Ministeriums dauernd in Eventualitäten erschöpft?

(D) **Vizepräsident Dr. Schäfer:** Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit läuft ab.

Frau Strobel (SPD): Einen Augenblick noch! — Ich zweifle nicht daran, daß die Spanne zwischen dem Getreidepreis und dem Brotpreis verringert werden könnte. Dafür gäbe es eine Menge von Beispielen, die ich im Augenblick aus Zeitmangel nicht mehr anfügen kann. Aber daß bei Wegfall der Subventionen, bei Anhängen der deutschen Getreidepreise an den derzeitigen Weltmarktpreis und Herausnahme des Brotpreises aus der Preisbindung der derzeitige Brotpreis nicht steigt, sondern fällt, das glaubt wohl der Herr Bundesernährungsminister selber nicht.

Meine Herren und Damen! Die Angelegenheit ist von so eminenter Bedeutung, daß wir darum bitten, diesen Antrag nicht abzulehnen, sondern dem zuständigen Ausschuß zur Beratung zu überweisen. Ich darf Sie aber heute schon darum bitten, die Mitglieder Ihrer Fraktionen mit dem Auftrag in den Ausschuß zu schicken, daß die Brotpreiserhöhung unter allen Umständen vermieden werden muß. Die Schere zwischen den Lebenshaltungskosten und dem Einkommen der breiten Bevölkerungsschichten klafft so weit auseinander, daß alles getan werden muß, um sie zu schließen. Eine Regierung und ein Parlament, die das nicht fertigbringen, sind auf dem falschen Wege.

(Beifall bei der SPD, der WAV und beim Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Strauß.

(A) **Strauß** (CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel ist die Frage des **Brotpreises** eine ernste Angelegenheit. Ganz gleich. von welcher Seite dieser Antrag gestellt worden ist, müssen wir uns mit ihm befassen. Wir gehen zwar nicht irre in der Annahme, daß in der deutschen politischen Heimat der Antragsteller ein doppelter Brotpreis gilt, nämlich der eine auf Marken, auf die es kein Brot gibt, und der zehnfache dort, wo es eins gibt. Aber das hat mit der Frage, mit der wir im Westen uns zu beschäftigen haben, gar nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Renner.)

Diese Angelegenheit des Brotpreises kann, wie die Vorrednerin, Kollegin Strobel, richtig ausgeführt hat, überhaupt nur im Zusammenhang mit den **Subventionen** behandelt werden.

Wir sind allgemein der Meinung, daß die Lebenshaltung der breiten Schichten unseres Volkes nicht verteuert werden darf, ohne daß es neue Einkommensquellen erhält. Das ist klar. Auf der andern Seite müssen wir uns, Frau Kollegin Strobel, aber wohl auch einmal sehr ernst mit der Frage befassen, wieweit es zu verantworten ist, daß das Brot der Reichen aus den Steuermitteln der Armen verbilligt wird.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Das ist eine Frage, die man ohne jede Agitation mit sachlichen Zahlen und in nüchterner Behandlung einmal eingehend klären muß. Ich glaube, daß die **Presseverlautbarung des Bundesernährungsministeriums** vom 29. März vielleicht — man kann nicht sagen: zu früh oder zu ungelegener Zeit,

(Abg. Dr. Horlacher: Jedenfalls zu früh!)

(B) aber doch zu einem Zeitpunkt erschienen ist, als die Voraussetzungen überhaupt noch nicht vorlagen, um die Frage endgültig zu behandeln.

Uns bewegt neben dem Gesichtspunkt, daß die Lebenshaltung der breiten Schichten unseres Volkes nicht verteuert werden darf, der andere wesentliche Gesichtspunkt, daß die Produktionsfähigkeit unserer Landwirtschaft, die Gleichstellung der einheimischen und der ausländischen **Getreidepreise** in diesem Ausschuß einmal geprüft werden muß. Darum schließen wir uns dem Antrag der Kollegin Strobel an, daß diese Angelegenheit dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zur Beratung überwiesen wird. Ich möchte aber gleichzeitig darum bitten, daß auch der Haushaltsausschuß damit befaßt wird, weil der Haushaltsausschuß in der Frage der Subventionen ein ernstes Wort bei der Beratung des neuen Haushaltsplans mitzureden hat.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Das Wort hat der Abgeordnete Faßbender.

Faßbender (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn hier über den **Brotpreis** debattiert wird, der in Deutschland ab 1. Juli üblich sein soll, so ist es notwendig, einmal auf etwas hinzuweisen, was für gewisse Leute nicht gerade sehr bequem ist, die sich erlaubt haben, den Antrag einzubringen, um die Regierung zu zwingen, es bei dem jetzigen Brotpreis verbleiben zu lassen. Wie sehen denn die Dinge da aus? Meine Herren von der radikalen Linken, ja, ich weiß,

(C) das ist sehr peinlich und unangenehm, wenn gefragt wird, wie die Dinge da aussehen, wo Ihre politischen Freunde das Zepter in der Hand haben. Fragen Sie doch einmal dort drüben, was diesen Bevölkerungsschichten überhaupt zur Verfügung steht.

(Zurufe von der KPD.)

Wer da drüben satt werden will, ist gezwungen, in den sogenannten **HO-Läden** zuzukaufen.

(Zuruf des Abg. Renner.)

Es hat einen Menschen gegeben, der hat diese HO-Läden als Hunger-Organisations-Läden bezeichnet, und das mit gewissem Recht.

Sie wollen heute durch Ihren Antrag die Regierung zwingen, es nach dem 1. Juli bei den bisherigen Brotpreisen zu belassen. Ich denke hier an die Debatte, die vor einigen Tagen geführt wurde und in der gerade von Ihnen im Hinblick auf diejenigen Kreise, die an dem Preis des Grundprodukts interessiert sind, nämlich im Hinblick auf die deutsche bäuerliche Bevölkerung, gesagt wurde, daß Sie alles tun würden, um die **Landwirtschaft** produktionskräftig zu erhalten. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist wirklich angebracht, einmal darauf hinzuweisen, daß das Grundprodukt des Brotes, nämlich das **Brotgetreide**, in Deutschland seit dem Jahre 1913 eine **Preissteigerung** von sage und schreibe nur 25 bis 30 % durchgemacht hat. Ist Ihnen klar, daß es wohl keinen Berufsstand — sei es der der Handwerker, der Industriellen oder aber auch der Lohnarbeiter — in Deutschland gibt, der um einen Lohn oder um eine Gewinnchance arbeitet, die bloß um 30 % erhöht sind? Das hat man bisher dem deutschen Landvolk allein zugemutet. (D)

Wir möchten bei dieser Gelegenheit eindeutig erklären: wir müssen Wert darauf legen, daß das deutsche **Landvolk** nun endlich auch den **Lohn** erhält, den es braucht. Praktisch sind ja die Agrarpreise der Ausdruck der Löhne; denn kapitalistischen Großgrundbesitz haben wir ja im Westen kaum. Was ist denn der Brotpreis? Er ist der Ausdruck des Lohnes bäuerlicher Bevölkerungsschichten für ihre Handarbeit. Und was ist der Bauer? Er ist praktisch ein Handarbeiter, meine Herren, der sich lediglich noch im Besitze der Produktionsmittel befindet. Wenn man schon von sozialen Belangen sprechen will, dann soll man diese handarbeitenden Schichten nach demselben Grad messen, mit dem man die übrigen Handarbeitskräfte zu messen beliebt. Deshalb sollten wir uns darüber klar sein: wenn das deutsche Landvolk produktionskräftig bleiben soll, muß man ihm als Lohn seiner Arbeit die Preise bewilligen, deren es bedarf.

Ich möchte aber auch daran erinnern, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit im Hinblick auf den Ablauf der Marshallplanhilfe im Jahre 1952 ein unbedingtes Interesse an einer solchen Regelung hat, damit nicht wieder jene Zustände einreißen, die wir gottlob als vergangen bezeichnen können, Zustände, in denen man um einen Laib Brot Eisenbahnfahrten unternahm. Ich glaube, das sagen zu müssen im Hinblick auf das. was war und, meine Damen und Herren, was kommen kann, wenn wir es verabsäumen, der Landwirtschaft die Produktionskraft zu sichern, deren sie bedarf, um ein Höchstmaß agrarischer Produkte dem Boden entreißen zu können. In

(Faßbender)

(A) diesem Sinne bitte ich Sie, sich zu überlegen, ob es nicht richtig ist, heute schon darauf aufmerksam zu machen, daß es den Bauern in Zukunft unmöglich ist, Brotgetreide für Preise zu erzeugen, wie man sie heute zahlt. Das hat mit amerikanischen Getreidemagnaten gar nichts zu tun. Glauben Sie, Herr Kollege von der KPD: diese Leute werden ihr Getreide nicht einen Cent billiger an Deutschland oder an Europa abgeben, als sie es für richtig halten. Und wenn Sie sagten, daß im **Osten** wahrscheinlich mehr **Getreide** zur Verfügung stände, als wir ahnten, dann verstehe ich allerdings nicht, warum dieser Osten seinen Satelliten — dazu gehört ja auch ihre sogenannte Demokratische Republik — nicht soviel an Getreide zur Verfügung stellt, daß man die Lebenslage unserer deutschen Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs auch bessern könnte. Ich glaube, statt hier mit Agitationsanträgen zu kommen, wäre es besser für Sie, auf Ihre Freunde einzuwirken, daß die deutschen Menschen dort drüben langsam und sicher wieder ein besseres Dasein fristen können. Aber daran haben Sie ja gar kein Interesse. Das, glaube ich, sollte man hier mit aller Deutlichkeit feststellen.

(Sehr gut! rechts.)

Wir sind jedenfalls nicht bereit, die deutschen Bauern heute schon durch **Getreidepreise** binden zu lassen, die die Existenz dieser Bauern gefährden. Wir sind im Gegenteil unter allen Umständen bereit — das sage ich Ihnen ganz unverblümt —, dafür zu sorgen und ihnen mitzuhelfen — ich glaube aber auch, das ist der Wunsch der Bundesregierung —, den Ärmsten der Armen einen Brotpreis zu garantieren, etwa durch Beihilfen, allerdings anderer Art, als die heutigen

(B) genereller Natur, damit sie an Brot satt werden.

Diese Versicherung glaube ich hier im Namen meiner politischen Freunde abgeben zu sollen. Wir sind aber nicht bereit, in Zukunft einen Getreidepreis zu akzeptieren, der das deutsche Landvolk nicht in die Lage versetzt, seiner hohen Aufgabe gerecht zu werden, aus dem deutschen Boden herauszuholen, was herauszuholen ist. Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie dringend bitten, hier keine voreiligen Beschlüsse zu fassen, sondern — und da schließe ich mich dem Antrag der Frau Kollegin Strobel an — diesen Antrag dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen. Ich glaube, daß dort wohl der notwendige Sachverstand vorhanden ist und daß die notwendige Zeit genommen werden muß, um weitestgehend auch den landwirtschaftlichen Erzeugerkreisen gerecht zu werden. Wir wissen, daß wir damit im besten Sinne des Wortes eine Politik treiben, die sich zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auswirken wird.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Schäfer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

(Abg. Dr. Bertram: Ich bitte ums Wort!)

— Ihre Wortmeldung ist zu spät gekommen.

(Unruhe. — Rufe: Schluß!)

Ich habe die Aussprache geschlosssen.

Meine Damen und Herren! Es ist Überweisung dieses Antrages an den Ausschuß für Wirtschaftspolitik — federführend — und an den Ausschuß

(C) für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beantragt. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag auf Überweisung zustimmen, die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Präsident Dr. Köhler: Meine Damen und Herren, ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, wird zunächst der Herr Bundeskanzler eine

Regierungserklärung

abgeben. Ich darf das Einverständnis des Hauses feststellen, daß insoweit die Tagesordnung zunächst unterbrochen wird.

Ich erteile dem Herrn Bundeskanzler das Wort zu einer Erklärung.

Dr. Adenauer, Bundeskanzler: Meine Damen und Herren! Die **TASS-Meldung,** die durch den Moskauer Rundfunk verbreitet worden ist, hat in ganz Deutschland und, wie ich hoffe, auch über die deutschen Grenzen hinaus allgemeines Entsetzen ausgelöst. Wenn diese Meldung richtig ist, dann wäre sie für Millionen von Deutschen fürchterlich. Ob die TASS-Meldung richtig ist, weiß man nicht. Es hat aber den Anschein, als ob sie den Tatsachen nicht entspräche. Bei der Beurteilung der Angelegenheit sind wir auf Angaben aus russischen Quellen angewiesen. Das Material der früheren deutschen Wehrmacht über Gefangennahme und Tod von Angehörigen der Wehrmacht befindet sich zu einem erheblichen Teil in russischer Hand. Die russische Regierung hat entgegen ihrer schon vor mehreren Jahren gegebenen Zusage es nicht möglich gemacht, dieses Material auszuwerten.

Das Material der deutschen Wehrmacht, das uns zur Verfügung steht, ist unvollständig und

(D) gibt keine schlüssigen Ziffern. An Angaben aus russischer Quelle liegt folgendes vor: Zunächst eine TASS-Meldung nach dem Zusammenbruch, nach der Kapitulation. In dieser TASS-Meldung wurde die Zahl der **deutschen in russischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen** mit 3,5 Millionen angegeben. Es liegt dann weiter vor eine Erklärung des Herrn Molotow, abgegeben auf der Moskauer Außenministerkonferenz am 14. März 1947. Damals wurde erklärt, es befänden sich noch in sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft 890 532 deutsche Soldaten und es seien bis zu diesem Zeitpunkt, also bis zum 14. März 1947, entlassen 1 003 974 Kriegsgefangene. Die dritte offizielle Angabe ist diejenige der TASS, die durch den Moskauer Rundfunk gestern am späten Abend verbreitet worden ist. Die Angabe Molotows im Jahre 1947 und die Angaben der TASS von gestern stimmen ziffernmäßig völlig überein, und zwar stimmen sie so überein, daß die Summe der von der TASS angegebenen entlassenen Kriegsgefangenen und derjenigen, die nach der gleichen Meldung noch in Rußland zurückgehalten werden, sei es, weil in Untersuchung befindlich, sei es, weil wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt, einschließlich der 14 Kranken, die nicht transportfähig seien, bis auf die letzte Ziffer — ich unterstreiche das — mit den Ziffern übereinstimmt, die Molotow im Jahre 1947 angegeben hat. Es würde also daraus folgen, daß in der Zeit von März 1947 bis zu der gestrigen TASS-Meldung kein einziger deutscher Kriegsgefangener in Rußland gestorben sei. Schon diese Tatsache, meine Damen und Herren, läßt klar erkennen, daß die gestrige TASS-Meldung eine Meldung ist, die aufgebaut ist auf der Molotow-

(Bundeskanzler Dr. Adenauer)

(A) schen Erklärung vom Jahre 1947 und daß sie keinesfalls den Tatsachen entspricht.

Wenn man die beiden identischen Meldungen, die Molotow-Meldung vom März 1947 und die TASS-Meldung von gestern, der TASS-Meldung vom Jahre 1945 gegenüberstellt, so bleibt als Ergebnis übrig, daß das **Schicksal von 1,5 Millionen deutscher Kriegsgefangenen ungeklärt** bleibt. Wir können nicht annehmen, meine Damen und Herren, daß diese 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland gestorben oder umgekommen oder verdorben sind.

Die TASS-Meldung gibt weiter keinen Aufschluß darüber, was mit den **Verschleppten** geworden ist, mit den zahlreichen Deutschen, insbesondere auch deutschen Frauen, die bei der Besetzung deutschen Gebiets durch die russischen Armeen nach Rußland verschleppt worden sind. Wir wissen nur aus den Angaben von Entlassenen, daß noch eine ganze Anzahl, Zehntausende von solchen Personen, in Rußland in Sklavenarbeit gehalten werden. Diese Ungewißheit, diese Unsicherheit, meine Damen und Herren, ist so entsetzlich und lastet so sehr nicht nur auf den Angehörigen der in Rußland Vermißten, sondern auf dem gesamten deutschen Volke, daß ich glaube, von diesem Platze aus an **Sowjet-Rußland** im Namen der Menschlichkeit die **Aufforderung** richten zu müssen, **Aufklärung** darüber zu geben, was mit diesen anderthalb Millionen deutschen Kriegsgefangenen geschehen ist,

(Sehr richtig! in der Mitte)

ob sie noch leben oder ob sie tot sind und, wenn sie noch leben, wo sie sind, was mit ihnen geschieht und warum sie nicht freigegeben werden.

(B) Aber nicht nur an Sowjet-Rußland, sondern auch an diejenigen **Siegerstaaten,** die doch nach ihrer eigenen Erklärung in den Kampf gezogen sind im Interesse der Menschlichkeit, richte ich die ebenso dringende wie herzliche Bitte, gerade im Interesse der Menschlichkeit bei Sowjet-Rußland alle ihnen möglichen Vorstellungen zu erheben und unsere Bitte um Aufklärung mit ganzer Kraft zu unterstützen.

Diese grauenvollen Ziffern müssen aufgeklärt werden. Es darf nicht so bleiben, daß alle die Angehörigen von über 1,5 Millionen Deutschen die Jahre weiter dahinbringen in Sorge und in Kummer darüber, was mit ihren Angehörigen geschehen ist. Es handelt sich hier um einen **Appell an die Menschlichkeit,** die alle Völker angeht.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Wir müssen auch Auskunft darüber haben, was mit denen geschehen ist, die nach den Angaben von TASS zurückgehalten werden, wo sie sind, in welchem Gerichtsverfahren sie verurteilt worden sind und was ihnen zur Last gelegt worden ist. Von heimgekehrten Kriegsgefangenen haben wir auch da erschütternde Nachrichten bekommen. Wir können uns unter keinen Umständen damit zufrieden geben, daß es heißt, sie würden wegen Kriegsverbrechen weiter in Gefangenschaft verbleiben müssen.

Ich denke, meine Damen und Herren, daß sich niemand in diesem Hause ausschließen wird von dem Appell an das gesunde Empfinden aller Völker und an die Menschlichkeit aller Völker, dem deutschen Volk und den Angehörigen aller derjenigen, um deren Schicksal wir nach dieser Meldung doppelt bangen müssen, endlich Aufklärung

(C) und Ruhe und fünf Jahre nach Kriegsende den Kriegsgefangenen die Freiheit zu geben und ihnen die Rückkehr in unser Land zu ermöglichen.

(Lebhafter Beifall bei allen Parteien außer der KPD.)

Präsident Dr. Köhler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löbe.

Löbe (SPD): Meine Damen und Herren! Für die Fraktionen dieses Hauses mit Ausnahme der kommunistischen gebe ich die folgende Erklärung ab:

Im Namen des deutschen Volkes weist der Bundestag die gestern vom **sowjetischen Rundfunk** verbreitete Behauptung zurück, daß die **Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion durchgeführt** sei. Sie ist ebenso unwahr wie die längst durch die Tatsache widerlegte Behauptung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom Frühjahr 1947, daß sich damals in der Sowjetunion nur etwa 890 000 Kriegsgefangene befunden hätten.

Die Sowjetunion hat ihre sämtlichen Versprechen, die deutschen Kriegsgefangenen bis zum bestimmten Termin zu entlassen, immer wieder gebrochen.

(Sehr richtig!)

Noch heute, fünf Jahre nach Kriegsende, warten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion auf die Rückkehr in ihre Heimat. Außerdem werden noch Tausende von **Verschleppten,** Frauen und Männer, die niemals Soldaten waren, in der Sowjetunion zurückgehalten und sind dort zu **Sklavenarbeit** verdammt. Erst in der jüngsten

(D) Vergangenheit ist die Zahl dieser Unglücklichen durch Massentransporte aus den angeblich aufgelösten Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone erneut vermehrt worden.

Der Bundestag fordert von der Bundesregierung, unverzüglich **Schritte bei der Alliierten Hohen Kommission** zu unternehmen, um die Verwirklichung folgender **Forderungen** zu erreichen:

1. die Bekanntgabe der Namen, der Straftaten und des Aufenthaltsortes der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und der verschleppten Zivilpersonen zu erwirken;
2. die Bekanntgabe der in Kriegsgefangenenlagern des sowjetischen Machtbereichs Verstorbenen und
3. die Nachforschung nach den Verschollenen.

In unserer Not rufen wir die Welt auf und appellieren an das Gewissen eines jeden Menschen: Helft, diese unglücklichen Gefangenen zu befreien!

Die frei gewählte Vertretung des deutschen Volkes, der Bundestag, legt aufs feierlichste Verwahrung ein gegen dieses Unrecht und erwartet von der Solidarität aller demokratischen Völker, insbesondere der Vereinten Nationen, daß sie sich diesem Protest anschließen und mithelfen, damit auch dem letzten Kriegsgefangenen aller Nationen bald die Stunde der Befreiung schlägt.

(Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses außer bei der KPD.)

(A) **Präsident Dr. Köhler:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Renner.

(Zurufe von den Regierungsparteien: Ausgeschlossen, keine Aussprache! — Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und beginnen den Saal zu verlassen. — Zuruf: Die Sitzung schließen! Abg. Hilbert: Wir beantragen Schluß der Sitzung!)

Renner (KPD): — Das geht schlecht! Dann müssen Sie Ihre Geschäftsordnung auf den Kopf stellen. Es kommt Ihnen anscheinend auf einen kleinen Verfassungsbruch mehr oder weniger schon gar nicht mehr an. Sind Sie denn so bange, anzuhören, was ich Ihnen zu sagen habe?

(Abg. Dr. Horlacher: Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses! — Zuruf von der CDU: Wir wollen die Agenten der Sklavenhalter nicht anhören! — Abg. Dr. Dr. Lehr: Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses!)

— Das können Sie nur im Fall einer Abstimmung. Das sollten Sie wissen, Herr Lehr.

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Lehr, wir sind in der Beratung.

(Abg. Dr. Horlacher: Ich beantrage, die Sitzung zu unterbrechen; das kann ich! — Die meisten Abgeordneten aller Parteien mit Ausnahme der KPD sowie der größte Teil der Tribünenbesucher haben den Saal verlassen.)

Renner (KPD): Der Herr **Abgeordnete Löbe** hat im Namen der Fraktionen eine **Erklärung** vorgelegt, von der er eingangs erwähnte, daß sie **ohne Beteiligung der kommunistischen Fraktion** zustande gekommen sei. Ich stelle dazu fest, daß die kommunistische Fraktion vorher überhaupt nicht gefragt (B) worden ist, ob sie sich an einer derartigen Erklärung beteiligen will und wie sie sich zu einer derartigen Erklärung stellt. Der Herr Abgeordnete Löbe ist offensichtlich von der Erkenntnis ausgegangen, daß man unsere Fraktion nicht dazu benutzen kann, um sich als Instrument einer noch über den Rahmen des bisher Üblichen hinausgehenden **Hetze gegen die Sowjetunion** mißbrauchen zu lassen. Wenn das seine Erkenntnis war — und ich traue ihm soviel politische Erkenntnis zu —, dann hat er sich tatsächlich nicht geirrt.

Wir haben am 27. Januar einen Auftakt zu der heutigen Erklärung erlebt. Im übrigen möchte ich vorausschicken, um das ja nicht zu vergessen, daß die **Erklärung des Herrn Bundeskanzlers** sich in etwa von dem Inhalt Ihrer gemeinschaftlichen Erklärung dadurch unterscheidet, daß der Herr Bundeskanzler heute zum ersten Mal die **Sowjetunion** direkt angesprochen und sie direkt ersucht hat, gewisse **Auskünfte** zu geben. Er hat sich dabei eines Tones bedient, der normalerweise unter Regierungen nicht gerade üblich ist; aber das ist sein Privatvergnügen.

Sie, Herr Kollege Löbe, haben sich in Ihrer Resolution ausschließlich an die alten Instanzen gewendet, an die bisher auch solche Appelle gerichtet worden sind, an die UNO, an die „Demokratie" usw., an die „Menschlichkeit" und an all diese Begriffe, die so schwer zu fassen und so schlecht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen sind.

Der Herr Bundeskanzler hat sich hier hingestellt und die Richtigkeit der **TASS-Meldung** bezweifelt. Ich kenne diese TASS-Meldung aus der „Welt". Er hat gesagt: sie entspricht keinesfalls — so wörtlich — den Tatsachen. Er bezweifelt also die Richtigkeit der in dieser Meldung enthaltenen Zahlen. (C) Er sagt, daß zwischen den offiziellen Meldungen in der Periode von 1947 bis 1950, hinter denen offizielle sowjetrussische Regierungsstellen stehen, kein Zahlenunterschied besteht. Er geht dann auf eine TASS-Meldung aus dem Jahre 1945 zurück, die bekanntlich — das sollten Sie, Herr Kollege Löbe, wissen, der Sie die bittere Aufgabe übernommen haben, hier die Gesamtheit der Fraktionen zu verkörpern, die hinter Ihrer Resolution stehen — schon seit Jahr und Tag von offizieller sowjetrussischer Stelle als falsch bezeichnet worden ist. Hier wird wieder einmal mehr ein Spiel mit Zahlen getrieben. Hier wird mit Zahlen operiert, die keine Spur von innerer Wahrhaftigkeit tragen. Uns wird zugemutet, daß wir diese Zahlen als glaubwürdigere Zahlen als die offiziellen Zahlen der Sowjetunion anerkennen. Zahlen! Noch den Wahlkampf im Jahre 1947 hat die CDU mit einem großen Plakat bestritten, auf dem zu lesen war: 7 Millionen **Kriegsgefangene** werden in der **Sowjetunion** zurückgehalten. Das war die Überschrift.

Ich will nun nicht den ganzen Prozess enthüllen, den dieses Zahlenspiel in der Periode von 1947 bis 1950 hier durchgemacht hat. Ich halte mich an amtliche Zahlen der Deutschen Bundesrepublik. Vor mir liegt ein Schreiben des Bundesministers für Arbeit an den Vorsitzenden des Ausschusses des Bundestags für Kriegsopfer und Kriegsgefangene, den Herrn Bundestagsabgeordneten Leddin, vom 1. Dezember 1949. Diesem Schreiben ist eine Originalaufstellung beigegeben. Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die verschiedenen zuständigen Länderminister der Länder der Bundesrepublik am 1. September 1949 noch die Rückkehr von 244 500 Heimkehrern erwartet haben. Es ist interessant, nachzulesen, wie in dem Schreiben vom (D) 1. Dezember 1949 der Herr Bundesarbeitsminister das Dilemma zwischen den verschiedenen in der Öffentlichkeit herumschwirrenden Zahlen zu klären sucht. Er sagt in dem Schreiben:

> Die Schätzungen der Länder liegen wesentlich niedriger als die Schätzungen des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen in Frankfurt. Die Länder sind bei den Schätzungen offenbar von den Auskünften ausgegangen, die Heimkehrer über die Kriegsgefangenenlager in Rußland und ihre Belegung gegeben haben, während das Statistische Amt bei seinen Schätzungen offenbar auch allgemeine Überlegungen berücksichtigt hat.

Was waren das für „allgemeine Überlegungen"? Das waren Überlegungen, die aus Ihren propagandistischen Bedürfnissen einer verstärkten Hetze gegen die Sowjetunion resultieren. So liegen die Dinge.

Dann haben wir am 27. Januar 1950 die Debatte hier im Hause erlebt, und zwar im Anschluß an einen Antrag meiner Fraktion, in dem die Bundesregierung ersucht wurde, von der Hohen Kommission die Herausgabe der **Totenlisten** zu fordern. Der Herr Bundeskanzler hat damals gesagt, daß sich ein Teil der Akten — und zwar nannte er damals 100 000, wenn ich mich nicht irre; ich will mich aber auf die Zahl nicht festbeißen — in russischer Verwahrung befinde. Heute sagt er: Das Großteil dieses Materials befindet sich in den Händen der Russen, die es nicht herausgeben. Wir haben damals am 27. Januar 1950 gesagt, daß das gesamte Material sich seit Jahr und Tag in der Hand der westlichen alliierten Dienststellen befindet. Vor mir liegt die Fotokopie eines Schreibens, das der Hohe Kom-

(Renner)

missar der Vereinigten Staaten für Deutschland am 15. März dieses Jahres an einen Herrn Fritz Fehrmann in Langen-Hessen gerichtet hat. Dieses Schreiben, das ich hier mit einer notariellen Beglaubigung über die Richtigkeit des Inhalts vorzuzeigen in der Lage bin, hat, ins Deutsche übersetzt, folgenden Inhalt:

Sehr geehrter Herr Fehrmann!

Herr McCloy hat mich gebeten, Ihnen auf Ihr Auskunftsersuchen über ehemalige deutsche Soldaten zu antworten, die als vermißt gemeldet worden sind. Obwohl Herr McCloy dem Wunsche von Millionen Deutscher Verstandnis entgegenbringt, die nahere Auskunft über ihre Väter, Brüder und Söhne erlangen wollen, muß er Ihnen mitteilen, daß solche Listen, wie Sie sie erwähnen, schon lange in die Zuständigkeit der deutschen Bundesregierung übergegangen sind.

Am besten können Sie in dieser Angelegenheit von Ihrer Bundesregierung Auskunft erhalten. Sie sollten Anfragen uber ehemalige deutsche Soldaten, die in militärischen Organisationen wie der französischen Fremdenlegion dienen, an die Regierungen der betreffenden Länder richten.

Also ein Hinweis darauf, daß die Zahlen über die in der Fremdenlegion **gefallenen deutschen Fremdenlegionare** nicht an unsere Bundesregierung gemeldet werden, sondern daß sie über die zuständigen Landesstellen zu erfahren sind, in diesem Fall über die zuständige französische Militärstelle in Berlin. Ich habe am 27. Januar 1950 hier ausgesprochen, daß diese französische Dienststelle in Berlin Verluste, die heute innerhalb der Fremdenlegion im Kampf in Indochina, in Vietnam vorkommen, als deutsche Kriegsverluste meldet, daß diese also die Fiktion aufrechterhält, als seien die heute Verstorbenen im Zuge des zweiten Weltkrieges verstorben.

Aber, Herr Konrad Adenauer, hier in dem Brief steht noch etwas mehr. Hier steht noch, daß Sie dieses Material in die Hand bekommen haben. — Er wußte von der Frage, die kommt. Er hat es vorgezogen, sich der Beantwortung der Frage zu entziehen. Sie war ihm angekündigt. Dieser Brief ist von uns in der Presse veröffentlicht worden, und ich habe dafür gesorgt, daß er vorher erfährt, daß ich heute diesen Brief hier auswerten werde, um zu beweisen, daß sich dieses Material über die Gefallenen seit Jahr und Tag im Besitze sogar unserer eigenen Bundesregierung befindet.

Ich gehe einen Schritt weiter. Vor einigen Wochen haben wir auf Betreiben der Bundesregierung und mit Billigung der Mehrheit des Bundestages hier die Durchführung von **statistischen Erhebungen** über die Zahl der von ihren Angehörigen noch **als vermißt betrachteten ehemaligen Kriegsteilnehmer** erlebt. Bei dieser Erhebung hat sich nach einer Meldung in der „Neuen Zeitung", in diesem deutsch-amerikanischen Organ, ergeben, daß 114 000 Kriegsgefangene noch von ihren eigenen Angehörigen als vermißt angesehen werden. Diese Zahl wurde nun nachher entsprechend umfrisiert. Man rechnete zu diesem Ergebnis, das auf Rückfragen der Angehörigen zurückgeht, kühl und kalt die 1,5 Millionen Gefallener hinzu, deren Tod nachgewiesen werden könnte, wenn die Alliierten bzw. die Bundesregierung dieses Material herausgäben.

Wo sind die Verlustlisten, Herr Konrad Adenauer, die nach einem Schreiben von McCloy in Ihre Kompetenz übergegangen sind?

Sie haben hier in diesem Hause am 27. Januar ausgesprochen:

Lassen Sie mich weiter ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten. Hier handelt es sich um solche Vergehen und **Verbrechen gegen die Menschlichkeit,** daß die gesamte Öffentlichkeit sich dagegen empören muß.

Und die Öffentlichkeit, wenigstens in diesem Hause hier, hat sich empört. Die Fraktionen sind von ihren Plätzen aufgestanden, nachdem sie eine gemeinschaftliche Resulution, wie auch heute, zur Verlesung und zur Annahme gebracht haben.

Aber, meine Herren, in der Zwischenzeit haben wir in diesem Hause auch noch etwas anderes erlebt, nämlich den Kampf um eine ausreichende und gerechte **Versorgung der Kriegsopfer.** Da haben Sie bisher restlos versagt. Wir haben den Kampf um die Regelung der **Bezüge der Heimkehrer** erlebt. Darf ich Sie daran erinnern, wie hier vor einigen Tagen gestritten worden ist um die Formulierung „bis zu 250 DM Übergangshilfe"? Darf ich Sie daran erinnern, daß mit der Zustimmung der gesamten Mehrheit des Hauses, außer unserer Fraktion, die Hergabe dieser 250 DM Übergangshilfe vom Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig gemacht worden ist?

So erklärt sich der Zustand, so erklärt sich auch unsere Behauptung, will ich sagen, daß Ihnen dieser sogenannte, von Ihnen scheinbar ehrlich geführte Kampf um die Herausgabe und die Freilassung der nach Ihrer Version noch in russischer Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen nichts anderes ist als ein Instrument der **Hetze gegen die Sowjetunion.**

Ich komme zum Schluß. Wir haben vor einigen Wochen erfahren, daß der Kampf gegen die Sowjetunion, damit also der Kampf gegen die Kräfte des Friedens einen neuen Auftrieb erhalten soll. Herr **Truman** hat die **„Wahrheitskampagne"** eingeleitet. Alle Dreckschleudern in der gesamten Welt sind mit neuem Material versorgt worden, um diese Hetze systematisch zu steigern. Unser Vizekanzler, Herr Blücher, hat in dasselbe Horn hineingetutet. Auch er hat zur Eröffnung dieser Kampagne der Wahrheit gegen die Sowjetunion aufgerufen.

Warum das? Sie wissen ganz genau, daß unser deutsches Volk den **Frieden** will. Sie wissen ganz genau, daß unser deutsches Volk es ablehnt, daß von Regierungsstellen und von Parteien die **Hetze gegen die Sowjetunion** weiter getrieben und verstärkt wird. Sie haben erfahren, wie das Volk über die Aktion der Unterschriftensammlung für den Frieden denkt. Ihnen wird bange vor den in Westdeutschland wachsenden Kräften des Friedens und darum müssen Sie alle Kanäle aufmachen, um eine verstärkte Hetze gegen die Sowjetunion durchzuführen. Das ist auch der Zweck, der hinter dieser heutigen Aktion steht. Es kommt Ihnen darauf an, mit psychologischen Mitteln Widerstand gegen die in Westdeutschland wachsenden Kräfte zu schaffen, die den Frieden wollen. Sie müssen diesen Kampf führen, weil Ihr politisches Tun und Arbeiten und Wirken darauf hinausläuft, die Jugend Westdeutschlands in den vom USA-Monopolkapital gewollten und systematisch vorbereiteten neuen Krieg einzuschalten.

(Abg. Dr. Gerstenmaier: Herr Präsident! Das ist eine Beleidigung des Hauses!)

Sie wollen diese Hetze, — —

(Abg. Strauß: Schluß jetzt!)

(A) **Präsident Dr. Köhler:** Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zur Ordnung für die Beleidigung des gesamten Hauses, daß hier eine Hetze betrieben wird. Ich mache Sie auf die Folgen von Ordnungsrufen aufmerksam.

Renner (KPD): Sie wollen diese Hetze, weil Sie den Krieg wollen!

(Abg. Dr. Gerstenmaier: Das ist eine Beleidigung! Aufhören! Das ist eine erneute Verdächtigung!)

Präsident Dr. Köhler: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

Renner (KPD): Wollten Sie den **Kriegsgefangenen** helfen, die nach Ihrer Darstellung noch in sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft sind,

(Abg. Strauß: Nach unserer Darstellung?)

wollten Sie sich wirklich um die bemühen, gegen die noch Kriegsverfahren wegen Kriegsverbrechen anhängig sind, was ich in der TASS-Meldung auch gelesen habe, dann müßten Sie sich anderer Methoden bedienen als der Methoden, die Sie in dieser Entschließung hier erneut anwenden. Diese Entschließung hilft den Kriegsgefangenen nicht, das ist auch gar nicht ihr Zweck.

(Abg. Strauß: Also sind sie doch da!)

— Ja, das steht in der TASS-Meldung drin, ich nehme an, daß Sie zumindest die Meldung gelesen haben.

(Abg. Strauß: Sehr genau, Herr Renner!)

— Ich weiß in der Beziehung genau soviel wie Sie.

(Abg. Strauß: Hören Sie auf, gehens zu!)

(B) Ich schließe also mit der Feststellung:

(Abg. Strauß: Das ist das Beste der Rede!)

Ihre Aktion hat nicht den Zweck, den Kriegsgefangenen zu helfen, Ihre Aktion hat einen anderen (C) Zweck,

(Abg. Dr. Gerstenmaier: Herr Präsident, das ist eine Gemeinheit, eine Unterstellung!)

den Zweck, den ich hier klar umrissen habe.

(Unruhe.)

Präsident Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung wegen einer Beleidigung der Gesamtheit des Hauses und entziehe Ihnen hiermit das Wort. Bitte, verlassen Sie das Rednerpult!

(Bravo! — Abg. Matthes: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung bitte der Herr Abgeordnete Matthes!

Matthes (DP): Herr Präsident! Das Hohe Haus hält es nach den vorhergegangenen Ausführungen unter seiner Würde, die Tagesordnung zu Ende zu führen. Ich beantrage daher, die Sitzung aufzuheben.

Präsident Dr. Köhler: Da das Haus nicht beschlußfähig ist, kann ich über diesen Antrag nicht abstimmen lassen. Ich stelle gemäß § 100 der Geschäftsordnung die **Beschlußunfähigkeit** des Hauses fest.

Ich hebe die Sitzung auf und berufe die nächste Sitzung des Bundestags, und zwar die 63. Sitzung, auf Donnerstag, den 11. Mai, nachmittags 14 Uhr 30 Minuten ein.

Ich erkläre hiermit die 62. Sitzung des Deutschen Bundestags für geschlossen. (D)

(Schluß der Sitzung: 13 Uhr 9 Minuten.)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn, Arminiusstraße
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30 und Wiesbaden, Nietzschestraße 1.